

Das Parlament

Berlin, 06. Januar 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 2-3 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Im Dialog mit Namibia

Ruprecht Polenz In den Verhandlungen zum Völkermord an den Herero und Nama durch deutsche Kolonialtruppen und die Wiedergutmachung für die Nachfahren ist lange keine Einigung in Sicht gewesen. Ende November konnte der Sondergesandte der Bundesregierung für die deutsch-namibischen Beziehungen jedoch Neues verkünden: „Wir haben in vielen Punkten Übereinstimmung erzielt“, sagte Polenz. Verhandelt worden sei ein „Pakt für besonders betroffene Gemeinden, also den Siedlungsgebieten der Herero und Nama, um Wunden aus der damaligen Zeit zu heilen“. Es gehe um Bildung, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Elektrizitätsversorgung und eine Mitwirkung an der Landreform. Individuelle Entschädigungen lehne die Bundesregierung hingegen ab. Der Ball, so Polenz, liege nun bei den beiden Regierungen. *aha*



in vielen Punkten Übereinstimmung erzielt“, sagte Polenz. Verhandelt worden sei ein „Pakt für besonders betroffene Gemeinden, also den Siedlungsgebieten der Herero und Nama, um Wunden aus der damaligen Zeit zu heilen“. Es gehe um Bildung, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Elektrizitätsversorgung und eine Mitwirkung an der Landreform. Individuelle Entschädigungen lehne die Bundesregierung hingegen ab. Der Ball, so Polenz, liege nun bei den beiden Regierungen. *aha*

ZAHLE DER WOCHE

11,8

Millionen Einwohner lebten – mindestens – im Jahre 1913 nach einer Schätzung des Deutschen Historischen Museums in den deutschen Kolonien, außerdem siedelten dort zu diesem Zeitpunkt mehr als 18.000 Deutsche.

ZITAT DER WOCHE

»Meine Karte von Afrika liegt in Europa.«

Otto von Bismarck, deutscher Reichskanzler, äußert sich im Jahr 1888 skeptisch zum verbreiteten zeitgenössischen Wunsch nach deutschen Kolonien.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview Grünen-Abgeordneter Ottmar von Holtz im Gespräch **Seite 2**
- Historisch** Kaiser Wilhelm II. wollte einen »Platz an der Sonne« **Seite 3**
- Herkunft** Provenienzforscher stehen vor großen Herausforderungen **Seite 8**
- Perspektive** Hilaire Mbakop blickt auf Kameruns Kolonialvergangenheit **Seite 11**
- Bundestag** Die Parlamentariergruppe »Südliches Afrika« im Portrait **Seite 14**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Bröckelnde Amnesie

AUFARBEITUNG Langsam stellt sich Deutschland dem Schrecken seines kolonialen Erbes

Die drei Jahrzehnte deutscher Kolonialherrschaft erscheinen als kurzes und vergleichsweise harmloses Kapitel unserer Geschichte, und dass es so früh endete, wird als Glücksfall gesehen: Das Deutsche Reich hatte einfach zu wenig Zeit, um größeren Schaden anzurichten. Nach 1945 war die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung ohnehin damit beschäftigt, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verdrängen oder zu leugnen, und selbst die wenigen kritischen Geister nahmen die Kolonialära nur oberflächlich wahr, die Ungeheuerlichkeit des Holocaust und der Nazi-Barbarei verstellte auch ihren Blick auf die dahinterliegende Zeit. Landraub? Unterjochung und Ausbeutung? Mord und Terror? Institutionalisiertes Rassismus? War da was? Es sei doch alles gar nicht so schlimm gewesen, heißt es oft. Es habe zwar ein paar schwarze Schafe gegeben, den Schlächter General von Trotha zum Beispiel, der in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, das Volk der Herero ausrotten wollte. Aber im Großen und Ganzen seien unsere Urgroßväter und Großväter doch recht anständige Kerle gewesen, jedenfalls im Vergleich zu den brutalen Franzosen, Briten oder Belgiern. Hundert Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, als das Deutsche Reich seine „Schutzgebiete“ in Afrika, China und der Südsee an die Siegermächte abtreten musste, geistert immer noch die Mär vom deutschen Kolonialidyll und den Zivilisationsleistungen unserer Vorfahren durch Geschichtsbücher, Zeitungsberichte und TV-Dokumentationen.

Erst in jüngster Zeit beginnen wir, die kollektive Amnesie zu überwinden und einen neuen Blick auf das wilhelminische Kolonialabenteuer und seine Spätfolgen zu werfen. So ist zum Beispiel ein Streit um das Berliner Humboldt-Forum entbrannt, wo demnächst Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten ausgestellt werden soll, wie es so schön heißt. Die Kritiker dieses Prestigeprojekts sprechen von Raubgut, das zurückgegeben werden müsse. Dass die Geschichtswissenschaft allmählich überwunden wird, zeigen auch die Entfernung heroischer Denkmäler und die Umbenennung von Straßennamen, die Kolonialverbrecher ehren. Auch die Entschuldigungsverordnungen ehemaliger Kolonien werden allmählich ernst genommen.

Die Debatten zeigen allerdings auch, dass hierzulande noch immer nicht richtig verstanden wird, welche fundamentalen Erschütterungen der deutsche Kolonialismus im Zuge der europäischen Weltveränderung ausgelöst hat. Man kann oder will nicht wahrhaben, dass diese als weltgeschichtliche Heilsmision gerechtfertigte Expansion für einen beträchtlichen Teil der Menschheit einem Höllensturz gleichkam. „Man erzählt mir vom Fortschritt und geheilten Krankheiten“, schreibt der große afro-karibische Dichter Aimé Césaire, „ich aber spreche von zertretenen Kulturen... von Tausenden hingeopferten Menschen... Ich spreche von Millionen Menschen, denen man geschickt das Zittern, den Kniefall, die Verzweiflung eingepreßt hat.“

Der Kolonialismus kam für einen beträchtlichen Teil der Menschheit einem Höllensturz gleich.

polizeistaatliche Methoden und militärische Strategien erprobt wurden; die Invasoren bauten Konzentrationslager, trennten Wohngebiete nach Rassen, entwickelten Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle, Sozialhygiene und Seuchenbekämpfung. Sie zwangen den annektierten Gebieten das europäische Staatskonzept



Die Kolonialzeit diente heute nur noch als Staffage. Wie hier in Hamburg wurden in vielen deutschen Städten bis in die Zeit der Bundesrepublik hinein Produkte aus den von europäischen Mächten besetzten und ausgebeuteten Gebieten verkauft.

Der Export von Agrargütern begründete eine neue Dimension des Mangels: den Hunger. Aber die weißen Herrenmenschen konnten nicht alle „Eingeborenen“ verhungern lassen, denn sie brauchten sie als Lohnsklaven. Die wichtigsten Instrumente zur Umerziehung waren der Arbeitszwang und das Steuerrückhalt. Die Afrikaner und Afrikanerinnen wurden genötigt, in die Frondienste der Fremdherrscher zu treten, ihre Waren zu kaufen, über die Hütten- oder Kopfsteuer ihre Militär- und Verwaltungsapparate zu finanzieren. Die Subsistenzgemeinschaft wurde in eine Arbeitsgesellschaft verwandelt, die Geldwirtschaft verdrängte den herkömmlichen Tauschhandel. Die gewaltsame Modernisierung hatte verheerende Folgen: Landflucht, Wanderarbeit, Entwurzelung, die Zerstörung des traditionellen Lebens. Zugleich dienten die Kolonien als Laboratorien der Moderne, in denen repressive Verwaltungsapparate, polizeistaatliche Methoden und militärische Strategien erprobt wurden; die Invasoren bauten Konzentrationslager, trennten Wohngebiete nach Rassen, entwickelten Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle, Sozialhygiene und Seuchenbekämpfung. Sie zwangen den annektierten Gebieten das europäische Staatskonzept

auf, und am Ende war die Welt verwestlicht. Die Rassenlehre der Kolonialherren sollte „wissenschaftlich“ untermauern, was die Unterworfenen aus ihrer Sicht immer schon waren: Sklaven, Knechte, Diener, Subjekte auf der tiefsten Stufe der Minderwertigkeit. Das erklärte Ziel war, die Bewohner der Kolonien auf eine höhere Kulturstufe zu heben, und die christlichen Missionare übernahmen dabei eine wichtige Rolle. Sie trichterten den „Heidenkindern“ westliche Werte ein: Gehorsamkeit, Fleiß, Arbeitsdisziplin und natürlich sittliche Gebote wie die Einehe. Man gab vor, die „Eingeborenen“ aus der Finsternis des Unwissens zu erlösen. Für die Mehrheit der Afrikaner aber war die Kolonisierung eine Art Gehirnwäsche, die ihnen die Africaness ausgetrieben hat, ihre Identität als Afrikaner. So schwand der Rest des Selbstwertgefühls, das nach dem Trauma der Sklaverei noch übriggeblieben war: Das Denken, der Glaube, die Sinne und Wünsche der Menschen wurden kolonisiert. Unterdessen schwindet zwar die politische und ökonomische Macht des Westens, doch seine kulturelle Hegemonie wirkt fort. Wir maßen uns eine universelle Deutungshoheit an und sehen die Welt nach wie vor mit dem „imperialen Auge“. Aber



„Ich aber spreche von zertretenen Kulturen“ – der afro-karibische Dichter Aimé Césaire (1913-2008) widersprach der Fortschritts-Lüge der Kolonisatoren.

die Bilder, die wir etwa über Afrika anfertigen, erzählen mehr von uns selbst als von unserem Nachbarkontinent: Sie spiegeln unsere rassistischen Vorurteile und unseren eurozentrischen Überlegenheitsdünkel. Es ist die Welt des „ewigen Negers“, der nun angeblich millionenfach nach Europa aufbricht. Während historische Darstellungen geschundener Sklaven oder Bilder von verhungerten Kindern mit Empathie betrachtet werden, lösen die aktuellen Fotos von Afrikanern, die zu Tode verängstigt auf überfüllten Schiffen im Mittelmeer dahintreiben, oft nur noch Furcht und Abscheu aus. Man nimmt sie nicht als Menschen wahr, sondern als bedrohliche schwarze Masse. Sie werden wie in der Epoche des Kolonialismus dehumanisiert. „Absaufen! Absaufen!“, skandierten der Mob, als bei einer fremdenfeindlichen Demonstration in Dresden Fernsehbilder von in Seenot geratenen Migranten gezeigt wurden. Ausländer, Flüchtlinge seien unerwünscht, schreit die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“, und in der aufgewiegten Bevölkerung dröhnt ein vieltausendstimmiges Echo.

Rassistische Weltbilder waren immer da. Jetzt brechen sie hemmungslos wieder auf.

„Asylanten“, Flüchtlinge seien unerwünscht, schreit die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“, und in der aufgewiegten Bevölkerung dröhnt ein vieltausendstimmiges Echo.

Alte Begrifflichkeiten Alte und neue Nazis verwenden wieder ganz selbstverständlich Begriffe wie Volk, völkisch, Lebensraum, Rasse, Rassenkampf. Sie glauben, dass das Leben schwarzer Menschen weniger wert sei – angeblich zähle es ja auch in deren Heimatländern nicht viel. Neuerdings wird sogar darüber diskutiert, ob man afrikanische Migranten unbedingt vor dem Ertrinken retten müsse. In derart obszönen Gedankenspielen sind jene rassistischen Weltbilder zu erkennen, die in der Kolonialära geprägt wurden. Sie waren immer da. Jetzt brechen sie wieder hemmungslos auf. *Bartholomäus Grill*

Der Autor war langjähriger Afrika-Korrespondent des SPIEGEL. 2019 erschien sein Buch „Wir Herrenmenschen. Unser rassistisches Erbe: Eine Reise in die deutsche Kolonialgeschichte“ bei Siedler.



EDITORIAL

Eine Frage der Moral

VON JÖRG BIALLAS

Das koloniale Erbe ist kein rühmliches. Nirgendwo auf der Welt. Denn das Muster ist überall gleich: Unter dem Vorwand, fernen Ländern die Zivilisation zu beschern, wurden die Nationen wirtschaftlich und kulturell hemmungslos ausgebeutet. Ohne Rücksicht auf Leib und Leben der Bevölkerung, ohne Bewusstsein für das Recht auf eine selbstbestimmte Zukunft einer jeden Ethnie, zumal im eigenen Land.

Die deutsche Kolonialgeschichte macht da keine Ausnahme. Deutsche Besatzer haben gemordet und geplündert, versklavt und gedemütigt.

Heute ist zu vernehmen, dass sei doch wegen der im Vergleich zu anderen Nationen relativ kurzen Kolonialzeit Deutschlands, die nicht territorial überschaubar angelegt war, zudem so schlimm gewesen.

Wer so argumentiert, dem fehlt es entweder an grundlegenden Geschichtskennntnissen. Oder aber, und das ist weit problematischer: Hier soll auf Kosten schon einmal missbrauchter afrikanischer Länder Nationalismus geschürt werden.

Hierzulande hat es lange, viel zu lange gedauert, bis das vergangene Unrecht endlich offiziell und deutlich benannt worden ist. Das war gewiss kein Ruhmesblatt für die deutsche Politik.

Inzwischen sind wir einen Schritt weiter. Dass Verbrechen im Namen der Kolonisation nicht wiedergutmachen sind, steht außer Frage. Deshalb soll nun mit der Rückgabe seinerzeit geraubten Kulturgutes wenigstens symbolisch deutsche Schuld gesühnt werden.

Gewiss eine richtige Entscheidung, die allerdings nicht ganz leicht umzusetzen sein wird. In deutschen Museen lagern Unmengen Exponate afrikanischer Kunst. Was ist davon gestohlen, was rechtmäßig erworben worden? Ist es mit der Rückgabe getan? Oder sollte den Herkunftsländern zusätzlich Hilfe bei der Präsentation der Exponate unter sicherheitstechnisch und klimatisch oft schwierigen Bedingungen angeboten werden?

Fragen, die vermutlich in jedem Einzelfall immer wieder neu zu beantworten sind. Dazu bedarf es eines Miteinanders von Deutschen und Afrikanern. Eine Zusammenarbeit, die unter dem Motto stehen könnte: Moral verjährt nicht.

GASTKOMMENTARE

SOLL ES BEWEISUMKEHR BEI RESTITUTION GEBEN?

Wichtiges Signal

PRO



Christiane Habermalz, »Deutschlandfunk«, Berlin

Die Kolonisierung und der Wettlauf der europäischen Institutionen um die Kunst- und Kulturschätze Afrikas war eine der größten Plünderungen der Menschheitsgeschichte. An die zwei Millionen Objekte liegen allein in deutschen Museen. Zurückgegeben wurde bislang kaum etwas. Auch in Deutschland verschanzt sich die Politik hinter dem zutreffenden Hinweis, dass das geltende Recht keine Ansprüche auf Rückgaben vorsieht – und überlässt es der Einzelfallprüfung der Museen, aus moralischen Gründen einzelne Objekte zurückzugeben. Restitution als Akt des Großmutts – dieser erneute Paternalismus der ehemaligen Kolonialmacht ist für afrikanische Länder nur schwer erträglich. Vor diesem Hintergrund erscheint die Forderung von Benedicte Savoy und Felwine Sarr, Frankreich solle alle Gegenstände aus seinen afrikanischen Sammlungen zurückgeben – bis auf die Objekte, bei denen sich klar nachweisen lässt, dass sie nicht gewaltsam geraubt oder unter Druck abgepresst wurden – nur noch halb so radikal. Savoy und Sarr setzen dabei voraus, was kaum noch ein Historiker ernsthaft in Frage stellt: Dass die Kolonialherrschaft ein System strukturellen Unrechts und permanenter Gewalt war. Und sie fordern von der französischen Politik ein, was auch in Deutschland dringend gebraucht wird: Ein Gesetz, das Rückgaben ermöglicht und regelt. Wenn wir es ernst meinen damit, Rückgaben als Instrument der Unrechtsbewältigung anzuerkennen, müssen wir die Voraussetzung dafür in einem Restitutionsgesetz schaffen. Die damit verbundene politische Debatte im Bundestag wäre zudem ein Signal an die ehemaligen Kolonien, dass mit der Restitution auch eine ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen historischen Schuld einhergeht.

Verzerrtes Bild

CONTRA



Patrick Bahners, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Man kennt die Umkehr der Beweislast aus der Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Diesem Modell entspricht auch die Umsetzung der 1998 in Washington vereinbarten Prinzipien zum nationalsozialistischen Raubgut. Danach muss die öffentliche Hand den sauberen Erwerb aus den Akten beweisen, denn von 1933 bis 1945 regierten in Deutschland Staatsverbrecher. Dieses Prinzip nun auf den gesamten Besitz öffentlicher Museen zu übertragen, müsste in heillosen Verwirrung führen. Das Geschichtsbild, das sich aus der scheinbar rein administrativen Maßnahme ergäbe, wäre so grotesk verzerrt wie das dabei vorausgesetzte Bild vom Sinn und Zweck von Museen. Alle im Schutz der Kolonialmächte unternommenen Expeditionen würden unterschiedslos als Handlungen von der Art der nationalsozialistischen Völkermorde deklariert. Nicht nur würde die Regelvermutung des Raubs die Motive der Sammler in primitiver Weise vereinfachen, sie würde auch die Urheber der Werke entwürdigen und moralisch erst wirklich enteignen. Ihnen wird gar nicht erst zugehört, dass sie wussten, was sie taten, als sie die Produkte ihrer Arbeit aus der Hand gaben, und dass sie dafür einen Gegenwert erhielten. Die Museumsdepots werden in dieser Sicht zu gigantischen Hehlerlagern. Eine Rückabwicklung aller Erwerbungen würde nur eine neue Klasse von Eigentümern privilegieren, die mit den Hofkünstlern untergegangener Reiche nicht mehr verbindet als die Museen, die zur Herausgabe gezwungen würden. Es ist ein Fehler, ein Museum als einen Eigentümer wie jeden anderen zu behandeln. Museen konservieren ihren Besitz im Interesse der Allgemeinheit, für zukünftige Besucher aus aller Welt.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 14. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr von Holtz, Sie sind in Namibia, ehemals Deutsch-Südwestafrika, geboren und aufgewachsen und 1984 nach Deutschland ausgewandert, um dem Wehrdienst bei der südafrikanischen Besatzungsmacht zu entgehen. In Ihrem Büro hängt eine übergroße Afrika-Landkarte. Wie eng sind Ihre Bindungen zu Ihrem Geburtsland heute?

Meine Herkunft kann ich nicht verleugnen, auch wenn sie mir nicht sofort anzusehen ist. Ich habe viel Afrika in meinem Blut und meinem Wesen und bin oft dort, um Verwandte und Freunde zu besuchen.

Welche Spuren hat die deutsche Kolonialzeit von 1884 bis 1915 in Namibia hinterlassen?

Viele Gebäude, Straßen und Orte tragen deutsche Namen und es gibt eine große Zahl an deutschsprachigen Namibiern, die in vierter Generation im Land leben. Im öffentlichen Bewusstsein war die südafrikanische Kolonialzeit, die von 1920 bis 1990 andauerte, aber lange das viel größere Thema. Das hat sich geändert, nachdem diese Epoche weitgehend aufgearbeitet wurde. Inzwischen treibt die deutsche Kolonialzeit vor allem die Angehörigen der Herero und Nama sehr um. Sie wurden von den Deutschen ihres Landes beraubt und fast ausgerottet, die Folgen sind bis heute sichtbar.

Die Gräueltaten gegenüber den Volksgruppen bezeichnet die Bundesregierung erst seit 2015 als Völkermord. Eine offizielle Bitte um Entschuldigung steht aber aus, obwohl sie seit vier Jahren mit Namibia über den Umgang mit diesem Genozid verhandelt. Warum tut sie sich so schwer?

Das wüsste ich auch gern. Die Opferseite hat ja klare und nachvollziehbare Erwartungen. Erstens fordert sie, dass wir die Gewalttaten offiziell als Völkermord anerkennen. Da wäre es sehr hilfreich, wenn der Bundestag endlich eine Resolution verabschieden würde. In einem zweiten Schritt sollte die Bundeskanzlerin oder der Bundespräsident die Angehörigen der Opfer um Entschuldigung bitten. Drittens soll dem ein finanzielles Engagement folgen, das spürbar zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen führt.

Die Bundesregierung ist zu allen drei Schritten grundsätzlich bereit, trotzdem ist eine Einigung nicht in Sicht.

Das liegt meiner Ansicht nach daran, dass die Bundesregierung alles in einem Paket verhandeln will. Aber die Frage der finanziellen Wiedergutmachung erschwert die Verhandlungen wegen der unterschiedlichen Erwartungen auf beiden Seiten sehr. Wir sollten deshalb einen Schritt nach dem anderen tun. Prioritär und absolut überfällig ist die Bitte um Entschuldigung, danach können wir weiter darüber reden, wie eine Entschädigung aussehen kann. Es eilt, denn leider führt das zögerliche Verhalten der Bundesregierung bereits zu Verwerfungen und neuen Konflikten in Namibia.

Wie macht sich das bemerkbar?

Je länger die Verhandlungen dauern, desto mehr verschlechtert sich vor Ort das Verhältnis zwischen Namibiern und den Nachfahren der deutschen Kolonialisten. Die Spannungen und Ressentiments nehmen auf beiden Seiten zu, so gibt es Drohungen, die Farmer der Weißen ähnlich wie in Simbabwe gewaltsam zu übernehmen. Da entsteht eine sehr konfrontative Stimmung, die mich sehr sorgt.

Die Bundesregierung hat unter anderem eine Stiftung zur Aufarbeitung der Kolonialzeit und einen Fonds für Hilfsprojekte in Namibia vorgeschlagen. Reicht das der namibischen Seite nicht?

Ich kenne keine konkreten Zahlen, aber ich höre, dass es in Namibia Vorstellungen

»Neue Konflikte drohen«

OTTMAR VON HOLTZ Eine Bitte um Entschuldigung für den Völkermord an den Herero und Nama ist überfällig, meint der Grünen-Politiker



© gruene-bundestag.de

von der Höhe der finanziellen Wiedergutmachung gibt, die alles übersteigen, was Deutschland stemmen könnte. Erschwert wird eine Lösung auch, weil sich die verschiedenen Herero- und Nama-Gruppierungen nicht immer einig sind; einige misstrauen der namibischen Regierung, andere sind Teil der Verhandlungsdelegation. Das alles ändert aber nichts daran, dass es zuallererst Aufgabe der Bundesregierung ist, um Entschuldigung zu bitten. Die Uneinigkeit über die Höhe einer Zahlung sollte nicht zu weiteren Verzögerungen führen.

Viele Herero und Nama fordern individuelle Entschädigungsleistungen. Warum schließt die Bundesregierung das kategorisch aus?

Das Auswärtige Amt hat möglicherweise Angst vor einer juristischen Festlegung und möchte keinen Präzedenzfall schaffen. Schließlich hatte Deutschland noch andere Kolonien in Afrika, und auch wenn die deutsche Kolonialzeit vergleichsweise kurz war, war sie streckenweise sehr heftig. Mir als Politiker sind die Begrifflichkeiten nicht so wichtig. Wir brauchen am Ende eine Lö-

sung, die auch nennenswerte Geldleistungen umfassen sollte.

Wie ist es jenseits der Debatte über den Völkermord an den Herero und Nama um die Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Deutschland bestellt?

Schlecht. Schon die Kinder erfahren nichts davon in der Schule und entwickeln daher als Erwachsene kein Verständnis für den Umgang mit diesem Teil unserer Geschichte. Wer weiß heute schon, dass viele Grenzen in Afrika während der deutschen Kolonialzeit gezogen wurden? Das wirkt sich bis heute aus, nehmen Sie Kamerun: Dort wurden bei der Grenzziehung die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen zusammengewürfelt, heute droht dem Land ein verheerender Bürgerkrieg.

Union und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag erstmals festgehalten, dass die Erinnerung an die Verbrechen in der Kolonialzeit Teil der deutschen Gedenkkultur werden soll. Ist das nicht ein erster, wichtiger Schritt?

Natürlich, nur sind diesem Bekenntnis bislang kaum Taten gefolgt. Allerdings geht das Thema auch so tief, dass wir es nicht in einer Regierungsperiode werden abhandeln können. Die deutsche Kolonialzeit prägt unter anderem unser Afrika-Bild bis heute – selbst das des Afrika-Beauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke. Wer meint, dass die Kolonialzeit in Afrika dazu beigetragen habe, »den Kontinent aus archaischen Strukturen zu lösen«, offenbart ein völlig veraltetes, kolonialistisches Denken. Damit sich an solchen Sichtweisen etwas ändert, muss das Thema auch in den Lehrplänen präsenter werden.

Braucht es einen zentralen Gedenkort für die Opfer des Kolonialismus?

Das ist sehr wichtig, wir Grünen haben dazu schon viele Anträge gestellt. Entscheidend ist dabei, dass wir die Betroffenen am Konzept beteiligen. Nur gemeinsam können wir das richtige Format und die richtige Ansprache finden.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat angekündigt, Kunstwerke aus früheren Kolonien komplett an die Herkunftsländer zurückzugeben. Ist das ein Vorbild für Deutschland?

Die Lösung kann nicht sein, die Kunstwerke in einen Karton zu packen und nach Togo, Kamerun oder Tansania zu verschiffen. Wenn wir uns auf diese Weise der Vergangenheit entledigen, besteht die Gefahr, dass wir einen Deckel draufmachen und uns nicht mehr mit ihr auseinandersetzen.

Was ist die Alternative?

Wir sollten mit den rechtmäßigen Besitzern überlegen, was mit den Werken passieren soll. Außerdem ist ein finanziell gut ausgestattetes Forschungsinstitut zur deutschen Kolonialgeschichte überfällig. Wissenschaftler, Institute und Museen in den einstigen Kolonialstaaten sollten wir unterstützen und mit ihnen Projekte zur Erinnerung und Aufarbeitung entwickeln. Es geht hier um unsere gemeinsame Geschichte, deshalb sollten wir auch eine gemeinsame Erinnerungskultur entwickeln.

Das Gespräch führte Johanna Metz.

Ottmar von Holtz (B90/Die Grünen), geboren in Gobabis (Namibia), sitzt seit 2017 im Bundestag und ist Obmann seiner Fraktion im Entwicklungsausschuss.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Chemiker: Karamba Diaby

Karamba Diaby wurde 1961 im Senegal geboren – ein Jahr, nachdem das Land die Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Frankreich erlangt hatte. „Als ich in die Schule kam, war das gesamte Schulsystem französisch geprägt. Alle Denkmäler im Land erinnerten an Franzosen, viele Straßen und Plätze trugen die Namen französischer Persönlichkeiten“, erinnert sich der heute 58-jährige SPD-Abgeordnete, der ganz früh Mutter und Vater verlor, als Waisenkind in der Familie seiner älteren Schwester aufwuchs und als 24-Jähriger zum Studium in die DDR kam. Für Äußerungen, wie jene des Afrikabeauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke, die Kolonialzeit habe Afrika geholfen, sich aus archaischen Strukturen zu befreien, hat Diaby absolut kein Verständnis. „Das ist falsch und das Schlechteste, was man afrikanischen Völkern gegenüber sagen kann“, findet er. Das erlebte Unrecht in der Kolonialzeit, als Menschen erniedrigt und ausgebeutet wurden, könne man nicht schönreden. Ein gesamter Kontinent sei durch Nookes Aussagen herabgewürdigt worden. „Ich wundere mich, dass die Bundeskanzlerin da nicht reagiert hat“, sagt er. Was den Umgang Deutschlands mit seinem eigenen kolonialen Erbe angeht, so findet es Karamba Diaby richtig, bei Entschädigungsforderungen genau hinzuschauen. Sollte es zu Zahlungen – etwa in Namibia – kommen, dürfe das nicht dazu führen, dass in dem Land neue Konflikte entstehen. „Dann hätten wir nämlich gar nichts bewirkt“, sagt er.

Gleichwohl ist festzustellen, dass der Völkermord der deutschen Kolonialmacht Anfang des 20. Jahrhunderts an den Bevölkerungsgruppen der Herero und Nama im damaligen Deutsch-Südwest-Afrika im öffentlichen Bewusstsein nicht übermäßig präsent ist. Ja, stimmt der SPD-Politiker zu, es gebe in Sachen Erinnerungskultur Defizite. „Äußerungen wie jene von Nooke würde es nicht geben, wenn in Lehrbüchern und in Museen glasklar eine Erinnerungskultur betrieben würde“, glaubt er.



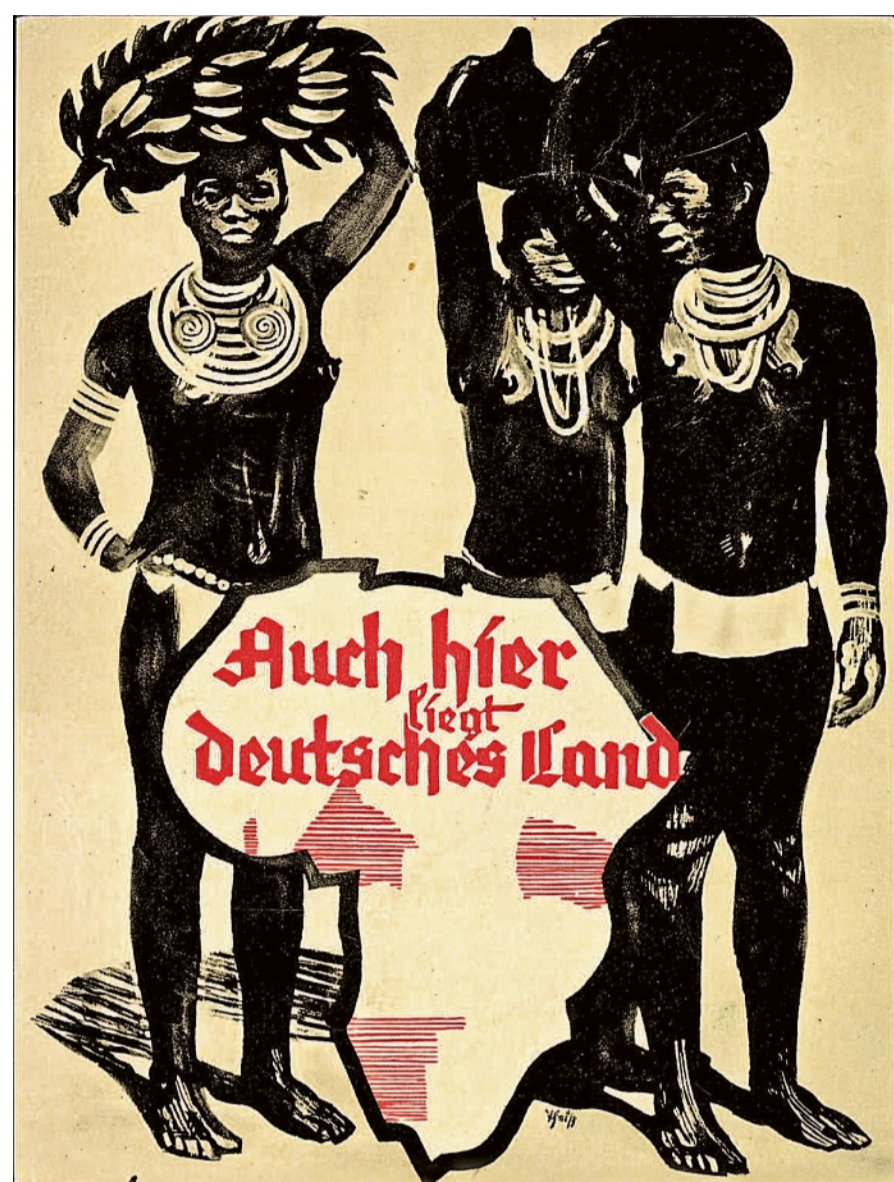
© DBT/Achim Meide

»Sollte es zu Entschädigungszahlungen kommen, darf das nicht dazu führen, dass in Namibia neue Konflikte entstehen.«

Die Aufarbeitung der Vergangenheit müsse „auf Augenhöhe“ mit den betroffenen Ländern erfolgen. „Es freut mich, dass wir im Koalitionsvertrag verankert haben, dass mehr Geld für die Provenienzforschung zur Verfügung steht, um die Geschichte aufzuarbeiten“, sagt Diaby. Dass es in der Gegenwart Herausforderungen in Afrika gibt, müsse zweifellos angesprochen werden, macht er deutlich. „Da

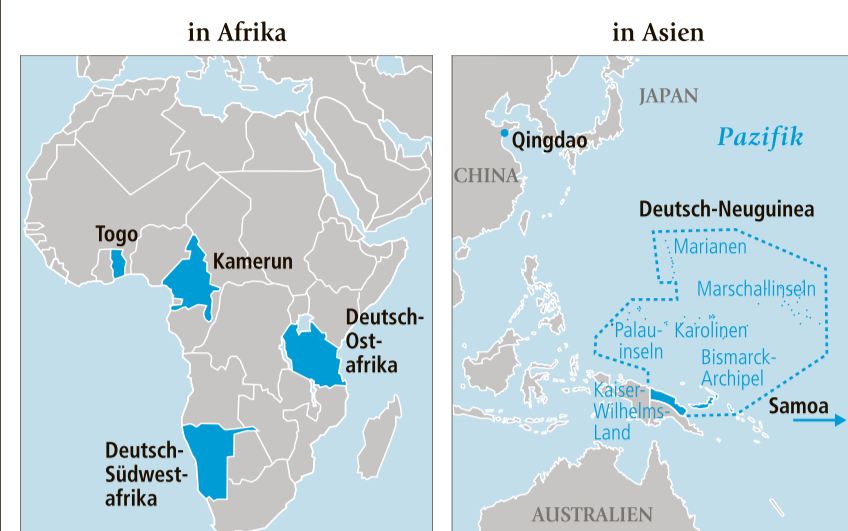
gibt es keine Denkverbote. Aber man muss das mit Respekt tun“, fordert er. Die Probleme seien nur lösbar, wenn sie nicht in einer herabwürdigenden Art und Weise angesprochen würden. Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit etwa mit der Forderung nach einer „Zwei-Kind-Politik“ zu verknüpfen, geht aus seiner Sicht überhaupt nicht. Es sei eben kein respektvoller Umgang, wenn man sagt: „Wenn ihr unser Geld wollt, dürft ihr nur zwei Kinder haben“. Im Übrigen gebe es die Entwicklungsziele der Uno, die als Standards für die Entwicklungszusammenarbeit akzeptiert seien. Für Rassismus sei da kein Platz. Für ihn als Ostdeutschen – Diaby kam 1985 in die DDR, studierte ab 1986 in Halle Chemie und promovierte später auf dem Gebiet der Geoökologie – ist im Übrigen eines klar: Rassismus ist kein ostdeutsches Phänomen. Es sei vielmehr ein allgemeines gesellschaftliches Problem. Menschenverachtende Tendenzen seien in der Mitte der Gesellschaft angekommen. „Auch im Bundestag werden Reden gehalten, die Gruppen herabwürdigen“, beklagt er. Der 58-Jährige ist sehr gern Hallenser. „Ich lebe hier seit 34 Jahren und habe die Stadt nie länger als vier Wochen am Stück verlassen.“ Besonders stolz ist er auf die „starke, wachsame Zivilgesellschaft“ in Halle. Das habe sich nach dem Attentat am 9. Oktober gezeigt, als ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den jüdischen Mitbürgern, aber auch der klaren Ablehnung von Gewalt gesendet worden sei. Götz Hausding

Das Parlament logo and contact information including address, phone, and website details.



Propaganda des Reichskolonialbunds in den späten 1930er Jahren (Bild links und in der Mitte), rechts: Kolonien des Deutschen Reiches am Vorabend des Ersten Weltkriegs

Deutsche Kolonien vor dem Ersten Weltkrieg



Kolonien	Bevölkerung 1914	Fläche in km ²
Deutsch-Ostafrika	7.650.000	1.020.000
Kamerun	3.327.800	504.000
Togo	1.031.400	88.000
Kaiser-Wilhelms-Land/Bismarck-Archipel	719.900	230.000
Qingdao	196.400	560
Deutsch-Südwestafrika	95.000	830.000
Samoa	35.500	25.500
Karolinen/Marianen/Marschallinseln/Palau	15.500	13.200

Quelle: Putzger, dtv Atlas Weltgeschichte, Gr. Historischer Weltatlas (Bayerischer Schulbuch-Verlag) Grafikquelle: dpa-Story*0100 (editiert)

Majestät brauchten Sonne

KOLONIEN Im späten 19. Jahrhundert wird Deutschland zur imperialen Macht in Afrika und Asien

Der Außenminister triumphiert: Soeben hatte ein Landungskorps der kaiserlichen Marine die Kiautschou-Bucht besetzt – es ist der Auftakt für die Inbesitznahme an der chinesischen Ostküste. Bernhard von Bülow wendet sich in seiner Rede im Reichstag im Dezember 1897 indes nicht an China, adressiert werden vielmehr die europäischen Nachbarn. „Wir empfinden auch durchaus nicht das Bedürfnis, unsere Finger in jeden Topf zu stecken“, sagte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und spätere Reichskanzler. Die Zeiten allerdings, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte – diese Zeiten seien vorüber. „Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“

Das 1871 gegründete Deutsche Reich ist eine aus Sicht vieler Deutscher „zu spät gekommene Nation“ im Konzert der europäischen Mächte, die seit der Entdeckung Amerikas im ausgehenden 15. Jahrhundert in wechselnden Kräfteverhältnissen weite Teile der Welt unter ihre Kuratel gestellt hatten. Im imperialen Wettlauf des 19. Jahrhunderts avanciert der Nachzügler innerhalb weniger Jahrzehnte zum flächenmäßig drittgrößten und bezogen auf die Einwohnerzahl viertgrößten Kolonialreich. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs reichen die sogenannten deutschen Schutzgebiete von Togo und Kamerun in Westafrika,

Südwestafrika (heute Namibia) und Ostafrika (in den heutigen Ländern Tansania, Burundi und Ruanda) bis hin zur besagten Kiautschou-Bucht in China mit der Stadt Qingdao, nach „Deutsch-Neuguinea“ und bis zu den Inseln in der „Deutschen Südsee“. Die je nach Schätzung rund 12 bis 13 Millionen „Eingeborenen“ sind keine deutschen Staatsbürger, sondern Schutzbefohlene des Reiches, ihnen steht eine privilegierte Minderheit von wenigen Zehntausend Deutschen als Kolonisten gegenüber.

Roter Adler Bereits im 17. Jahrhundert hatte unter Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg ein deutscher Teilstaat Schutzverträge in Übersee geschlossen – mit der Folge, dass unter anderem 1683 am Kap der Drei Spitzen (im heutigen Ghana) der rote Adler gehisst und die Kolonie Groß Friedrichsburg als eine Drehscheibe des Sklavenhandels errichtet wurde. Allerdings waren die finanziellen und militärischen Möglichkeiten der Hohenzollern für solche Unternehmungen damals zu begrenzt, die Kolonie wurde nach 35 Jahren an die niederländische Westindien-Compagnie verkauft. Im großen Maßstab setzte deutsches Kolonialmachtstreben dann im 19. Jahrhundert mit dem „Wettlauf um Afrika“ ein, den der Historiker Jürgen Osterhammel einmal als „einzigartigen Vorgang der zeitlich konzentrierten Enteignung eines Kontinents“ bezeichnet hat. Bis 1914 hatten Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien,

Italien, Portugal und Spanien fast ganz Afrika unter sich aufgeteilt. Im Ringen um die vermeintlich letzten unerschlossenen Räume, Einflussgebiete, Rohstoffreserven und Absatzmärkte und in der Annahme, man eigne sich hier „Terra Nullius“, also Niemandsland an, folgte die deutsche Reichsregierung ab 1884 dem britischen Vorbild und stellte überseeische Besitzungen von deutschen Kaufleuten wie dem Bremer Tabakhändler und Kolonialpionier Adolf Lüderitz unter den Schutz des Reiches. Der damalige Reichskanzler, Otto von Bismarck, blieb freilich skeptisch: „Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa“, notierte er in einem Brief an den von Kolonisation begeisterten Journalisten Eugen Wolf. Für Bismarck stand die Sicherung des Erreichten, die soeben errungene nationale Einheit, im Vordergrund. Das deutsche „koloniale Experiment“ war für ihn allenfalls als Einrichtung von Marine-Stützpunkten und durch das Verteilen von Schutzbriefen an private Handelsgesellschaften denkbar, die rudimentäre staatliche Aufgaben übernehmen sollten. Gerade dieses Fehlen hinreichender staatlicher Strukturen konnte indes Räume exzessiver kolonialer Gewalt öffnen (siehe die

Beiträge auf den folgenden Seiten 4 und 5). Mangelnde Professionalität oder fehlendes Interesse der Kolonialgesellschaften am Aufbau staatlicher Ordnung führten letztlich dazu, dass die „Schutzgebiete“ direkt und formell dem Reich unterstellt wurden. Es ist das Ende von Bismarcks Versuch eines „Kolonialreichs mit beschränkter Haftung“ (Rudolf von Albertini).

Einen anderen Punkt hatte der Reichskanzler allerdings hellsichtig erkannt: Ökonomisch waren die Kolonien ein Zuschussgeschäft. Der Handel mit den deutschen Kolonien blieb ein verschwindend geringer Teil des deutschen Außenhandels, die Einnahmen blieben in aller Regel unter den Kosten für Verwaltung und Unterhalt der kolonialen Besitzungen.

Auch der Wettlauf der Europäer um die Trophäe der „effektivsten“ Kolonialmacht änderte wenig an dieser Bilanz. Bei der Berliner Kongokonferenz 1884/85 verständigten sich die Beteiligten darauf, dass Kolonisation nur noch „effektiv“ zulässig sein sollte, also in staatlichen Bahnen stattzufinden habe als „Mittel zur Hebung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“. In den Mittelpunkt rückte die infrastrukturelle Aufwertung der Kolonien mit wissenschaftlichen und industriellen

Mitteln: Eisenbahntrassen wurden gebaut, Unterseekabel verlegt, Schiffspassagen eingerichtet, Leuchttürme und Wetterstationen angelegt, das Schulwesen und die medizinische Versorgung in den Kolonien verbessert. Im Reich wurde die Kolonialverwaltung zu einem eigenständigen Ministerium aufgewertet, es entstanden Hochschulen und Forschungsstellen mit Fokus auf die Kolonien – etwa zur Untersuchung und Bekämpfung von Tropenkrankheiten. Allerdings erreichten die Einheimischen solche Reformgedanken in den kolonialen „Mutterländern“ im Wesentlichen weiterhin als Arbeitszwang, so hat es der Historiker Dirk van Laak festgehalten. Das Deutsche Reich schrieb sich auf die Fahnen, in seinen Kolonien die Sklaverei abzuschaffen. Über die Existenz von Sklaven in Ostafrika, die sich im Besitz afrikanischer oder arabischer Eliten befanden, sah man ebenso hinweg wie über den Import chinesischer Tagelöhner („Kulis“).

Hypothek Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verlor Deutschland seine Schutzgebiete, die nun Mandatsgebiete des Völkerbundes wurden. Als demütigend empfanden es damals viele Deutsche, dass die Siegermächte ihnen die Fähigkeit zur Kolonisierung absperrten. Im März 1919 forderte die Weimarer Nationalversammlung mit breiter Mehrheit – aber ohne Folgen – die „Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte“. Die einstigen Kolonien blieben für die

junge Weimarer Demokratie eine Hypothek: Eine fragwürdige Figur wie Paul von Lettow-Vorbeck, der als Kommandeur der Schutztruppe eine Blutspur in Ostafrika hinterließ, in der Einbildung, den Ersten Weltkrieg mit seiner Truppe afrikanischer Söldnern („treue Askari“) zu entscheiden, kehrte als „im Felde unbesiegt“ nach Deutschland zurück und wurde zum prominenten Gesicht des deutschen Kolonialrevisionismus. Noch 1940 gehörten dem Reichskolonialbund zwei Millionen Mitglieder an. Doch die „Lebensraum“-Pläne der Nationalsozialisten galten bereits nicht mehr Afrika und Übersee, sondern zielten vor allem auf den Osten Europas.

Für Deutschland wie für andere Kolonialmächte standen beim „Wettlauf um Afrika“ und der bei der Ausdehnung nach Asien weniger eine wie auch immer gestrickte „Mission civilisatrice“ im Vordergrund, es ging vor allem um Absatzmärkte, Rohstoffe, um geopolitische Präsenz. Es sei ein Irrtum, zu glauben, die Kolonialpolitik bezwecke allein die moralische und materielle Hebung fremder Völkstämme, notierte Ostafrika-Pionier Carl Peters in der „Kolonial-Politischen Korrespondenz“ im Jahre 1886. „Sie soll weitblickend genug sein, um sich diese Aufgabe als ein hervorragendes Mittel zum Zweck zu stellen. Dieser ist und bleibt aber schließlich die rücksichtslose und entschlossene Bereicherung des eigenen Volkes auf anderer schwächerer Völker Unkosten.“ *Alexander Heinrich*

»Wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.«

Bernhard von Bülow, Reichsaußenminister

»Die Bürde des weißen Mannes«

MISSION Europäische Mächte rechtfertigten ihre Eroberungen mit einem selbst erteilten Zivilisationsauftrag

1879 kursierte unter deutschen Bankiers, Intellektuellen, Geschäftsleuten und Militärs die Schrift eines gewissen Friedrich Fabri: Unter der rhetorisch formulierten Frage: „Bedarf Deutschland der Kolonien?“ machte sich der Direktor der Rheinischen Mission in Barmen Gedanken über die Expansion des Deutschen Reiches, das er zur „Cultur-Mission“ geradezu berufen sah. „Die Zeiten, in denen Deutschland fast nur durch intellektuelle und literarische Tätigkeit an den Aufgaben unseres Jahrhunderts mitgearbeitet hat, sind vorüber.“ Ein Volk, das auf die Höhe politischer Macht-Entwicklung geführt sei, könne nur so lange seine geschichtliche Stellung mit Erfolg behaupten, als es sich als Träger einer „Cultur-Mission“ erkenne und beweise, argumentierte Fabri und schloss mit einem Zitat des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Paul Leroy Beaulieu: „Diejenige Nation ist die größte in der Welt, welche am meisten kolonisiert; wenn sie es heute nicht ist, wird sie es morgen sein.“

Die „Unterwerfung der Welt“ (Wolfgang Reinhardt) durch europäische Mächte seit dem ausgehenden Mittelalter war spätestens im 18. Jahrhundert mit einem bemerkenswerten Sendungsbewusstsein verbunden. Europa, Ort der industriellen Umwälzungen und der Revolutionen, sah sich als



Zeitgenössische Darstellung des Sturms eines deutschen Landungskorps an der Küste Kameruns im Dezember 1884

treibende Kraft des Fortschritts und der Zivilisation – und diese Selbstbeschreibung schlug durch auf den Blick auf die außer-europäischen Kulturräume. Bestand nicht geradezu eine ethische Verpflichtung, dass jener Teil der Menschheit, der an der Spitze des Fortschritts marschiert, den anderen Teil der Menschheit an den Segnungen dieses Fortschritts teilhaben lässt? „Kolonialherrschaft wurde als Geschenk und Gnadentat der Zivilisation verherlicht, als eine Art von humanitärer Dauerintervention“, schreibt der Historiker Jürgen Osterhammel.

Der schnöde imperiale Griff nach fremden Territorien ließ sich in den bürgerlichen und adligen Salons denken als geradezu heroischer Akt der Übernahme einer Vormundschaft durch das hochentwickelte Europa, als „Bürde des weißen Mannes“, wie es in einem Gedicht des Briten Rudyard Kipling heißt. Kolonialisierung wurde nicht erfasst als mehr oder weniger gewaltsames Okroyieren einer fremden Ordnung, sondern als in wilden Zuständen Ordnung überhaupt erst schaffende Kraft – fußend auf der Annahme einer „anthropologischen Andersartigkeit“ (Osterhammel) der Kolo-

nisierten. Weit verbreitet war etwa die Klage über die vermeintliche Undankbarkeit der Einheimischen in den kolonisierten Räumen, die sich dem europäischen Zivilisierungsprojekt durch fehlende Arbeitsmoral oder Ineffizienz widersetzen würden. Von solchem Denken war es letztlich nicht weit zur Annahme einer „rassisch“ bedingten Hierarchie der Menschheit – und zum Ausbruch exzessiver Kolonialgewalt in der Behauptung gegen alles „Chaotische“ und „Wilde“.

Wie klaffend groß die angenommene Andersartigkeit noch um die Wende zum 20. Jahrhundert war, zeigen die Haager Friedenskonferenzen, deren Ergebnis, die Haager Landkriegsordnung, sorgfältig zwischen Kombattanten (Angehöriger staatlicher Streitkräfte) und Nicht-Kombattanten (Zivilisten, Sanitäter) unterschied: Bereits in der Präambel wurde dieser bedeutende Fortschritt des humanitären Völkerrechts einschränkt auf die Bevölkerungen „gesitteter Staaten“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Im deutsch- und englischsprachigen Raum einzigartig:
Das Handbuch zur politikwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung

Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung
Handbuch für Wissenschaft und Studium
Herausgegeben von Prof. Dr. Thorsten Faas, Prof. Dr. Oscar W. Gabriel und Prof. Dr. Jürgen Maier
2020, 718 S., geb., 98,- €
ISBN 978-3-8487-2175-7
nomos-shop.de/25071

30 Beiträge bieten einen umfassenden Überblick über die Theorien und Befunde der politikwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung, untergliedert in die Bereiche „Politische Kommunikation“, „Politische Einstellungen“, „Politische Partizipation“, „Wählerverhalten“ und „Methoden“.

Nomos eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

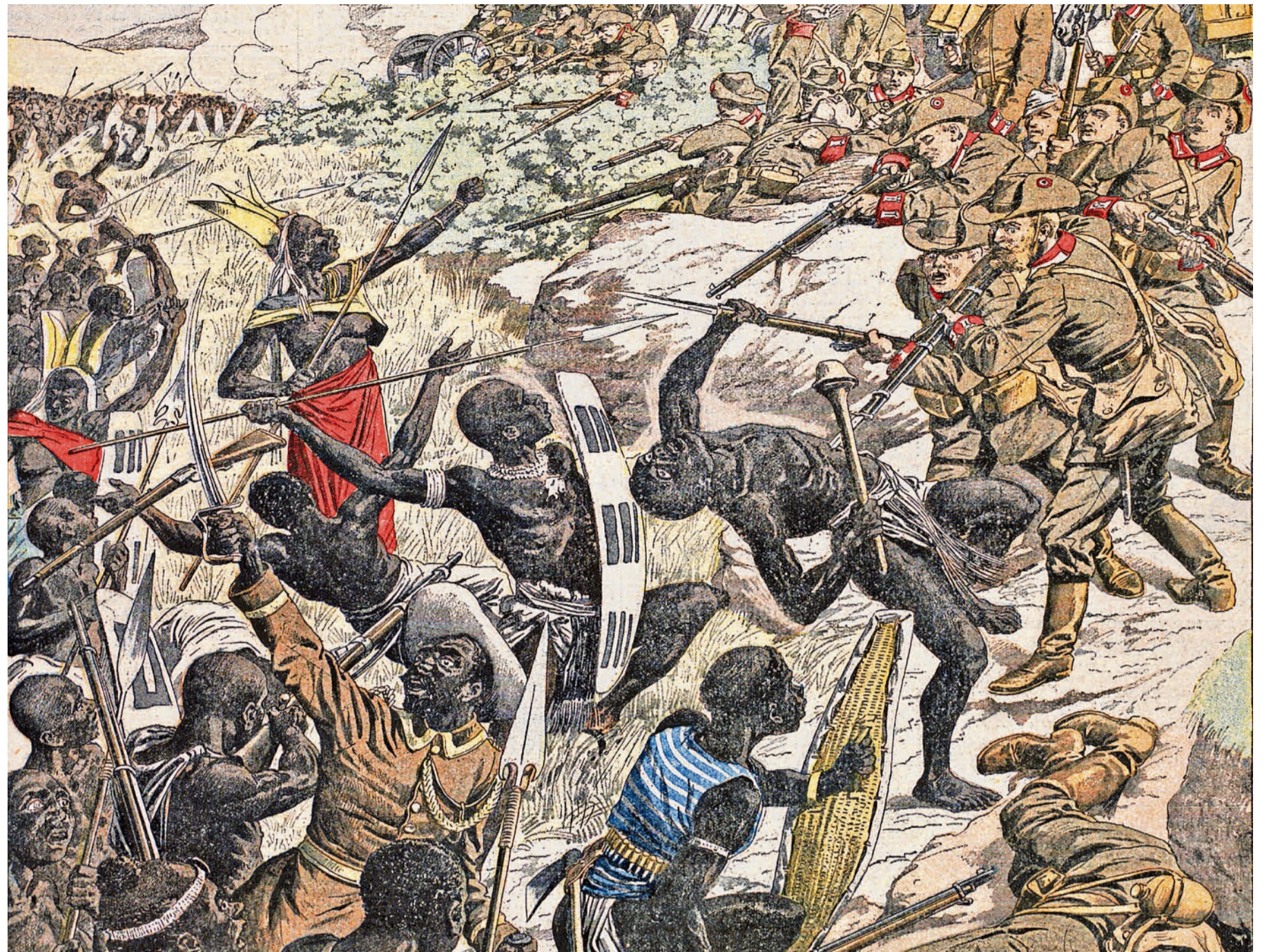
Krieg ohne Tabus

VÖLKERMORD Bei der Niederschlagung afrikanischer Widerstandsbewegungen in den deutschen Kolonien waren extremer militärischer Gewalt keinerlei Grenzen gesetzt

In zwei großen Kolonialkriegen schlug das deutsche Kaiserreich in Afrika Widerstandsbewegungen nieder: von 1904 bis 1907 in Deutsch-Südwestafrika – dem heutigen Namibia – sowie von 1905 bis 1908 in Deutsch-Ostafrika, das etwa das Gebiet der heutigen Staaten Tansania, Burundi und Ruanda umfasste. Beide Kriege wurden von Seiten der deutschen Truppe mit großer Brutalität gegen die einheimische Bevölkerung geführt. Der Ausübung extremer militärischer Gewalt waren keinerlei Grenzen gesetzt, da kein Mittel der Kriegführung tabuisiert war, auch nicht das des Völkermords. Ein Genozid war in Kolonialkriegen immer möglich.

»Züchtigungsrecht« Die Kolonien befanden sich insofern in einer permanenten Kriegssituation, als die Kolonialherren beinahe täglich lokalen Widerstand bekämpfen mussten. Ein großer Kolonialkrieg entstand immer dann, wenn sich die kriegerischen Handlungen über längere Zeit hinwegzogen, die Kämpfe sich räumlich ausdehnten und Truppen aus der Metropole zum Einsatz kamen. Für die Einheimischen war die Kolonie ein Ort alltäglich erfahrener Gewalt. Zum Sinnbild hierfür ist in den deutschen Kolonien in Afrika das sogenannte »väterliche Züchtigungsrecht« geworden. Das koloniale Rechtssystem, basierend auf rassistisch-dehumanisierendem Denken, schützte die Weißen, nicht aber

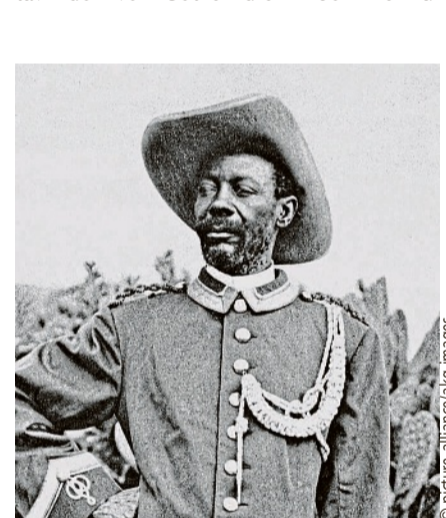
die Afrikaner. In dieser strukturellen Ungleichheit lagen die Ursachen des Widerstandes und damit der Kolonialkriege, wenn auch die jeweiligen Anlässe unterschiedlich waren. Deutsch-Südwestafrika war 1884 zur deutschen Kolonie geworden und von Gouverneur Theodor Leutwein ab 1894 als Siedlungskolonie konzipiert worden. Aus diesem Grund waren Herero und Nama zunehmend enteignet worden und ihr Land in die Hände deutscher Siedler übergegangen. Die Situation der Herero verschärfte sich durch eine Malaria-Epidemie, eine Rinderpest und die Einführung einer neuen Kreditverordnung. Hingegen fühlten sich in Deutsch-Ostafrika, das 1885 in deutschen Besitz genommen worden war, die im Süden der Kolonie lebende Bevölkerung durch die Einführung einer Kopfsteuer im März 1905 in ihrer Existenz bedroht. Hinzu kam der von Gouverneur Gustav Adolf von Götzen festgeschriebene Arbeitsdienst für afrikanische Männer auf den Baumwollpflanzungen der deutschen Administration. Während in Deutsch-Südwestafrika im Januar 1904 zunächst die Herero den Krieg begonnen hatten und sich die Nama erst im Oktober anschlossen, verbündeten sich in Deutsch-Ostafrika im Kampf gegen die deutschen Kolonialherren von Anbeginn sehr unterschiedliche ethnische Gruppen. Das einheitsstiftende Element war der Kult um das Majimaji (Swahili für Wasser), das



Der Krieg der deutschen Kolonialmacht gegen die Hereros war im Februar 1904 auch Thema einer Illustration im Pariser „Petit Journal“.

© picture-alliance/akg-images

den afrikanischen Soldaten gegen die Gewehre der Kolonialtruppe Unverwundbarkeit garantieren sollte. So waren in beiden Kolonien bei Beginn der Kriege kaum Schutztruppen vor Ort, weshalb die Afrikaner zunächst große militärische Erfolge verbuchen konnten. In Deutsch-Südwestafrika belagerten die Herero größere Ortschaften und unterbrachen die Eisenbahnlinie von Swakopmund nach Windhoek. In Deutsch-Ostafrika breitete sich der Krieg, ausgehend von den Matumbi-Bergen, sehr schnell in Richtung Norden aus.



Samuel Maharero (1856 bis 1923) war Oberhäuptling der Herero.

Eine weitere Gemeinsamkeit war, dass beide Kolonialkonflikte als konventionelle Kriege begonnen hatten und dann in einen Guerillakrieg übergegangen waren. Dieser war weder durch Massenhäute noch durch Offensiven oder Stellungskriege gekennzeichnet, sondern durch Terror und Gegenterror, Abschreckung und Demoralisierung. Um diesen Krieg zu beenden, wandten die deutschen Truppen die alle Ressourcen zerstörende Strategie der verbrannten Erde an und begangen Gewalttaten in Form von Requisitionen, Kontributionen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Massakern, Kettenhaft, Hinrichtungen, Internierungen in Gefangenenlagern sowie Deportationen.

Für die Einheimischen war die Kolonie ein Ort alltäglich erfahrener Gewalt.

Doch ein genauerer Blick auf den Ablauf beider Kriege zeigt auch, dass die Kämpfe in Deutsch-Südwestafrika für den Generalstab in Berlin eine andere Bedeutung hatte als die in Deutsch-Ostafrika. So waren viel mehr Soldaten aus der Metropole eingesetzt worden. Nach und nach stieg ihre Zahl auf 14.000 Mann an. Dagegen kämpften in Deutsch-Ostafrika überwiegend Askari, das waren afrikanische Soldaten in deutschen Diensten.

In Deutsch-Südwestafrika war zudem das militärische Oberkommando im Juni 1904 an Generalleutnant Lothar von Trotha gefallen, der dem Kaiser und dem Generalstab in Berlin als Hardliner bekannt war. Nach dem Scheitern der Vernichtungsschlacht am Waterberg im August 1904 ordnete von Trotha die rücksichtslose Verfolgung der fliehenden Herero in der Omaheke-Wüste an. Im Oktober 1904 verkündete er dann die sogenannte Vernichtungsproklamation, nach der keine Gefangenen gemacht werden sollten und selbst Frauen und Kindern keine Gnade gewährt werden sollte. Die Proklamation wurde zwar wenige Wochen später auf Anordnung des Kaisers zurückgenommen, doch in den daraufhin gebauten Gefangenenlagern starben viele der inhaftierten

Herero und Nama an systematischer Vernachlässigung. Die Lager waren nicht nur von militärischen, sondern auch von zivilen Stellen geführt worden.

Sonderstellung Der Kolonialkrieg in Deutsch-Südwestafrika nimmt in dem aktuellen wissenschaftspolitischen Diskurs insofern eine Sonderstellung ein, als nur er als Genozid bezeichnet wird. Es stellt sich die Frage, warum die beiden Kolonialkriege so unterschiedlich eingeordnet werden. In Deutsch-Südwestafrika kamen mindestens 70.000 Einheimische ums Leben; für Deutsch-Ostafrika belaufen sich die Schätzungen auf durchschnittlich 300.000 Todesopfer. Doch Opferzahlen helfen nur bedingt weiter. In absoluten Zahlen ausgedrückt wurden im Majimaji-Krieg wesentlich mehr Menschen getötet als in Deutsch-Südwestafrika, wo selbst bei niedrigsten Schätzungen 50 bis 60 Prozent der Herero und Nama ums Leben kamen. Viel mehr muss der jeweilige Kriegsschauplatz und dessen Bedeutung im zeitgenössischen nationalen und internationalen Diskurs fokussiert werden: Von der zivilen und militärischen Führung als Siedlungskolonie geplant, aus der die Afrikaner verschwinden sollten, wurde Deutsch-Südwestafrika zu einem Ort des Genozids. *Susanne Kuß*

Die Autorin ist Geschichtspräsidentin an der Pädagogischen Universität Freiburg.

Die Macht des Skandals

REICHSTAG Abgeordnete rückten Missstände der deutschen Kolonialpolitik ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Die Debatten stärkten auch den Einfluss des Parlaments

Im Februar 1894 erschien der Sozialdemokrat August Bebel mit einer »Nilpferdpeitsche« im Reichstag. Mit ihr veranschaulichte er seinen Vorwurf, dass deutsche Kolonialbeamte brutal nackte Afrikanerinnen blutig auspeitschen ließen. Auch andere Abgeordnete griffen nun Zeitungsmeldungen auf, die über harte Körperstrafen und den sexuellen Missbrauch von Afrikanerinnen berichteten hatten. Damit eröffneten sie einen Reigen von Kolonialskandalen, die Reichstag und Öffentlichkeit die nächsten Jahrzehnte beschäftigen sollten. Bislang hatten vor allem die Sozialdemokraten im Rahmen der Budgetdebatten immer wieder die hohen Kosten des Kolonialismus moniert, ohne großes Gehör zu finden. Die nun erhobenen Vorwürfe sorgten dagegen für eine breite emotionale Empörung über die Praktiken des Kolonialismus, die auch Teile der Zentrumspartei und der Linksliberalen erreichten. Dadurch gewann der Reichstag über das Budgetrecht hinaus neue Macht in der Kolonialpolitik. Dass in Ostafrika weiterhin Sklaverei herrschte und eine brutale Ausbeutung der »Schutzbeholdenen«, wurde nun breit diskutiert. So brachte Bebel im März 1895 im Reichstag vor, ein Gouverneur Deutsch-Ostafrikas

habe sieben Männer wegen Nichtigkeiten aufhängen lassen. Und sein Parteigenosse Georg von Vollmar wies auf einen deutschen Bahnangestellten hin, der »nachts gewaltsam in die Häuser des Negerdorfs drang, um sich Weiber zu holen«. Im März 1896 gelang Bebel sein bisher größter Coup im Reichstag. Detailreich ausgeschmückt beschrieb er, wie der deutsche Kolonialheld Carl Peters sich eine Afrikanerin als »Beischläferin« gekauft und dann habe hängen lassen, als sie ein Verhältnis mit seinem Diener hatte. Als Quellen nannte Bebel vor allem kirchliche Kreise, um auch katholische und konservative Abgeordnete zu überzeugen. Die prinzipielle Bestätigung durch das Kolonialamt führte laut Protokoll zu »stürmischen Unterbrechungen«. Diese oft monatelangen Berichte über die Kolonialskandale, die Karikaturen, Parlamentsdebatten und Prozesse zwangen die breite Öffentlichkeit, sich über die kolonialen Praktiken ein Urteil zu bilden. Selbst in den Kneipen diskutierten die Arbeiter dank der Reichstagsdebatten über die Kolonien, wie Spitzelberichte belegen: Es sei »unglaublich, wenn man hört, wie die höheren Beamten dort über Leben und Tod der Menschen urteilen«. Andere klagten über die geringen Strafen für die

leitenden Kolonialbeamten und waren erschüttert, dass Beamte durch sadistische Taten selbst zu »Wilden« wurden. So vermerkten sie nach Bebel's Reichstagsrede 1896: »Wenn man die Aufzeichnungen von B. [Bebel] lese, so denke man, es könnte gar nicht möglich sein, dass Deutsche so handeln können, aber man müsste es glauben, da es ja nicht die ersten Fälle von Grausamkeiten sind.« Diese Reichstagsdebatten Mitte der 1890er Jahre hatten Folgen: Die körperliche Bestrafung der Afrikaner, die in der öffentlichen Diskussion weiterhin mehrheitlich als notwendig erschien, wurde offiziell auf das Maß der Briten reduziert, stärker normiert und kritischer öffentlich beobachtet. Ebenso kam es dank der Skandale zur Umstrukturierung der Kolonialverwaltung und Versorgung. Allerdings führten die äußerst brutal geführten anschließenden Kriege in den Kolonien kaum zu wirkungsmächtigen Skandalen. Die Sozialdemokraten protestierten erneut. Nach der Niederschlagung des Boxeraufstandes in China 1900 las Bebel im Reichstag etwa einzelne Passagen aus Berichten von Soldaten über den brutalen Einsatz vor: »Alles was uns in den Weg kam, ob Mann, Frau oder Kind, alles wurde abgeschlachtet«, hieß es etwa hier. Und

1904 führte er im Reichstag die Aufstände der Hereros auf »Misshandlungen schlimmster Art« und »sittliche Verfehlungen der Weißen gegen Hererofrauen« zurück. Aber öffentlich setzten sich eher Narrative durch, die die Gewalt von Chinesen oder Afrikanern gegen europäische Frauen vermittelten. Selbst ein kolonialkritischer Abgeordneter wie Matthias Erzberger stimmte 1904 den Mitteln für den Truppeneinsatz gegen die Hereros zu, weil »eine deutsche Frau, die diesen Unmenschen in die Hände fällt, von einem ganzen Dorf missbraucht wird, worauf man sie förmlich hinschlachtet«. Einen starken kolonialpolitischen Einfluss erreichte der Reichstag durch neue Skandale 1905/06. Vor allem sozialdemokratische und freisinnige Reichstagsabgeordnete brachten erneut zahlreiche Fälle grausamer Prügelstrafen und sexueller Normbrüche durch deutsche Kolonialbeamte auf. Der Zentrumspartei gehörte Matthias Erzberger prangerte die Bereicherung von Handelsfirmen wie Woermann und Tippelskirch an, die dank korrupter Verflechtungen mit Beamten überhöhte Preise verlangten. Dank seiner Arbeit in der Budgetkommission präsentierte er souverän Finanzbilanzen, die er in plastischen Bildern beschrieb, etwa anhand

überzogener Socken- und Schuhpreise. In Hamburgs Kneipen kommentierten dies die Gäste laut Spitzelbericht: »Erzberger ist ein Mann, der mir gefällt. Er sucht alle Fehler aufzudecken und zu besprechen.« Die Folgen dieser Kolonialskandale 1906 waren nachhaltig und unterstrichen abermals die neue Macht von Reichstag und Öffentlichkeit. Die Korruptions- und Monopolvorwürfe führten zur Kündigung der Lieferverträge mit Woermann und Tippelskirch. Auch die personellen Folgen waren erheblich: Der Gouverneur von Togo, Waldemar Horn, verlor bereits 1905 seinen Posten, ebenso dann der Direktor der Kolonialabteilung, Oskar Stuebel, und 1907 der Gouverneur von Kamerun, Jesko von Puttkamer. Der spektakulärste Rücktritt infolge der Skandale war der des Staatssekretärs und preußischen Landwirtschaftsministers Victor von Podbielski, nachdem sich der Verdacht auf Vorteilsnahme und Korruption erhärtete. Durch seine kommunikative Macht konnte der Reichstag damit durchaus Einfluss auf die Regierung nehmen. Neu an die Spitze der Kolonialabteilung trat der liberal orientierten Bernhard Dernburg, der eine verstärkte Untersuchung, Disziplinarverfahren und Reformen einleitete.

Nach den Skandalen lehnte der Reichstag im Dezember 1906 nach langer Debatte die Haushaltsmittel für die Kriegsführung in Deutsch-Südwestafrika ab. Reichskanzler Bernhard von Bülow reagierte mit der Auflösung des Reichstags und Neuwahlen. Diese gingen als »Hottentottenwahlen« in die Geschichte ein, da die Kolonialpolitik ganz im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand. Dass sich hier der »Bülow-Block« aus Konservativen und Liberalen behaupten konnte, lag auch daran, dass der Kanzler nach den Skandalen für Reformen eingetreten war.

Eng verflochten Insgesamt zeigte sich, dass der Reichstag zu einer gewissen Eindämmung kolonialer Gewalt im späten Kaiserreich beitragen konnte. Zudem stärkten die Skandale die SPD, da sie Feindbilder über die Doppelmoral adliger und bürgerlicher Eliten reaktivierten und einen Schulterschluss zum Zentrum und den Linksliberalen schufen. Die Skandale zeigten dabei, wie eng verflochten Politik und Massenmedien bereits damals agierten: Vorwürfe wurden wechselseitig aufgebracht, aufgegriffen und verstärkt. Die Reden im Reichstag richteten sich über die Medien an die ganze Nation und die Weltöffentlichkeit und wurden entsprechend intensiv rezipiert. *Frank Bösch*

Der Autor ist Professor für europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Sima Luipert steht mit den Füßen im Sand, den Blick für ein Foto ernst in die Kamera gerichtet. Rund um ihre Schuhe ragen Gesichter aus Ton aus der Erde, sie sehen aus wie Totenmasken. „Der Völkermord an den Herero und Nama wurde lange geleugnet. Das muss aufgehört“, sagt sie leise, während sie behutsam um die Köpfe herumläuft, die eine Künstlerin aus Namibia in der Berliner Akademie der Künste im Sand vergraben hat. Sie sollen an den Genozid vor mehr als hundert Jahren im damaligen Deutsch-Südwestafrika erinnern.

Für Luipert, geboren in Namibia und Vize-Vorsitzende des Verbands der traditionellen Nama-Führer (NTLA), ist es der erste Besuch in dem Land, dessen Vorgängerstaat, das Deutsche Kaiserreich, verantwortlich ist für den tausendfachen Mord an ihrem Volk. Unter dem Motto „Nicht über uns, sondern mit uns!“ wird sie in den folgenden zwei Wochen zusammen mit der Herero-Aktivistin Esther Utjua Muinjangu durch Deutschland reisen, um den Forderungen ihrer Stämme Nachdruck zu verleihen: „Die Bundesregierung muss den Völkermord an den Herero und Nama offiziell anerkennen und dafür um Entschuldigung bitten.“ Mit Blick auf die seit 2015 zwischen Deutschland und Namibia laufenden Regierungsverhandlungen zur Aufarbeitung ergänzt sie: „Die Bundesregierung muss vor allem endlich mit den Betroffenen verhandeln und nicht mit einem Staat, der niemals Teil des Problems war.“ Bei den Nachfahren der Opfer schwindet die Geduld. Denn vier Jahre nach Beginn des Dialogs mit Namibia und fast zwölf Jahrzehnte nach dem für die Wissenschaft ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts sind beide Forderungen nicht erfüllt.

»Behandelt wie Tiere« Die Wunden sitzen tief. Der von den deutschen Kolonialherren verübte Genozid hat zwischen 1904 und 1908 schätzungsweise 80.000 Herero und 20.000 Nama in Deutsch-Südwestafrika das Leben gekostet. Sie starben in eigens errichteten Konzentrationslagern, wurden willkürlich erschossen oder erhängt oder verdursteten in der Omaheke-Wüste, in die der damalige Gouverneur der Kolonie, Generalleutnant Lothar von Trotha, Tausende Herero treiben ließ. Sie hatten sich in Aufständen gegen den Raub von Land und Vieh gewehrt, von Trotha erklärte den Aufständischen daraufhin den Krieg und erließ im Oktober 1904 den sogenannten Vernichtungsbefehl: „Die Herero sind nicht mehr Deutsche Untertanen. Innerhalb der Deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auch auf sie schießen.“ In einem Brief an Generalstabschef Graf von Schlieffen erklärte er drei Tage später: „Ich glaube, dass die Nation als solche vernichtet werden muß.“

Luiperts Urgroßmutter Katrina wurde wie Tausende in das berüchtigte Konzentrationslager auf der Haifischinsel deportiert. „Die Frauen wurden vergewaltigt und mussten die Schädel der Toten abkratzen“, erzählt die Urenkelin. Die Gebeine wurden für die „Rasseforschung“ ins Kaiserreich verschickt. Im KZ brachte Katrina Luiperts Großmutter und zwei Geschwister zur Welt. Alle waren Kinder eines Deutschen. „Die Herero und Nama wurden behandelt wie Tiere“, sagt Luipert. „Sie verloren ihr Eigentum, wurden zu Sklavenarbeitern.“ Mit Folgen bis heute: „Die Entwicklungsunterschiede zu anderen Landesregionen sind gravierend“, berichtet der Soziologe und Namibia-Experte Reinhart Kößler. Am Telefon wirkt der Sondergesandte der Bundesregierung für die Verhandlungen mit Namibia, der langjährige Vorsitzende

Verdrängter Genozid

DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKA Der Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia ist bis heute nicht aufgearbeitet. Der Regierungsdiallog zieht sich seit vier Jahren hin, bei den Nachfahren schwindet die Geduld



Nama-Aktivistin Sima Luipert in Berlin inmitten einer Multimediainstallation der namibischen Künstlerin Isabel Tueumuna Katjavivi, die an den Völkermord im damaligen Deutsch-Südwestafrika vor mehr als einem Jahrhundert erinnert.

© Johanna Metz

des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU), nachdenklich: „Der Versöhnungsprozess sollte längst abgeschlossen sein. Doch das hat eine ganz andere Dimension entwickelt.“ Man habe die Klippen unterschätzt, die es zu umschiffen gelte. Die Klippen verlaufen nicht nur zwischen Bundesregierung und der Regierung in Namibia. Sondern auch zwischen beiden und den Vertretern der Herero und Nama, die von der Administration in Windhoek nicht in die Verhandlungsdelegation einberufen wurden und ihr nun nicht zutrauen, den Dialog in ihrem Namen zu führen. „Die

Regierungen streiten sich um Geld. Aber das ist nicht unsere Priorität“, erklärt Sima Luipert. Sie spricht aus, was viele Stammesangehörige denken: „Die Bundesregierung muss zuerst um Entschuldigung bitten, dann können wir über Geld reden.“ Ihrer eigenen Regierung wirft sie Geschichtsvergessenheit vor. „Sie reden von einem namibischen Völkermord, doch als die Deutschen kamen, haben sie uns das Land weggenommen und nicht den anderen.“ Reinhart Kößler pflichtet ihr bei. „Die namibische Regierung behandelt den Völkermord als übergreifendes nationales Problem, was historisch nicht haltbar ist.“ Er

warnet: „Wenn sie den Prozess nicht inklusiv gestaltet, werden die Betroffenen ein Regierungsabkommen nicht akzeptieren.“ Dass die Bundesregierung noch nicht um Entschuldigung gebeten und der Bundestag bis heute – wie von den Fraktionen von Grünen und Linken wiederholt gefordert – dazu keine Resolution verabschiedet habe, nennt Kößler ein „bedauerliches Versäumnis“. Seiner Ansicht nach unterschätzt die Regierung, „wie sehr die Problematik im symbolischen Bereich liegt“. Ruprecht Polenz will das so nicht stehen lassen. Die Bundesregierung habe Namibia gegenüber die Erwartung ausgedrückt, den

Prozess so zu gestalten, dass er auch von den Herero und Nama akzeptiert werden könne, versichert er. „Doch letzten Endes entscheidet sie selbst, wie sie ihre Verhandlungsdelegation zusammensetzt.“ Polenz sagt auch, dass die Bundesregierung „lieber gestern als heute“ um Entschuldigung für den Völkermord bitten wolle. Doch die Regierung in Namibia wolle genau wissen, was daraus für Deutschland folge. „Deshalb brauchen wir erst das Regierungsabkommen.“ Doch wann das besiegelt wird, bleibt unklar, auch wenn sich die Verhandlungsdelegationen Ende November immerhin auf

wichtige Punkte geeinigt haben. Ihrer Vorstellung nach soll die Bundesregierung mithilfe eines Fonds die Entwicklung der Herero- und Nama-Gebiete besonders unterstützen. Eine gemeinsame Stiftung soll Austausch und Aufarbeitung fördern, Hilfen für eine dringend notwendige Landreform fließen. Auch mehr Rückführungen von Gebeinen nach Namibia sind geplant. „Wir wollen uns substanzial und langfristig finanziell engagieren“, versichert Polenz. Doch der Teufel steckt im Detail. So seien die Vorstellungen über die Summe „nicht deckungsgleich“, sagt Polenz. Der Grünen-Abgeordnete Ottmar von Holtz spricht von finanziellen Forderungen der Regierung in Windhoek, „die alles übersteigen, was Deutschland stemmen könnte“ (siehe Interview auf Seite 2). Eine mögliche Erklärung dafür hat Reinhart Kößler parat: „Namibia ist in einer prekären Haushaltslage. Offenbar hofft der ein oder andere Regierungsvertreter, diese zu verbessern.“

»Keine Rechtsfrage« Sima Luipert kann über all das nur den Kopf schütteln. Sie und andere Stammesvertreter lehnen allgemeine Hilfen an den namibischen Staat ohnehin ab, sie wollen individuelle Wiedergutmachung in Form von Reparationen. Doch die schließt die Bundesregierung kategorisch aus. „Es geht hier um eine politisch-moralische Frage und nicht um eine Rechtsfrage“, erklärt Polenz. Schließlich habe die Völkermord-Konvention von 1948 keine Rückwirkung. Das diplomatische Tauziehen um die Aufarbeitung des Völkermords setzt sich damit fort. Ausgangspunkt dafür war eine Entschließung des Bundestages, in der die Abgeordneten 1989 erstmals die besondere historische und politische Verantwortung Deutschlands gegenüber Namibia betonten, ohne jedoch von Völkermord zu sprechen. Seither sind Entwicklungsgelder im Umfang von fast zwei Milliarden Euro in das Land geflossen. Doch erst im Jahr 2004 sprach ein Mitglied der Bundesregierung, die damalige Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul (SPD), in Namibia den von den Herero und Nama so lang ersehnten Satz aus: „Die damaligen Gräueltaten waren das, was heute als Völkermord bezeichnet würde.“

An der offiziellen Sprachregelung hat das wenig geändert. Auch auf dem einzigen Gedenkstein in Berlin, dem „Hererostein“, 2009 gestiftet vom Neuköllner Bezirksamt und gelegen an der Ostmauer des Neuen Garnisonsfriedhofs, ist nicht von Völkermord die Rede. Nach wie vor steht neben der kleinen, schwarzen Platte zudem ein großer Granitfindling, der seit 1973 an die Soldaten der deutschen Schutztruppen erinnert, die zwischen 1904 und 1907 freiwillig am Feldzug in Südwestafrika teilnahmen und dabei ums Leben kamen.

Wenig Hoffnung „Die Verhandlungen werden immer weitergehen“, sagt Sima Luipert resigniert und blickt, immer noch im Sand stehend, auf zwei große Leinwände; sie zeigen Bäume, an denen die Deutschen einst ihre Vorfahren hängten. In ihrem Heimatland sind nicht wenige des Wartens müde. Erst im November sagte der Herero-Führer Mutjinde Katjijua der Berliner Tageszeitung „taz“: „Wenn alle rechtlichen und diplomatischen Prozesse scheitern, werden wir auf Selbstbefreiung zurückgreifen, und die deutschen Farmer, die auf unserem Land sitzen, werden packen und gehen müssen.“ Ruprecht Polenz will es soweit nicht kommen lassen. „Wir haben mehr als hundert Jahre gebraucht, um uns mit dem Thema zu beschäftigen. Nun sollte es in dieser Wahlperiode eine Lösung geben“, hofft der CDU-Politiker 2020 jährt sich der Völkermord an den Herero und Nama zum 116. Mal.

Johanna Metz

Erst unerlässlich, dann unerwünscht

ASKARIS Mehr als 10.000 afrikanische Männer standen im Ersten Weltkrieg im Sold der deutschen Truppen. Nach dem Krieg blieben sie enturzelt zurück

Die Erinnerung ist klein, quadratisch und schimmert golden. Es ist ein „Stolperstein“ des Künstlers Gunter Demnig, eingelassen in das Pflaster vor der Brunnenstraße 193 in Berlin-Mitte, der dort auf Mahjub bin Adam Mohamed hinweist – besser bekannt als Bayume Mohamed Husen. Geboren 1904 in der Hafenstadt Daressalam, heute Tansania, zu jener Zeit aber Teil der Kolonie Deutsch-Ostafrika, kämpfte er im Ersten Weltkrieg als Kindersoldat in der „Schutztruppe“. 1929 kam Mahjub nach Berlin, um seinen ausstehenden Kriegssold einzufordern – und blieb. Der Kriegsmigrant gründete eine Familie und schlug sich durch als Kellner im Kempinski, als Kiswahili-Lehrer und Komparse. In den dreißiger Jahren hatte er in mehr als 20 Spielfilmen kleinere Rollen, unter anderem an der Seite von Hans Albers. 1941 jedoch wurde Mahjub wegen „Rassenschande“ denunziert und in seiner Wohnung in der Brunnenstraße verhaftet. 1944 starb er im KZ Sachsenhausen.

Mahjubs Geschichte ist eng mit dem deutschen Kolonialismus in Afrika verbunden. Wie schon sein Vater war er einer von Tausenden Afrikanern, die während des Ersten Weltkriegs im Dienst des Deutschen Reichs standen. Als Träger, Fährtenleser und Soldaten rekrutiert, galten sie als verlässliche

Stützen der „Kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika“. Schon in deren Vorläuferin, der „Wissmanntruppe“, bediente man sich solcher „Askari“ (Kiswahili für „Soldat“) unter anderem, um Aufstände der einheimischen Bevölkerung gegen die Kolonialherren niederzuschlagen. Nach der Gründung der ersten offiziellen deutschen Kolonialtruppe 1891 begannen die Kolonialbeamten systematisch damit, Männer anzuwerben. Viele brachten bereits militärische Erfahrung mit und verfügten über wertvolle Sprach- und Landeskenntnisse. Ihre militärische Funktion war laut der Historikerin Stefanie Michels für das deutsche Kolonialprojekt „grundlegend“. Kein Wunder: Ohne koloniale Truppen hätten die Deutschen „keine Autorität in den Kolonialgebieten ausüben können“. Für die afrikanischen Männer wiederum war der Dienst in der Schutztruppe attraktiv. Michels zufolge ermöglichte ihnen das Leben als Askari, „Männlichkeit und Erwachsensein“ zu demonstrieren. Viele Väter schickten ihre Söhne deshalb bewusst zur Truppe – oder brachten sie, wie Mahjubs Vater, gleich mit, wenn sie sich selbst zu den Waffen meldeten. Die Askari gehörten außerdem zu den am besten bezahlten Angestellten der kolonialen Institutionen.



Die zeitgenössisch colorierte Fotografie aus der deutschen Propaganda zeigt Askaris in Ostafrika irgendwann zwischen 1914 und 1918 in Behelfsuniformen.

© picture-alliance/ZB

1914, vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, umfasste die Truppe etwa 2.500 Askari und 260 Deutsche. Auf dem Höhepunkt ihrer Stärke standen schließlich zwischen 12.000 und 15.000 Askari im Sold der Deutschen. Bei Kriegsende war die Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika jedoch stark geschrumpft: Als unter Führung des Generals Paul Lettow-Vorbeck Ende November 1918, zwei Wochen nach dem Waffenstillstand in Europa kapitulierte, erga-

ben sich neben 155 Deutschen 1.168 bewaffnete Askari und rund 3.500 Träger. Der größte Teil der afrikanischen Soldaten war in den Kriegsjahren gefallen, an Krankheiten oder Hunger gestorben, in Kriegsgefangenschaft geraten, desertiert oder zu den Alliierten übergelaufen. Dies widerlegt den lang gepflegten Mythos vom „treuen Askari“, der bald nach Kriegsende aufkam. In Kriegsmemoiren, Liedern und mit Denkmälern wie dem Hamburger

„Askari-Relief“ wurde die Kameradschaft zwischen deutschen Soldaten und schwarzen Söldnern beschworen und deren soldatische Tugenden gerühmt. Der tatsächliche Umgang mit den Askari sah anders aus: Während die deutschen Mitglieder der Schutztruppe nach der durch den Versailler Vertrag erzwungenen Abgabe der Kolonien in die Heimat zurückkehrten, blieben die Askari enturzelt zurück. Die Bevölkerung stand ihnen meist feindlich gegenüber, erklärte die Historikerin Michelle Moyd. Wie Mahjub verließen etliche von ihnen Afrika in Richtung Deutschland, um ihren ausstehenden Lohn einzufordern. Aus Geldmangel waren während des Krieges Schuldscheine ausgegeben worden, mit dem Versprechen, diese später einzulösen. Die Migration aus den Kolonien war aber schon vor dem Ersten Weltkrieg eher unerwünscht: Einreise und Aufenthalt von Afrikanern versuchten die deutschen Behörden möglichst zu verhindern. Wie viele Kolonialmigranten dennoch nach Deutschland kamen, ist unklar. Die Afrikanistin Marianne Bechhaus-Gerst, die die Lebensgeschichte Mahjubs recherchiert hat, geht davon aus, dass zur Zeit der Weimarer Republik bis zu 3.000 Afrikaner in Deutschland lebten. Nicht alle waren ehemalige Askaris. Nach dem Ersten Weltkrieg erhielten sie

den Status von „Staatenlosen“ oder ein Zertifikat, welches sie als „ehemalige Schutzbefohlene“ auswies. Der Machtantritt der Nationalsozialisten verschärfte ihre rechtliche Situation. Eine der wenigen Nischen, in der Kolonialmigranten arbeiten konnten, seien „entwürgende Auftritte in Völkerschauen und Kolonialfilmen“ gewesen, schreibt die Geschichts- und Kulturwissenschaftlerin Nicola Lauré al-Samarai. Auch Mahjub gab zu vielen Anlässen den „Vorzeige-Askari“ und versuchte so gesellschaftliche Anerkennung und finanzielle Unterstützung zu bekommen. Aus politisch-neokolonialistischen Erwägungen wurden afrikanische Migranten in der NS-Zeit zunächst nicht offen und systematisch verfolgt. Doch das schützte sie letztlich nicht vor Zwangssterilisation und Internierung. Die Forschung geht von rund 2.000 in Konzentrationslagern ermordeten Menschen afrikanischer Herkunft aus. Mahjub bin Adam Mohamed war einer von ihnen.

Sandra Schmid



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Langer Atem der Kolonie

HOCHSCHULEN Postkoloniale Theorien behandeln die Langzeiteffekte der kolonialen Vergangenheit. Diese ist auch in Deutschland präsent

Ihr erstes Seminar zum Postkolonialismus gab Ina Kerner vor 15 Jahren. Die Professorin für Dynamiken der Globalisierung, die heute das Institut für Kulturwissenschaften der Universität Koblenz-Landau leitet, ist Expertin für die hartnäckigen Langzeiteffekte des europäischen Kolonialismus. Damals sei ihr der Vorwurf begegnet, postkoloniale Studien seien für die hiesige Wissenschaftslandschaft zu exotisch. Die einschlägige Ablehnung hatte auch damit zu tun, dass der Kolonialismus in Deutschland oft als Vergangenheit der anderen wahrgenommen wurde. Denn mit Verweis auf den Verlust der deutschen Kolonialgebiete im Anschluss an den Ersten Weltkrieg hob hierzulande früh eine geschichtsklitternde Erzählung an, in der die kolonialistische Expansion des 19. und 20. Jahrhunderts als alleinige Erbschuld von Briten, Belgiern und Franzosen erschien. Dort, wo man eine deutsch-koloniale Vergangenheit bekannte, wurde sie häufig idealisiert. Lange Zeit befassten sich in Deutschland denn auch nur wenige Spezialisten wie der Historiker und Afrikawissenschaftler Andreas Eckert oder eben die Politikwissenschaftlerin Ina Kerner mit den historischen Ablagerungen kolonialer Praktiken und Denkmuster. Allmählich jedoch sei die Entwicklung einer kritischen Haltung auch über Experten-Kreise hinaus zu bemerken, sagt Kerner. Mit den Debatten um das Humboldt-Forum und die Repatriierung von Gebeinen und kolonialem Raubgut kommt der Diskurs allmählich in Gang.

Auch würden die Erkenntnisse der postkolonialen Studien inzwischen vereinzelt in Lehrpläne sickern, so zum Beispiel im Englischunterricht. Insgesamt sei aber noch viel zu tun nicht zuletzt müssten sich die Mitglieder einer weißen Mehrheitsgesellschaft erst einmal umfassend bewusst machen, wie die postkoloniale Welt, in der wir leben, kulturell, politisch und wirtschaftlich aufgebaut ist. Postkolonialen Forschern zufolge wirkt der europäische Kolonialismus nämlich nicht nur in den ökonomischen Machtbeziehungen von globalem Norden zu globalem Süden fort. Auch eurozentrische Klassifikations- und postkoloniale Wahrnehmungsweisen seien nach wie vor überall vorhanden. Was globale Entwicklung angeht, dominiert noch immer die Vorstellung, Europa sei der Motor der Geschichte, sagt Kerner. Oft wird der Kolonialismus in diesem Sinne zumindest untergründig mit positiven Attributen versehen; werden Landnahme, Ausbeutung und Raub zur zivilisatorischen Heilsbringung erklärt. Westliche Wirtschaft, Kultur- und Politikmodelle erscheinen als Blaupause des Fortschritts, die regionalen Wissens- und Handlungssysteme werden als rück- und randständig gedacht. In der Herstellung kollektiver Identitäten gilt vielen Expertinnen zufolge noch heute,

Der marginalisierte Andere wird zur Negativfolie der eigenen Identität gemacht.

was der große Theoretiker des Postkolonialismus, Edward Said, im Anschluss an Michel Foucault in seiner 1978 erschienenen Analyse des westlichen Orientalismus konstatierte. In Abgrenzung von dem als wild, geistlos oder rückständig entworfenen Orientalen versichert sich der aufgeklärte Westler seiner Vernunft und Überlegenheit. Der marginalisierte Andere wird somit zur Negativfolie der eigenen Identität gemacht. Eine Praxis, die in der kulturrassistischen Erzählung vom Flüchtling, dem seine unhintergehbare Andersartigkeit und mithin die Unfähigkeit zur Integration regelrecht in den Leib geschrieben wird, bis heute ungebrochen Anwendung findet. Tragisch wiegt dabei das sozialpsychologische Reaktionsmuster der auf diese Weise Abgewerteten, das der karibisch-französische Psychiater und Vordenker der Dekolonisierung Frantz Fanon bereits 1952 in seinem Werk Schwarze Haut, weiße Masken bezeugte. Der machtvolle Blick der Herrschenden, und mithin das Narrativ ihrer Minderwertigkeit, sei den kolonisierten Subjekten noch zusätzlich zur ständigen physischen Gewalt gleichsam unter die Haut gegangen. Die rassifizierten Menschen konnten nach Fanon kaum anders, als das Bild der Unterdrückten zu verinnerlichen und sich selbst als abweichend vom Normhaften zu sehen.

Auch in den postmigrantischen Gesellschaften der Gegenwart, so Kerner, würden die von der Mehrheit als anders identifizierten Menschen ständig mit einer weißen Norm konfrontiert, die für die als weiß geltenden unsichtbar sei. Tatsächlich bekommt, wer Luise oder Leopold heißt, wohl eher selten mit, was es für eine Aische oder Adissa bedeutet, auf dem deutschen Arbeitsmarkt vorstellig zu werden oder nach einer Wohnung zu suchen. So bemerken jene oft gar nicht, dass Weißsein das unmarkierte Normhafte darstellt, weil sie die tägliche Marginalisierung, die die als schwarz, muslimisch oder südländisch Markierten erleben, in eigenen Alltag nicht mitbekommen. Nicht von ungefähr hat sich das ursprünglich aus den USA stammende Studienfeld der Critical Whiteness, das die komplexen Ausgrenzungsmechanismen weißer Mehrheitsgesellschaften analysiert, seit einiger Zeit auch in Deutschland etabliert.

Ökonomie Über die kulturellen Identitätskonstruktion hinaus ist die Vergangenheit auch auf der Ebene politisch-ökonomischer Fakten präsent. Die klassischen Ausbeutungsstrukturen im Nord-Süd-Verhältnis zum Beispiel das Kleinhalten afrikanischer Ökonomien durch europäische Firmen und Regierungen sind Ina Kerner zufolge bereits im kolonialen Zeitalter angelegt und niemals vollständig abgebaut worden. Die Geschichte Europas ist somit aufs engste mit der Geschichte der kolonisierten Regionen verflochten. Es ist nicht so, dass zunächst der Kapitalismus ent-

stand, der anschließend auf die Kolonien ausgegriffen hätte. Vielmehr konnten Industrialisierung und Kapitalismus nur deshalb reüssieren, weil es den Kolonialismus gab, sagt Kerner. Selbst das westliche Kultur- und Geistesleben sei mitunter durch koloniales Gold alimentiert worden. Folgt man den einschlägigen Denkerinnen des Postkolonialismus gründen unser Wohlstand und unsere Kultur also nicht zuletzt auch auf systematischer Ausbeutung und physischen wie geistigen Grenzziehungen. Auch die strukturellen Probleme von Ländern des globalen Südens wie Armut, Autoritarismus oder mangelnde Rechtsstaatlichkeit sind keineswegs ausschließlich hausgemacht. So hat etwa der renommierte Historiker und Politikwissenschaftler Achille Mbembe wiederholt darauf hingewiesen, dass der Kolonialismus eine politische Kultur der Gewalt geschaffen hat, die als historische Hypothek auf den ehemals kolonisierten Ländern lastet. Zumal diese ohnehin meist als künstliche Gebilde durch willkürliche Grenzen entstanden sind, die die Kolonialmächte ohne Rücksicht auf kulturelle, religiöse und ethnische Gemeinschaften nach ihrem Gusto gezogen haben. Und der Politikwissenschaftler Mahmood Mamdani hat gezeigt, dass nach Afrika exportierte Governance-Konzepte, wie die Herrschaftstechnik der indirect rule die lo-

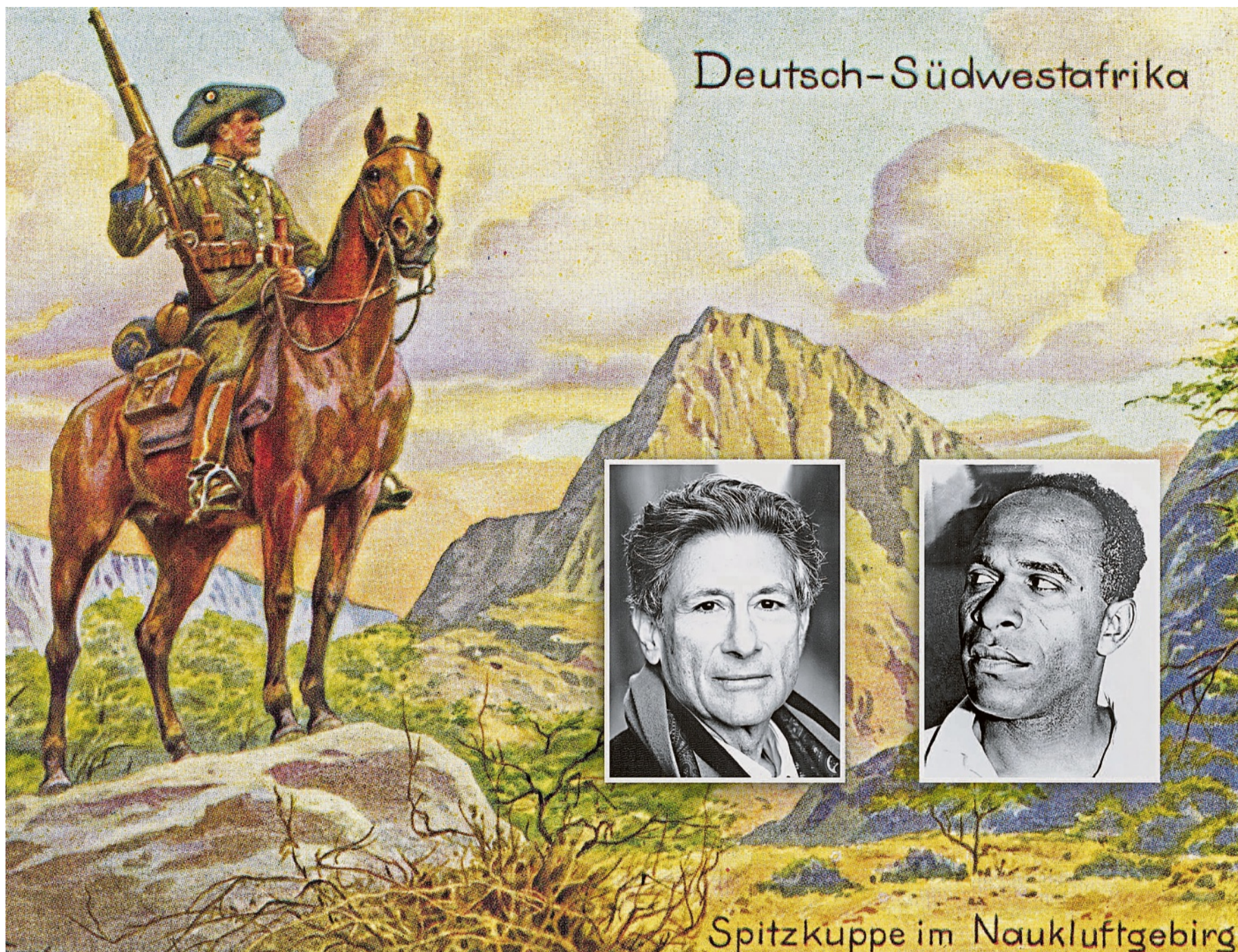
kale Herrscher zu Bütteln der Besatzermächte, die regionalen Checks-and-Balances-Systeme der ursprünglichen Regierungssysteme nachhaltig ausgehebelt haben. Die postkolonialen Studien haben also ein weites Feld zu beackern, das sich nicht auf bestimmte Fächer beschränkt. An der Uni Kassel gibt es inzwischen eine Professur für Entwicklungspolitik und postkoloniale Studien. Ansonsten finden entsprechende Perspektiven erst langsam Einzug in die verschiedenen Disziplinen mit Ausnahme der Anglistik, wo sie seit längerem etabliert sind. Natürlich wirkt das postkoloniale Theoriefeld auch über die Grenzen der Akademie hinaus.

Die postkolonialen Studien haben ein weites Feld zu beackern.

Dekolonisierung In Deutschland sind aus Uniseminaren inzwischen viele Initiativen entstanden, die sich mit kolonialen Hinterlassenschaften in Städten befassen und etwa die Umbenennung von Plätzen und Straßennamen anstrengen, die nach Kolonialverbrechen benannt sind. Die umfassende Dekolonisierung der Perspektiven in Wissenschaft und Gesellschaft steht aber noch aus. Eine breitere Auseinandersetzung mit den kolonialen Verhältnissen ist demnach unbedingt geboten.

Christoph David Piorkowski

Der Autor ist freier Journalist.



Der Blick des weißen Kolonialherren schweift über das beherrschte Land – in der Pose der Überlegenheit sah man sich auch im Kaiserreich. Ein rassistisches Denken, das Intellektuelle wie Edward Said (1935-2003, Foto links) und Frantz Fanon (1925-1961, Foto rechts) mit ihren Werken herausgefordert haben. © picture-alliance/arkiv/EVERETT COLLECTION/CPA Media Co. Ltd

Der überhebliche Blick auf das Fremde

ETHNOLOGIE Das Fach leidet an der eigenen Geschichte. Inzwischen stehen soziokulturelle Dynamiken im Fokus

Wenige Fächer an deutschen Universitäten sind so sehr aus dem politischen Zeitgeist entstanden und leiden gleichzeitig vergleichbar stark unter ihrer Historie wie die Ethnologie. Heute bewerben Hochschulen den Studiengang damit, die Ethnologie sei eine „empirische und vergleichende Wissenschaft“ und erforsche „die Vielfalt kollektiver menschlicher Lebensweisen“. Nicht immer gab es diesen Anspruch: In seinen Anfangsjahren konzentrierte sich das Fach auf außereuropäische Gruppen, die ganz anders lebten als die Menschen im industrialisierten Europa. Überspitzt gesagt: Man nahm das faszinierende Fremde in den Blick. Auch wenn die Neugier auf fremde Völker uralte ist, gilt Experten die Ethnologie als Kind der Aufklärung. In einer Phase, in der in Europa Vernunft zur Richtschnur des Handelns wurde, entstand sie als „Wissenschaft der Völker“. Doch in einer Phase, in der die europäischen Staaten sich in einem „Wettlauf um Afrika“ befanden, prägte der

Geist des Kolonialismus das Fach. Die fremden Länder wurden aus der Perspektive von Reisenden und Beherrschern betrachtet, die aus einer europäisch-überlegenen Sicht Informationen über die vermeintlichen Wilden sammelten und in Form von Erzählungen und – meist geraubten – Kulturgütern mit nach Hause brachten. Dass die Glorifizierung der europäischen Zivilisation im Widerspruch zu den Ideen von Freiheit und Gleichheit stand, löste man auf, in dem man zwischen zivilisierten und weniger zivilisierten Völkern unterschied. So schrieb Immanuel Kant, unter „hunderttausenden von Schwarzen“ sei „nicht ein einziger jemals gefunden worden, der entweder in Kunst oder Wissenschaft“ etwas „Großes vorgestellt habe, obgleich unter den Weißen sich beständig welche aus dem niedrigsten Pöbel empor-schwingen“.

Die fremden Länder wurden aus der Perspektive von Reisenden und Beherrschern betrachtet.

den Nationalsozialisten bescheinigt der amerikanische Historiker H. Glenn Penny, der die deutsche Ethnologie umfassend untersucht hat, den deutschen Forschern – weil sie sich allzu häufig in den Dienst der Rassenforschung stellten. Der Freiburger Anthropologe Eugen Fischer etwa kämpfte um die „Rettung der Rasse, die das Deutschtum geschaffen hat“. Häufig ergänzte die Völker- die Rassenkunde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einer Neuausrichtung des Fachs: Die Feldforschung und das „Forschen mit“ statt „Forschen über“ wurde zum Standard, man entfernte sich von der euro- und ethnozentrischen Perspektive. Doch die Freiburger Ethnologin Judith Schlehe beklagt, dass der enorme Wandel, den ihr Fach in den vergangenen Jahren vollzogen habe, öffentlich kaum wahrgenommen werde. „Man verortet uns immer noch stark im Bereich von Exotik. Wie innovativ unsere Themen und wie experimentierfreudig unsere Methoden sind, wird zu wenig zur Kenntnis genommen.“ Die Ethnologie befasse sich heute mit soziokulturellen Dynamiken überall auf der Welt – und habe sich vom überheblichen Blick auf das Fremde weit entfernt. Seit vielen Jahren bringt Schlehe etwa Studierende und Promovierende aus Deutschland und Indonesien in Teams zusammen und lässt sie Themen wie etwa die akademische Kultur oder Umweltaktivismus in beiden Ländern erforschen. „Damit haben wir den Blick von außen wie von innen – und aus meiner Erfahrung, bringt es viel mehr Erkenntnisse, wenn man die Blicke kombiniert und auch das Fremde in der jeweils eigenen Kultur erkennt.“

Susanne Kallitz

Anzeige

DAS LEBEN ÄNDERT SICH

Bitte benachrichtigen Sie uns bei:

Namensänderung

Adressänderung

Änderung der Bankverbindung

Telefonisch unter: 089-85853832,

via E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

oder online unter:

www.das-parlament.de/aboservice



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Herabgeblickt Man blicke auf die Fremden herab – und war gleichzeitig fasziniert von ihnen. Die berühmten Völkerkunde-

Der bleigraue Himmel über Berlin passt zum Thema, über das Mnyaka Sururu Mboro heute Vormittag referiert. Mboro, wie sich der leicht gebückt stehende Mann mit den kurzgeschorenen grauen Haaren nennt, stützt seinen Körper auf einen kunstvoll gedrehten Gehstock und zeigt mit der Hand auf ein Straßenschild. Darauf steht „Petersallee“. Davor haben sich zwei Dutzend Schüler versammelt. Seine Stimme wird laut und sie beginnt zu zittern, als Mboro erzählt, welche Person sich hinter dem Straßennamen verbirgt.

1939 ehrten die Nationalsozialisten an dieser Stelle posthum Carl Peters, einen Kommissar in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika, heute Tansania. Peters war berüchtigt für seinen Rassismus und seine Gewalttätigkeit. „Blutige Hand“ wurde er von den Ostafrikanern genannt, „Hänge-Peters“ von deutschen Kolonialgegnern. Sein Ruf war selbst im Deutschen Reich schlecht, so dass ihm eine Ehrung in der Weimarer Republik verweigert wurde. Dies holten die Nazis nach.

Längst hat die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte entschieden, den Namen zu tilgen. Danach soll die Petersallee auf dem einen Teilstück Anna-Mungunda-Allee heißen, nach einer namibischen Unabhängigkeitsaktivistin, auf dem anderen Maji-Maji-Allee nach dem Widerstandskrieg der Herero und Nama gegen die deutschen Kolonatoren. Allerdings: Widerstand regt sich. Anwohner protestieren gegen die Umbenennung. Nicht selten, berichtet Mboro, werde er bei seinen Führungen von Passanten rassistisch beschimpft.

Exponierter Hauptstadtstatus Das Afrikanische Viertel in Berlin ist kein Einzelfall: Dutzende Straßennamen in kleinen und großen Städten zeugen bis heute von der kolonialen Vergangenheit Deutschlands. Während die alten Kolonien Togo oder Kamerun als Straßennamen meist als unproblematisch erscheinen, toben vielerorts mitunter heftige Debatten um Personen und Begriffe aus der Kolonialzeit. In Berlin werden sie besonders erbittert geführt – was nicht nur auf den exponierten Status der Hauptstadt als repräsentativer Ort der Bundesrepublik zurückzuführen ist, sondern auch auf den kaum weniger scharfen Diskurs um das geplante Humboldt-Forum im neu gebauten Schloss. Die Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus ist hier verknüpft mit der Debatte um die Provenienz der ethnologischen Sammlungen, die in der Mitte Berlins ausgestellt werden sollen. Nicht wenige Exponate kamen durch Betrug, Raub und Beutzüge in deutschen Besitz.

Als 2009 in Berlin-Kreuzberg eine Straße in May-Ayim-Ufer umbenannt wurde, nach einer afrodeutschen Aktivistin, blieb es noch relativ ruhig. Weichen musste damals Otto Friedrich von der Gröben, Begründer der Sklavenfestung Groß-Friedrichsburg an der Küste Ghanas. Nun aber sollen im Berliner Wedding der Nachtigalplatz und die Lüderitzstraße umbenannt werden. Letztere ist nach einem Bremer Kaufmann benannt, der in Südwästafrika Land durch Betrug in großem Maßstab erwarb und Einheimische in Konzentrationslager pferchen ließ. Lüderitzstraßen in Köln und Bochum sind längst verschwunden.

Kritik an Umbenennungen In Berlin aber sind mehr als 1.500 Widersprüche von Anwohnern gegen die Umbenennungen im Afrikanischen Viertel beim Bezirksamt eingegangen. Die Anwohner verweisen auf den Verwaltungsaufwand, der durch die Umbenennung entsteht. Ausweise, Visitenkarten, Webseiten und Verträge müssten geändert werden. Stattdessen schlägt die

Der Namensstreit

GEDENKEN I Was tun mit Straßennamen, die Täter ehren, und Begriffen, die als abwertend empfunden werden? Zur Aufarbeitung der Kolonialzeit gehört auch diese Diskussion



Die Mohrenstraße in Berlin und der dazugehörige U-Bahnhof sind Aktivisten schon lange ein Dorn im Auge.

© picture-alliance/Bidagentur-online/Schoeningh

Initiative eine „namensneutrale Umbenennung“ vor: Die Straßen sollen anderen Personen gleichen Namens zugeschrieben werden, wie es bei der Petersallee schon geschehen ist: Die Straße war 1986 umgewidmet worden. Sie soll seither den NS-Widerstandskämpfer und CDU-Politiker Hans Peters ehren, wie ein Hinweis am Straßenschild verrät.

Ein weiterer Einwand von Umbenennungsgegnern: Man könne Ereignisse nicht umgehen machen, indem man Straßennamen ändere. Damit würde man Geschichte auslöschen. „Genau das wollen wir nicht“, entgegnet der Historiker Christian Kopp,

Sprecher der Initiative „Berlin Postkolonial“. Die Initiative engagiert sich für die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und plädiert für eine kommentierte Umbenennung nach Persönlichkeiten aus dem anticolonialen Widerstand. „Im Gegenteil: Wir wollen, dass eine Debatte geführt wird. Die Gesellschaft muss über die Geschichte der deutschen Kolonien aufgeklärt werden und Schlüsse für die sich daraus erwachsende Verantwortung ziehen.“ Als „Etikettenschwund und Geschichtsklitterung“ empfindet Kopp vielmehr die „scheinheilige“ Umwidmung von Straßen nach unbescholtenen Namensvettern.

In Hamburg wurden vor einem Jahr zwei Straßen im Stadtteil Ohlsdorf umbenannt. Namensgeber: Adolph Woermann, ein Großreederei- und Völkermord-Profitier. Begleitet wurde die Aktion von einem Bündnis aus Nachkommen der betroffenen Ethnien mit zivilgesellschaftlichen Initiativen. In den beiden Kolonialvierteln in München wird ebenfalls heiß diskutiert. 2006 wurde die Von-Trotha-Straße, eine kleine Wohnstraße im Münchner Stadtteil Waldtrudering in Hererostraße umbenannt. Sie erinnert nun nicht mehr an den Täter, sondern die Opfer: die Angehörigen des Volkes, das deutsche Kolonialsoldaten in die

Wüste gejagt hatten, um möglichst viele Menschen auszulöschen. Hauptverantwortlicher für den Genozid war der damalige Gouverneur der Kolonie Deutsch-Südwest-Afrika, Lothar von Trotha.

Ursprung im Mittelalter Doch was ist mit den anderen Auseinandersetzungen um Begrifflichkeiten, die in den Verdacht geraten sind, rassistisches Gedankengut zu transportieren und um die ebenfalls heftig gestritten wird? Zum Beispiel „Mohr“: Mohren-Apotheken oder Gasthäuser zum Mohren haben ihren Ursprung häufig nicht in kolonialen Zeiten, sondern bezie-

hen sich auf Ereignisse aus dem Mittelalter. Oder auf die Figur des Heiligen Mauritius, einem antiken christlichen Märtyrer, der häufig mit schwarzer Hautfarbe dargestellt wird – etwa im Stadtwappen der bayerischen Stadt Coburg.

In Augsburg heißt ein Hotel „Zu den drei Mohren“. Das Logo besteht aus drei schwarzen Häuptern mit krausem Haarschopf. Bürgerinitiativen vor Ort fordern, das Hotel solle seinen Namen ändern, und zwar mit Hilfe von zwei Punkten, die über dem „O“ platziert werden sollen. Das Management weist die Forderung zurück. Der Name des Hotels gehe auf eine Überlieferung aus dem Jahr 1495 zurück, als drei dunkelhäutige Mönche aus Abessinien hier gastfreundlich aufgenommen worden seien. Ähnlich argumentiert in Nürnberg der Betreiber der dortigen Mohren-Apotheke. Der Name stamme aus dem Jahr 1578 und sei eine „Wertschätzung der maurischen Bevölkerung, die uns die moderne Pharmazie gebracht hat“, sagte er der Deutschen Apotheker-Zeitung.

Die Wirkung der Wörter Viele Afrodeutsche lehnen aber die Bezeichnung „Mohr“ als durchweg negativ besetzt ab. Der afrodeutsche Rapper Megaloh sagte in einem Interview, er finde den Begriff „komplett abwertend und rassistisch“. Mit „Mohr“ würden Menschen bezeichnet, über die die weiße Obrigkeit verfügte und über deren Schicksale sie entschied.

Um Recht oder Unrecht kann es in dieser Debatte nicht gehen. Grundlegend ist die Frage, auf welche Weise Begriffe wirken, die rassistische Klischees transportieren. Begriffe wie die von manchen immer noch als „Negerkuss“ bezeichnete Schaumkugel. Der „Mohr“ im Logo der Firma Sarotti, der inzwischen zum „Sarotti-Magier“ geworden ist. Oder der Vater von Pippi Langstrumpf, der vom „Negerkönig“ zum „Südsee-König“ wurde. Statt Weltliteratur derart zu überarbeiten, müsse man vielmehr diskutieren, warum bestimmte Begriffe wann verwendet wurden, betonen die Kritiker solcher Umbenennungen. Die Befürworter halten dagegen: Der Austausch des „Negerkönigs“ stelle weder die Toleranz von Astrid Lindgren infrage noch wolle er Literatur zensieren. Es gehe schlicht um eine sprachliche Modernisierung, die Ausdruck eines veränderten Bewusstseins sei – ähnlich der Verbannung von „Fräulein“ aus dem offiziellen Sprachgebrauch oder „Weib“ aus der Lutherbibel.

In denselben Kontext gehört auch die Debatte um das sogenannte Blackfacing. Als „Blackfacing“ 2014 zum Anglizismus des Jahres gewählt wurde, erklärte der Sprachwissenschaftler und Vorsitzende der Jury, Anatol Stefanowitsch, Blackfacing gelte als rassistisch, „weil es die Identität und die Erfahrung schwarzer Menschen als Kostüm behandelt, das weiße Menschen beliebig an- und ausziehen können. Mit dem Blackfacing maßen sich viele weiße Menschen an, für schwarze Menschen sprechen und handeln zu können, und nehmen ihnen damit den Raum, dies selbst zu tun.“

Die Betroffenen für sich selbst sprechen lassen – das ist womöglich der Schlüssel zu dieser gelegentlich vertrackten erscheinenden Debatte. Dann offenbaren sich auch im Fall Carl Peters, dem ursprünglichen Namensgeber der Wedding Petersallee, überraschende Erkenntnisse. Im Zwiegespräch offenbart Mnyaka Sururu Mboro, der vor mehr als 30 Jahren zum Studieren nach Berlin zog, warum seine Stimme beim Vortrag über die Herkunft dieses Straßennamens zitterte: Sein Urgroßvater, der am Fuß des Kilimandscharos lebte, wurde vom deutschen Kolonialregime ermordet. Das entsetzliche Werk der „Blutigen Hand“ – es hat Auswirkungen bis in das Berlin von heute.

Mirko Heinemann

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Die Debatte steckt noch in den Kinderschuhen

GEDENKEN II Soll es in Berlin ein zentrales Denkmal für die Opfer des Kolonialismus geben oder einen »Raum der Stille« im Humboldt-Forum – oder beides?

Im Sommer 2019 jährte sich zum 100. Mal ein ganz besonderer Protest. Denn was Martin Dibo, der erste schwarze Zugführer der Berliner Hochbahn, und seine Mitstreiter 1919 forderten, war keine Petitesse: In dem als „Dibobe-Petition“ bekanntgewordenen Manifest verlangten Dibo und seine 17 Mitstreiter gleiche Rechte für Deutsche und Afrikaner in Deutschland, einen eigenen afrikanischen Reichstagsabgeordneten und das Ende von Prügelstrafe und Zwangsarbeit in den deutschen Kolonien. Die Härte des Kolonialsystems hatte Dibo selbst erlebt, kam er doch 1896 als Teil einer „Völkerschau“ von Kamerun nach Berlin. Er blieb, arbeitete sich zum Zugführer hoch und kämpfte stets für die Rechte der Afrikaner in Deutschland. Neben einer Gedenktafel an seinem ehemaligen Wohnhaus erinnert seit Juli 2019 auch eine Informationstafel vor dem ehemaligen Reichskolonialamt in Berlin-Mitte an diese Petition – dies alles auf Initiative lokaler zivilgesellschaftlicher Gruppen.

Geht es nach dem Willen der Grünen-Bundestagsfraktion, soll das Gedenken an den Kolonialismus und seine Opfer heraus aus dieser Nische und hinauf auf die große Bühne. In einem Antrag (19/7735) kritisierten die Grünen Anfang vergangenen

Jahres, dass die deutsche koloniale Fremdherrschaft über Teile Afrikas, Chinas und Ozeaniens immer noch ein verdrängtes Kapitel der deutschen Geschichte sei. „Zeit, das endlich zu ändern“, forderte Kirsten Kappert-Gonther, die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, Ende Februar in der ersten Bundestagsdebatte über den Antrag. Es gehe dabei nicht nur um die Rückgabe von Exponaten. „Wir brauchen unabhängig vom Humboldt-Forum eine zentrale und gut sichtbare Stätte des Erinnerns und des Lernens“, sagte Kappert-Gonther. Unterstützung erhielt sie dabei von den Linken, die kurz darauf in einem Antrag (19/8961) ebenfalls ein zentrales Mahnmal für die Opfer des Kolonialismus forderten. Helge Lindh (SPD) ließ Sympathien dafür erkennen, mahnte jedoch: „Diese Debatte muss am Ende eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses stehen, der nicht nur in den Feuilletons als elitärer Diskurs geführt werden darf.“ Deutlich skeptischer äußerte sich die Unionsfraktion in der Debatte. „Es sei keinem damit geholfen, kurzerhand eine Erinnerungsstätte zu bauen. Die Entscheidung darüber kann nicht am Anfang einer Debatte stehen“, so der CDU-Politiker Ansgar Heveling. Klar ablehnend äußerte sich die AfD,



Einweihung einer Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus von Martin Dibo in Berlin Prenzlauer Berg im Jahr 2016

© picture-alliance/dpa

dessen Abgeordneter Marc Jongen den Grünen vorwarf, einen „Schuldkomplex in Bezug auf die deutsche Kolonialgeschichte“ zu kultivieren zu wollen. Mit ihrem Antrag nutzten die Grünen laut eigener Aussage ein günstiges Zeitfenster, denn nicht nur über die Zukunft der Provenienzforschung diskutierte die Fachwelt seit Monaten intensiv. Im Januar 2019

heizte eine Initiative um den Afrikanisten Henning Melber die Debatte um ein angemessenes Gedenken dadurch an, dass sie einen „Raum der Stille“ im Berliner Humboldt-Forum vorschlug. Dieses Großprojekt im – zumindest äußerlich – nachgebauten Hohenzollernschloss soll ab Herbst 2020 vor allem die ethnologischen und asiatischen Sammlungen Berliner Museen

präsentieren. Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, zeigte sich offen für die Idee: „Die Besucher werden im Haus sehr viele Informationen über die Zeit des Kolonialismus bekommen, aber es wäre wichtig, irgendwo einen Ort zu schaffen, der darüber hinaus nachdenklich macht und eigene Reflexionen zulässt.“

Anders reagierten die Aktivisten des Vereins „Berlin Postkolonial“. Die Idee scheine mehr eine Art Werbung für das Humboldt-Forum zu sein und sei „nicht akzeptabel“, sagte Mnyaka Sururu Mboro, Mitbegründer des Vereins. Henning Melber verteidigte den Raum der Stille gegen die Kritik: „Wir wollen damit ein Bindeglied schaffen und das Humboldt-Forum in die Pflicht nehmen, gestaltend zu wirken. Damit wären die weitergehenden Forderungen weder relativiert noch obsolet“, heißt es in einer Erklärung vom März 2019.

Auch die Berliner Landesebene ist Anfang 2019 aktiv geworden. In einem Antrag an den Berliner Senat forderten die Berliner Regierungsfractionen SPD, Grüne und Linke, ein gesamtstädtisches Aufarbeitung- und Erinnerungskonzept zu entwickeln, zu dem auch eine zentrale Gedenk- und Lernstätte gehören solle.

Im September hat das Berliner Abgeordnetenhaus den Senat schließlich aufgefordert, mit der Bundesregierung wegen der Etablierung einer Gedenkstätte das Gespräch zu suchen. Ein Zwischenbericht des Senats dazu soll bald vorliegen, zu den ersten Gesprächsergebnissen soll wohl im Frühjahr dieses Jahres ein Gespräch des Kulturausschusses des Bundestages stattfinden. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) hatte bereits betont, dass die Initiative für eine solche Gedenkstätte vom Bundestag ausgehen müsse.

Die Grünen im Bundestag argumentieren unterdessen, dass es keine Notwendigkeit gebe, das parlamentarische Verfahren schnell abzuschließen. Die Anhörung des Kulturausschusses im April zum Thema koloniales Erbe habe gezeigt, dass die Aufarbeitung raus aus den Museen und rein in die Gesellschaft müsse. „Hierfür braucht es nicht zuletzt eine breite Diskussion“, erklärte Kappert-Gonther. Claudia Heine



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Ausstellung „Unvergleichlich“ (27. Oktober bis 24. November 2019) präsentierte herausragende Kunstwerke Afrikas aus dem Ethnologischen Museum in der europäischen Skulpturensammlung im Bode-Museum in Berlin.

© Staatliche Museen zu Berlin/David von Becker

Befreiung der Gefangenen

MUSEEN Das Humboldt Forum und die Debatte über den Umgang mit Sammlungen aus kolonialen Kontexten

Im November 2017 kündigt der neu gewählte französische Präsident Emmanuel Macron während einer Rede in Burkina Faso an, sein Land werde binnen fünf Jahren alle während der Kolonialzeit geraubten Artefakte zurückgeben – das afrikanische Erbe dürfe kein Gefangener europäischer Museen sein.

In Deutschland versetzt Macrons Vorstoß die betroffenen Institutionen für ein paar Wochen in eine Schockstarre, vor allem die Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) in Berlin, die mit ihrem Museum für Asiatische Kunst sowie dem Ethnologischen Museum ins Humboldt Forum einzieht. Seitdem werden Fragen der Provenienz und eventueller Rückgaben an die Herkunftsgesellschaften unter vielen Fachleuten vehement diskutiert. Die einen fordern die grundsätzliche Restitution aller Objekte, die während der Kolonialzeit „erbeutet“ wurden, und machen klar: Diese Gegenstände gehören uns nicht! Andere sind zurückhaltender und drücken sich um eindeutige Aussagen. Auf den Vorstoß Emmanuel Macrons reagiert im Januar 2018 als erster Vertreter einer öffentlichen Institution Hermann Parzinger, Präsident der SPK. In einem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ bemüht er sich um eine „faire Lösung“. Er spricht von einem notwendigen Dialog mit den Betroffenen in afrikanischen Ländern, von einem erhöhten Forschungsbedarf, regt europäische Initiativen sowie internationale Leitlinien an und erklärt, man müsse helfen, in Afrika Museen zu bauen, um dann Austausch und Leihgaben verabreden zu können.

Klärung der Provenienzen Ein deutliches Bekenntnis zur Rückgabe wird erst im Dezember 2018 von Michelle Müntefering (SPD), Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik beim Bundesminister des Auswärtigen, und Monika Grütters (CDU), Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, nachgereicht, wenn auch recht diplomatisch formuliert. In einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemei-

nen Zeitung“ schreiben die beiden Politikerinnen: „Von Museen und Sammlungen erwarten wir die Bereitschaft, sich offen der Frage einer Rückgabe von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten zu stellen. Differenzierung und Klärung der Provenienzen müssen sein, es darf aber nicht der Eindruck einer Verzögerungstaktik entstehen – insbesondere dann, wenn eine Rückgabe gerechtfertigt erscheint.“

Es kommt Bewegung in die Debatte – so auch durch den schwarz-roten Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, in dem die koloniale Verantwortung thematisiert wird, sowie durch den Deutschen Museumsbund mit einem „Leitfaden zum Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“.

Was im Jahr 2018 angestoßen wird, setzt sich 2019 fort. Ein wichtiges Signal geht von der neu gegründeten Kulturministerkonferenz aus, die im März in Berlin zu ihrer ersten Sitzung zusammenkommt. Ein Eckpunktepapier wird verabschiedet, was nicht unbedingt zu erwarten war. Anders als im zentralistischen Frankreich handelt es sich nicht um ein Lippenbekenntnis des Präsidenten, sondern um einen föderal verbindlichen Beschluss, dem alle Bundesländer zustimmen. Formuliert wird die verpflichtende „generelle Bereitschaft zur Rückführung von Sammlungsgut“. Dennoch bleibt vieles vage und bedarf der Konkretisierung. Ernüchternd erscheint die Tatsache, dass zwar ein Arbeitsprozess mit Experten aus dem In- und Ausland sowie mit Vertretern der Herkunftsländer angekündigt wird, es aber keinen Zeitrahmen gibt. Viel Rhetorik steckt in diesem Papier – begeisternde Entschlossenheit ist kaum zu spüren.

Das monieren vor allem die Mitglieder zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich im Rahmen der seit 2013 laufenden Kampagne „No Humboldt 21!“ mit migrantisch-diasporischen Perspektiven immer wieder kritisch in die Debatte einmischen. Sie hinterfragen vor allem das Berliner Humboldt Forum mit seiner für Deutschland wegweisenden ethnologischen Sammlung, die sich einen „Dialog der Weltkulturen“ auf die Fahne geschrieben hat. In der Publikation „No Humboldt 21! – Dekoloniale Einwände gegen das Humboldt-Forum“ entfaltet sich ein Panorama des Interventions gegen „das revisionistische Prestige-projekt in Berlins Mitte“. Die entscheidende Frage ist: Wird vom neuen Berliner Schloss, einem rekonstruierten Herrscher-

haus, ein postkolonialer Impuls ausgehen? Können in einem Umfeld, das architektonisch Hierarchien festlegt und Herrschaft symbolisiert, Neugier, Respekt und Gleichberechtigung vermittelt werden?

Hartmut Dorgerloh, der Intendant des Humboldt Forums, weist im Gespräch darauf hin, dass man ein sehr vielgestaltiges Haus geplant habe, eines, das eben kein reines Museum sei, sondern ein Forum. Er schwärmt von der visionären Idee eines Hauses, das in einer divergierenden Welt Gemeinsamkeit stärken werde. Er spricht von Rede und Gegenrede, von Kontroverse, die man aushalten müsse: „Wir machen das Humboldt Forum zu einem Ort, wo wir das auch öffentlich aushandeln, wo wir den eurozentristischen Blick verlassen, aber dafür müssen wir – bitte! – es auch erst einmal eröffnen haben.“

Austausch und Zusammenarbeit Die auf den September 2020 verschobene Eröffnung des Humboldt Forums wird allerdings nur häppchenweise vor sich gehen. Bis das Ethnologische und Asiatische Museum in ihrer Ganzheit zu erkunden sind, dürfte das Jahr 2023 angebrochen sein. Was dann genau zu sehen sein wird und wie man mit den Objekten aus kolonialem Kontext umgeht, ist bisher nicht bekannt. Eher pauschal sprechen die Verantwortlichen vom Austausch mit Herkunftsgesellschaften und der Zusammenarbeit mit Kuratoren aus afrikanischen Ländern. Der Eindruck entsteht, dass man abwartet, wie sich die Debatten über Rückgaben entwickeln, und dass man es vorzieht, zu reagie-

ren statt aktiv zu agieren. Kritiker sprechen von Beschwichtigung und fordern klare Bekenntnisse. Die bleiben aus.

Wie wird man also mit den umstrittenen Höhepunkten der Sammlung umgehen, etwa den berühmten Benin-Bronzen, die ehemals in Benin-Stadt den Königspalast schmückten? 1897 wurden sie von britischen Truppen im Rahmen einer Strafexpedition entwendet und danach über dubiose Kanäle des Kunsthandels auch an deutsche Museen verkauft. Kann man sie in ein paar Jahren im Humboldt Forum überhaupt ausstellen, wenn man vorher nicht mit einer klaren Haltung die Rückgabe eingeleitet hat?

In Bezug auf die Restitutionsdebatte sprechen manche Wissenschaftler und Kuratorinnen in afrikanischen Ländern von einem allzu eurozentristischen Weg in die Zukunft, so etwa Flower Manase vom tansanischen Nationalmuseum in Darassalam. In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ erklärt sie, der Fokus sollte nicht auf den europäischen Museen liegen, „sondern auf uns, auf dem, was in Afrika geschieht. Unsere Wünsche und Interessen spielen aber offenbar keine Rolle. Wer hat uns eigentlich gefragt, was wir Afrikaner wollen?“

Kritik von Savoy und Sarr Viele europäische Museumsleute wollen jede Rückgabe von der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Objektbiographien vorbereitet wissen. Das sei verzichtbar und werde nur vorgeschoben, um einen bereits erwiesenen Unrechtszustand beliebig zu perpetuieren, sa-

gen Bénédicte Savoy und Felwine Sarr, die für den französischen Präsidenten den Restitutionsbericht verfasst haben. Die Frage ist: Wie geht man vor, wenn für Objekte gar keine Rückgabeforderungen vorliegen? Und an wen soll überhaupt restituiert werden: an Nationalstaaten, an Herkunftsgesellschaften oder die Nachfahren betroffener Einzelpersonen? Die Gemengelage ist komplex. Klaus-Dieter Lehmann, der Präsident des Goethe-Instituts, warnt vor einem „Ablasshandel“ zur moralischen Reinwa-

schung von kolonialer Schuld. Doch das kann nur ein Teilaspekt sein. Im Kern geht es um die Verantwortung, endlich und pragmatisch die Weichen für die Zukunft zu stellen und sich auf Augenhöhe zu begegnen.

Moritz Holfelder

Der Autor lebt und arbeitet als freier Kulturjournalist in München und Berlin. Zuletzt erschien sein Buch „Unser Raubgut. Eine Streitschrift zur kolonialen Debatte“ (Ch.Links-Verlag).

Transparente Spurensuche

PROVENIENZ Die Erforschung ist teuer und mühselig

„Provenienzforschung“ lautet das Zauberwort in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion über den Umgang mit Sammlungen aus kolonialen Kontexten. Doch die Klärung der Frage, ob all die Kulturgüter oder menschlichen Überreste rechtlich und moralisch einwandfrei erworben wurden und wie sie in deutsche Museen gelangten, ist eine aufwendige wissenschaftliche Detektivarbeit, die die Museen ohne finanzielle Hilfe und wissenschaftliche Beratung nicht alleine werden bewerkstelligen können, wie die Leiterin des Übersee-Museums Bremen, Wiebke Ahrndt betont (siehe Interview Seite 9). Unterstützung erhalten die Museen vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste (DZK) in Magdeburg. Die 2015 gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen ins Leben gerufene Stiftung sollte ursprünglich vor allem als Ansprechpartner bei der Aufarbeitung der Provenienzen von Kulturgütern dienen, die während der NS-Diktatur ihren meist jüdischen Besitzern entzogen wurden. Seit 2018 gehört die Aufarbeitung der Provenienzen von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten ebenfalls zum Aufgabenbereich des DZK. Im Mai 2019 nahm ein für diesen Zweck gegründeter neunköpfiger Förderbeirat aus Wissenschaftlern, Museumsvertretern sowie zwei Vertreterinnen der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien und der Kulturstiftung der Länder seine Arbeit auf. Das Gremium entscheidet unter anderem über die Förderanträge von Museen und Sammlungen zur Provenienzforschung, die seit Anfang 2019 beim DZK gestellt werden können.

Fördergelder Inzwischen hat das DZK erstmals rund 700.000 Euro für sieben solcher Forschungsprojekte in den Museen am Rothenbaum in Hamburg. Fünf Konti-

nente in München, Natur und Mensch in Oldenburg, Ritterhaus der Stadt Offenburg, Natur und Mensch in Freiburg, am Übersee-Museum Bremen und der Völkerkundesammlung in Lübeck bewilligt. Im Zentrum der Forschungsvorhaben stehen vor allem menschliche Überreste sowie Sammlungen aus den ehemaligen deutschen Kolonien.

Kontaktstelle Im ersten Quartal 2020 soll zudem eine „Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“ bei der Kulturstiftung der Länder ihre Arbeit aufnehmen. Darauf verständigten sich Mitte Oktober Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) und die Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, Michelle Müntefering (SPD), mit den Kultusministern der Länder und den kommunalen Spitzenverbänden. Bei der Kontaktstelle sollen sich vor allem Institutionen aus den Herkunftsstaaten und -gesellschaften über die Bestände von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland informieren können. „Transparenz herzustellen“, werde eine „zentrale Aufgabe“ der Kontaktstelle sein, betonte Grütters.

Kritiker bemängeln, dass es an eben dieser Transparenz mangelt. Zeitgleich zu ihrer Einigung über die Kontaktstelle veröffentlichten mehr als 100 namhafte Wissenschaftler und Kulturschaffende den Aufruf „Öffnet die Inventare“ an die Kultusministerkonferenz. Es sei „ein Skandal“, heißt es in dem Appell, „dass es trotz dieser nunmehr zwei Jahre anhaltenden Debatte noch immer keinen freien Zugang zu den Bestandslisten der Museen gibt.“ Die Verzeichnisse afrikanischer Objekte in den jeweiligen Sammlungen müssten „unabhängig vom Grad der Vollständigkeit“ veröffentlicht werden.

Alexander Weinlein



Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) und Herrmann Parzinger, Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



»Mehr Zeit zum Zuhören«

WIEBKE AHRNDT Die Leiterin des Bremer Übersee-Museums wirbt für einen differenzierten Umgang mit Sammlungen aus kolonialen Kontexten. Restitution allein könne nicht die Antwort sein

Frau Professor Ahrndt, in Deutschland wird derzeit eine intensive Diskussion über den Umgang mit Museums-sammlungen aus kolonialen Kontexten geführt. Nach der Debatte über den Umgang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern stehen die Museen nun erneut im Verdacht, in ihren Sammlungen finde sich Raubgut. Werden diese Diskussionen zum Image-Problem oder steckt darin auch eine Chance?

Beides. Die Diskussion erweckt mitunter schon den Eindruck, als würde der gesamte Sammlungsbestand in den ethnologischen Museen aus kolonialer Raubkunst bestehen. Das ist aber de facto nicht der Fall. Bei rund 80 Prozent der Sammlungsbestände handelt es sich um Alltagsgegenstände und nicht um Kunst. Aber klar ist auch, dass sich in Sammlungen auch Stücke finden, die nicht auf legalem Weg zu uns gekommen sind und bei denen wir natürlich auch über Rückgabe sprechen müssen. Insgesamt wünsche ich mir in dieser sehr fokussierten Diskussion mehr Differenzierung. Positiv ist aber, dass die Debatte im kulturpolitischen Raum auch dazu geführt hat, dass die Museen inzwischen Gelder beantragen können, insbesondere beim Deutschen Zentrum Kulturgutverluste, um die nötige Provenienzforschung zu betreiben.

Macht es denn bei der Frage nach einer Restitution einen Unterschied, ob es sich um Alltagsgegenstände handelt oder um Kunst?

Nein, letztlich spielt das keine Rolle. Wenn wir von außereuropäischen Objekten sprechen, hilft uns der europäische Kunstbegriff nicht weiter. In der Diskussion mit den Herkunftsgesellschaften konzentriert sich die Frage der Restitution vor allem auf sensiblen Kulturgut, das heißt auf menschliche Überreste, auf religiöse Objekte oder auf Herrschaftszeichen. Wenn hier eine illegale Erwerbungs-geschichte vorliegt, muss über Rückgabe gesprochen werden.

Das Übersee-Museum zeigt seit Ende Oktober eine neue Dauerausstellung zu seiner mehr als 100-jährigen Geschichte, auch seiner kolonialen Vergangenheit. War Ihnen bei der Planung der Ausstellung vor drei Jahren schon klar, welche Intensität die Debatte über das koloniale Erbe annehmen würde?

Dass die Debatte international viel Fahrt aufnehmen würde, war mir klar. Sie hat bei uns im Haus schon vor etlichen Jahren eingesetzt. Die Entscheidung über die Ausstellung zur Geschichte unseres Museums haben wir 2013 getroffen. Bereits 2011 hatte ich begonnen, für den Deutschen Museumsbund Empfehlungen für den Umgang mit menschlichen Überresten zu erarbeiten, 2016 folgte dann die Arbeit an den Empfehlungen für den Umgang mit Sammlungs-gut aus kolonialen Kontexten.

Ist das Bremer Übersee-Museum im Augenblick mit konkreten Rückgabeforderungen konfrontiert?

Konkrete Rückgabeforderungen bestehen derzeit nur im Zusammenhang mit menschlichen Überresten. Da sind wir auch an den Recherchen dran, um eine Rückgabe vornehmen zu können.

„Es ist eine Frage der Ethik, wie wir mit den Sammlungen umgehen und wie wir unsere Verantwortung definieren.“

Wiebke Ahrndt

In der Diskussion wird mitunter die Umkehrung der Beweislast gefordert. Das heißt, nicht die Herkunftsgesellschaft soll nachweisen, dass ein Sammlungsstück geraubt wurde, sondern die Museen sollen nachweisen, dass ihre Sammlungsstücke rechtmäßig erworben wurden. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Im Grunde entspricht das bereits der gelebten Realität in den Museen. Ich kenne kein deutsches Museum, das im Fall einer Rückgabeforderung den Antragstellern antwortet: Beweisen Sie doch erstmal, dass Sie Anspruch darauf haben. Deshalb werden die Provenienzforschungsprojekte ja gemacht. Kritisch zu bewerten ist allerdings die Frage nach dem Beweis. Denn die eindeutig zu beantwortenden Fälle von Raubgut stellen die Minderheit dar. Wir arbeiten in den meisten Fällen mit Wahrscheinlichkeiten. Es könnte korrekt erworben sein, es könnte geplündert oder geraubt sein. In vielen Fällen wurden Sammlungsstücke nicht mit einem Geldbetrag gekauft, sondern getauscht. Dann lautet die kaum zu beantwortende Frage, gegen was sie eingetauscht wurden und ob es ein angemessener Tausch war. In einem juristischen Sinne führt eine Beweislastumkehr also nicht weiter.

Der Leiter der Forschungsstelle Hamburgs (post-)koloniales Erbe, Jürgen Zimmerer, argumentiert, dass solche Tausch- oder Kaufgeschäfte trotzdem unter Verdacht stehen, weil es in der Hierarchie zwischen Kolonialherren und Kolonisierten keine Augenhöhe gab.

Ich mache mit Herrn Zimmerer derzeit ein Forschungsprojekt bei uns im Haus zu den ehemaligen deutschen Kolonien in Kamerun, Namibia und Tansania, bei dem wir genau dieser Frage nachgehen. Man muss sich genau anschauen, in welcher Phase der Kolonialzeit solche Geschäfte gemacht wurden. In bestimmten Phasen und Ländern konnte in der Regel von einem freiwilligen Geschäft keine Rede sein. Aber wir wissen auch, dass es in diesem System der



Wiebke Ahrndt, Leiterin des Bremer Übersee-Museums

© Übersee-Museum Bremen/Volker Beinhorn

Ungleichheit und des Unrechts durchaus Handlungsspielräume existierten, die einen rechtmäßigen Erwerb ermöglichten. Wenn wir sonst über keine anderen Fakten verfügen, hilft uns die Untersuchung des historischen Kontextes bei der Klärung der Frage, ob die Sammlungsstücke rechtmäßig erworben worden sein können. Eine strenge Opfer-Täter-Dichotomie wird weder der Sache noch den Herkunftsgesellschaften gerecht.

Können Sie kurz skizzieren, wie die Prüfung der Provenienz von Sammlungsstücken abläuft?

Zunächst nehmen wir uns vor allem ganze Sammlungsbestände vor und weniger einzelne Objekte, weil die Quellenlage das oftmals nicht zulässt. Wir schauen uns die Informationen in unseren Eingangsbüchern an: Was ist dort über die Herkunft der Sammlungsstücke verzeichnet, in welchem Jahr kamen sie ins Museum, und wer war der Einlieferer, mitunter existieren auch Korrespondenzen. In glücklichen Fäl-

len finden wir in den Archiven sogar Tagebücher der Erwerber, die uns Informationen liefern. Wir schauen uns die handelnden Personen an: Waren sie Sammler, Forscher oder Militärs, wo waren sie stationiert, wie stellten sich die Gegebenheiten in der Kolonie dar? Aus all diesen Informationen können wir Rückschlüsse ziehen. Und wir reisen in die Herkunftsländer, um dort vor Ort zu recherchieren, was an Erinnerungskultur zu den jeweiligen Sammlungsstücken existiert.

Ihr Haus gehört zu den großen Museen. Sind kleinere Museen nicht völlig überfordert mit dieser sehr aufwendigen Provenienzforschung?

Das ist nicht nur für kleine Museen eine Herausforderung. Auch wir können das nur leisten durch drittmittelfinanziertes Personal. Alle Museen – kleine wie große – sind auf Projektfinanzierung angewiesen, mit eigenen Mitteln ist das nicht zu stemmen. Kleiner Museen haben aber sicherlich einen höheren fachlichen Beratungs-

bedarf, etwa durch das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste.

Wie stehen denn die Wissenschaftler und Museumsfachleute in den Ländern der ehemaligen Kolonien zum Thema Restitution?

Die Diskussion läuft dort letztlich ebenso heterogen wie bei uns. Sie reicht von der Forderung, alle Sammlungsstücke zurückzugeben, bis hin zu der Ansicht, dass sie in den deutschen Museen verbleiben sollen, damit die Menschen in Deutschland etwas über die Kultur der Herkunftsgesellschaften erfahren. Uns erreichen sehr viel mehr Wünsche nach Kooperation und Wissenstransfer als nach Rückgabe. Wir starten beispielsweise gerade eine Kooperation mit Samoa im Südpazifik. Von unseren Kooperationspartnern wurde uns ganz klar gesagt, dass man die Sammlungsobjekte nicht zurückhaben möchte, sondern Digitalisate und unser Wissen über die Geschichte der Objekte. Und dass wir die Kultur Samoas in Deutschland gemeinsam

ZUR PERSON

Wiebke Ahrndt, geboren 1963, studierte Ethnologie und Altamerikanistik in Göttingen und Bonn. Nach verschiedenen Studien- und Forschungsaufenthalten in Los Angeles und Mexiko promovierte sie 1996 im Fach Altamerikanistik. Von Ende 1999 bis Anfang 2002 leitete sie die Amerika-Abteilung am Museum der Kulturen in Basel. Seit März 2002 leitet sie als Direktorin das Übersee-Museum Bremen. Seit Mai 2010 gehört sie dem Vorstand des Deutschen Museumsbunds an, von 2011 bis 2018 als dessen Vizepräsidentin.

präsentieren und auch über die dortigen dramatischen Probleme mit den Folgen des Klimawandels erzählen sollen. In Bezug auf die Restitution gibt es eine große Diskrepanz zwischen der Debatte, wie sie in Deutschland in der Öffentlichkeit geführt wird, und der Museumsrealität.

Im Fall von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut hat sich Deutschland mit der Unterzeichnung der Washingtoner Erklärung selbst verpflichtet, zu einer „fairen Lösung“ – etwa durch Restitution oder Ankauf – zu kommen. Braucht es für Kulturgüter aus kolonialen Kontexten etwas ähnliches Abkommen auf internationaler Ebene?

Ich fürchte, das ist illusorisch. Ein ähnliches Übereinkommen müsste ja mit den Herkunftsgesellschaften auf der ganzen Welt erarbeitet werden. Das müsste letztlich die UNESCO anpacken. Aber dafür braucht es einen sehr langen Atem und den hat in dieser Debatte augenblicklich niemand.

Wie erleben Sie die Debatte im internationalen Vergleich? Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hat das Thema mit seiner Ankündigung, Kulturgüter aus Afrika restituieren zu wollen, ja ordentlich gepusht...

Ja, aber es ist schon so, dass sich Deutschland in dieser Frage am stärksten bewegt hat. Deutschland ist auch bei der Repatriierung menschlicher Überreste ganz vorn dabei. Der Leitfadens des Deutschen Museumsbunds zum Umgang mit Sammlungs-gut aus kolonialen Kontexten war auch der erste in Europa. Wir sind in Deutschland zwar später in die Diskussion eingestiegen, ziehen faktisch in Europa aber im Augenblick an allen anderen vorbei.

Die Debatte wird in Deutschland sehr stark anhand moralischer Kategorien geführt. Stört das? Oder brauchen wir diese moralischen Kategorien?

Wir brauchen moralische Kategorien. Denn wir reden bei diesem Thema viel mehr über ethische als juristische Fragen. Es ist eine Frage der Ethik, wie wir mit den Sammlungen umgehen und wie wir unsere Verantwortung definieren. Es ist auch gut, dass Deutschland begonnen hat, sich seiner kolonialen Vergangenheit zu stellen und Verantwortung zu übernehmen. Aber ich wünsche mir, dass wir uns mehr Zeit zum Anhören der Vielstimmigkeit aus den Herkunftsgesellschaften lassen. Wir waren sehr schnell mit der Antwort. Aber die kann nicht allein „Rückgabe“ heißen.

Das Interview führte Alexander Weinlein.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Werke des Anstoßes

Wem gehören Kunst und Kultur, die zu Kolonialzeiten nach Deutschland gelangten – egal, ob als Raub oder offizielle Schenkung? Über den Umgang mit Objekten und Werken im kolonialen Kontext wird seit Jahren gestritten. Manches Museum geht offen mit seiner Vergangenheit um, andere tun sich dabei schwerer. Klar indes ist, dass das Thema in der Öffentlichkeit angekommen ist und nicht zuletzt im zu eröffnenden Berliner Humboldt Forum eine große Rolle spielt. Wir stellen hier Objekte vor, an denen sich die Diskussion in den vergangenen Jahren kristallisiert hat.

DER THRON MANDU YENU

Dieses Prunkstück ist buchstäblich reich an Perlen: „Mandu Yenu“ heißt der Thron, der in absehbarer Zeit im Berliner Humboldt Forum als Teil der Sammlung des Ethnologischen Museums zu bewundern sein soll. Der Name bedeutet übersetzt „reich an Perlen“. Das nicht zuletzt durch seine Farbllichkeit bestechende Objekt stammt aus dem Königreich Bamum im Hochland des heutigen Nordwest-Kamerun in Westafrika und zählt zu den umstrittensten Objekten in der Diskussion über Kunst im Kontext kolonialer Abhängigkeit. Bamums König Njoya hat den Thron als eines der Heiligtümer des Landes 1908 dem deutschen Kaiser Wilhelm II. nach offizieller Lesart „geschenkt“. Absicht dahinter war, die Beziehung zu den deutschen Kolonialherren zu stärken – aus heutiger Sicht könnte man das Verhältnis zwischen den Staaten beziehungsweise Herrschern als eine Art Vernunftfeie bezeichnen. Im Humboldt Forum soll der Thron in historischen Kontext eingebettet werden. Kritiker fordern ungeachtet dessen eine Rückgabe dieser und weiterer Objekte in die Ursprungsländer.

König Njoya übriges ließ sich einen neuen ähnlichen Thron anfertigen, der sich bis heute in der königlichen Sammlung von Bamum befindet.



© picture-alliance/dpa (freigestellt)

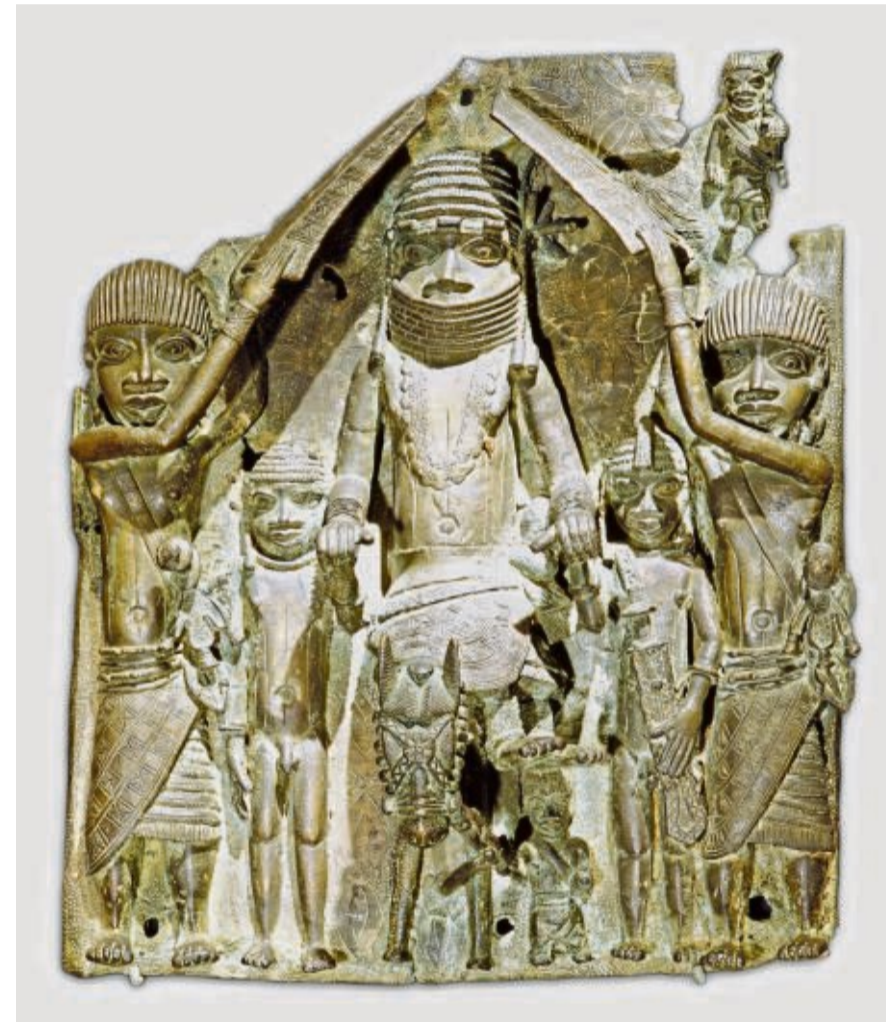
DIE BENIN-BRONZEN

Die Benin-Bronzen zählen zu den berühmtesten Kunstwerken aus der afrikanischen Geschichte und zu den bekanntesten Beispielen, wenn es um koloniale Raubkunst geht. Neben dem British Museum in London besitzt das Ethnologische Museum in Berlin die umfassendsten Sammlungen der Bronzen. Sie sollen mindestens in Teilen im Humboldt Forum zu sehen sein.

Nach Europa kamen sie als Bestandteil von mehr als 3.000 Objekten und Gegenständen, die britische Soldaten 1897 während eines Feldzuges im heutigen Nigeria erbeutet hatten. In Europa wurden sie an Sammler und Museen verkauft. Ein Hamburger Forschungsprojekt untersucht derzeit Hintergründe, auch Kameruner Wissenschaftler sind daran beteiligt. Die Wissenschaftler versprechen sich von der Untersuchung auch eine Entscheidungsgrundlage für Politiker, wie mit den Bronzen umzugehen sei. Viele Museen und Politiker bekennen inzwischen, dass es sich bei den Schätzen um Raubkunst handelt. Entsprechend äußert sich beispielsweise das Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe über drei Bronzen in seinem Besitz.

Das Berliner Ethnologische Museum besitzt eigenen Angaben zufolge etwa 440 Bronzen als Teil von 530 historischen Objekten aus dem Königreich Benin. Etwa die Hälfte davon soll im Humboldt Forum gezeigt werden. Der Erwerbungsprozess werde eine große Rolle spielen, heißt es von der Stiftung Preussischer Kulturbesitz. Einer Sprecherin zufolge haben weder die nigerianische Regierung noch das Königshaus offiziell eine Rückgabe der Werke gefordert. „Das Königshaus hat gelegentlich in verschiedenen fachlichen Foren und Veröffentlichungen angeregt, dass einzelne Objekte nach Nigeria zurückgegeben werden“, erklärt die Sprecherin lediglich.

Eine mögliche Perspektive für den künftigen Umgang mit den Objekten sei eine Zirkulation der Objekte nach Nigeria, wie sie derzeit im Rahmen des Benin-Dialogs erarbeitet wird. Das Berliner Museum ist seit Beginn Mitglied dieses Forums. Im Oktober 2018 verständigte sich die Gruppe darauf, dass in Benin City ein neues Museum mit einer Ausstellung historischer Objekte aus dem Königreich Benin errichtet werden soll, für das europäische und nigerianische Museen Objekte zur Verfügung stellen werden.



© picture-alliance/Heritage Images (freigestellt)



© Übersee-Museum Bremen/Volker Beinhorn

SATTEL, VORDERZEUG UND ZAUMZEUG AUS DEM PALAST DES LAMIDOS, TIBATI, KAMERUN

Ein deutscher Offizier klaute die prächtige Satteldecke und einen Pferdekopfschmuck aus dem Sultanspalast von Tibati im heutigen Kamerun und nötigte sie 1902 dem Bremer Übersee-Museum regelrecht auf. Die Gebrauchsgegenstände kommen aus der Sammlung Oltwig von Kamptz. Für die

Stücke gebe es noch keine offizielle Rückgabeaufforderung, sagt eine Museumssprecherin dazu. „Jedoch werden derzeit Gespräche mit dem Ziel geführt, eine einvernehmliche Lösung zu finden.“ Für eine Rückgabe brauche es eine konkrete Forderung beispielsweise von einer Regierung. Das Museum sei grundsätzlich offen dafür – was sich im Übersee-Museum in einer unlängst eröffneten Dauerausstellung zeigt, in der sich das Haus kritisch mit den ersten 100 Jahren seiner eigenen Sammlung auseinandersetzt.



© picture-alliance/Paul Zinken/dpa/ZB (editiert)

KREUZKAP-SÄULE AUS NAMIBIA

Die 3,50 Meter hohe Säule ist nach Angaben des Auswärtigen Amtes das einzige Kulturgut, für das der Bundesregierung eine offizielle Rückgabeforderung vorlag. Die Säule war vor 125 Jahren auf Anweisung von Kaiser Wilhelm II. nach Berlin geschafft worden. Sie gilt als ehemaliges portugiesisches Herrschaftszeichen, das von Portugal um 1486 an der heutigen namibischen Küste aufgestellt wurde. Die Säule sollte anderen Seefahrern Orientierung

bieten und den Besitzanspruch Portugals demonstrieren. Als das Land zur Kolonie Deutsch-Südwestafrika wurde, kam das Original aus Stein nach Berlin. Namibia war bis 1915 deutsche Kolonie. Mitte Mai dieses Jahres verkündeten Kulturstaatsministerin Monika Grütters, der namibische Botschafter Andreas Guibeb und der Direktor des Deutschen Historischen Museums, Raphael Gross, dass die Säule an Namibia zurückgegeben wird.



© picture-alliance/dpa

WITBOOI-BIBEL UND -PEITSCHEN

„Wir können Geschichte nicht ungeschehen machen, aber wir stellen uns unserer Verantwortung“, sagte die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne), als sie Anfang 2019 eine Peitsche und eine Bibel an Namibia zurückgab. Beides war in der Kolonialzeit geraubt worden. Die Gegenstände gehörten Hendrik Witbooi, einem Anführer des Volkes der Nama, dessen Mitglieder vor mehr als 100 Jahren zu Tausenden von Truppen der deutschen Kolonialmacht getötet wurden. In Namibia gilt er als Nationalheld. Peitsche und Bibel lagerten im Linden-Museum in Stuttgart, wohin sie vermutlich

1902 geschenkt wurden. Geraubt dürften sie deutsche Kolonialherren neun Jahre zuvor haben, im Jahr 1893. Nun sollen die Gegenstände im Heimatort Witboois, Gibeon, ein Museum erhalten. Stammesälteste der Nama wollten indes nicht, dass die namibische Regierung Peitsche und Bibel erhält. Auch beklagten sie sich darüber, dass Deutschland nicht zu einer umfassenden Entschädigung für den Genozid an den Nama zur Kolonialzeit bereit sei. Die Regierungen verhandeln seit Jahren über eine Wiedergutmachung für Gräueltaten aus der Kolonialzeit. Kristina Pezzerl





Der 1899 erbaute Bismarck-Brunnen in Buea im Westen Kameruns und die Brücke von Edea sind zwei der bekanntesten Hinterlassenschaften aus der 32 Jahre andauernden Kolonialherrschaft des deutschen Kaiserreichs in Kamerun. Buea war die deutsche Kolonial-Hauptstadt Kameruns. In Edea strahlt die 160 Meter lange Stahlbogenbrücke aus Oberhausen seit 1911 eiserne Stabilität aus.



© picture-alliance/imageBROKER

Von Bewunderung geprägt

KAMERUN Die deutsche koloniale Vergangenheit wird im täglichen Bewusstsein oft als Gegebenheit hingenommen

Mitte November hatte das Goethe-Institut in Kameruns Hauptstadt Jaunde eine Kulturwoche unter dem Motto „The Burden of Memory“ zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte veranstaltet. Die Bühne und der öffentliche Raum gehörten in dieser Zeit vielen afrikanischen Künstlern, Performern und Historikern. Die einzelnen Veranstaltungstage trugen Überschriften wie „Last“, „Erinnerung“, „Widerstand“, aber auch „Rückeroberung“. So eine kritische, vertiefte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist noch recht selten in Kamerun, das Deutschlandbild ist sehr positiv.

Denn wenn über die deutsche Kolonialzeit gesprochen wird, sind viele Menschen der Ansicht, dass sich die Deutschen vor allem gut mit Technik auskennen. Sie kommen zwangsläufig zu diesem Schluss, wenn die 32 Jahre andauernde Kolonialherrschaft des deutschen Kaiserreichs derjenigen der Dritten und Vierten Französischen Republik gegenübergestellt wird: Das Schloss, das der Kolonialgouverneur Jesko Eugen von Puttkamer als eigenen Amtssitz in Buea erbauen ließ, ist ein architektonisches Kleinod. Das Gebäude im wilhelminischen Stil ist heute der Amtssitz des kamerunischen Präsidenten in der Südwestregion. Deutsche Bauten werden vor allem aufgrund ihrer Widerstandsfähigkeit hoch ge-

schätzt. Etliche Verwaltungsgebäude, Gefängnisse, Krankenhäuser, Kirchen und Schulen, die während der deutschen Herrschaft im Land entstanden, werden noch immer genutzt. Auch deshalb blicken viele Kameruner heute noch etwas nostalgisch auf die deutsche Kolonialzeit zurück. Das technische Know-how der Deutschen ist aber nicht nur im Baugewerbe sichtbar. Es kam ebenfalls im Eisenbahn- sowie im Brückenbau zum Ausdruck. Die 1911 eröffnete Brücke von Edea wird heute zwar nur noch von Fußgängern und Motorradfahrern genutzt, aber sie hat keineswegs an Prestige verloren, und ihr wird sogar eine politisch-kulturelle Bedeutung zuerkannt: Sie repräsentiert die guten Beziehungen, die Deutschland und sein ehemaliges „Schutzgebiet“ seit mehreren Jahrzehnten unterhalten.

Qualität Im Ersten Weltkrieg mussten die Deutschen Kamerun verlassen. Nach der Entscheidung des Völkerbundes übernahmen die Franzosen 80 Prozent des Territoriums des Landes, der Rest ging an die Briten. Es wurden schnell kritische Stimmen gegen die künstliche Teilung des Landes laut. In den 1940er und 1950er Jahren wurden Parteien gegründet, die die Wiedervereinigung und Unabhängigkeit auf ihre Fahne schrieben. Konsequenterweise schrieben einige den Namen des Landes weiterhin auf Deutsch. Den Franzosen und Briten wurde vorgeworfen, sehr wenig für

die Entwicklung der ihnen anvertrauten Gebiete zu tun. Sie beschränkten sich darauf, die von den Deutschen hinterlassene Infrastruktur zu pflegen oder diese auszubauen. Das war der Fall beim Eisenbahnnetz, das sich aus der 1911 eröffneten Nordbahn und der Mittellandbahn, deren Bau wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges abgebrochen werden musste, zusammensetzte. Den Franzosen ist lediglich der Abschnitt Esekä-Jaunde zu verdanken. Von der Teilstrecke Mbanga-Nkong-samba abgesehen, wird das vom deutschen Kaiserreich

aufgebaute Eisenbahnnetz weiter benutzt. Es gibt nicht wenige, die den Standpunkt vertreten, dass Kamerun eine wirtschaftlich starke Nation geworden wäre, wenn Deutschland es nicht frühzeitig verloren hätte. Nach wie vor gilt der Deutsche als arbeitsam, diszipliniert und willensstark. „Made in Germany“ stand und steht für hohe Qualität. Auch deshalb träumen immer mehr Jugendliche davon, eine Ausbildung in Deutschland zu machen. Als die Deutschen Kamerun verließen, hinterließen sie Tausende von Schülern, die drei Jahrzehnte lang auf Deutsch ausgebildet worden waren. Bis heute ist Deutsch Wahlpflichtfach an allgemeinbil-

»Das vom deutschen Kaiserreich aufgebaute Eisenbahnnetz wird weiterhin benutzt.«

denden Schulen. Allerdings gilt das nur für den französischsprachigen Teil des Landes. Informationen zur Zeit des deutschen Kaiserreiches werden sowohl in der Grund- als auch in der Sekundarschule unterrichtet.

Laut Goethe-Institut lernen in Kamerun rund 230.000 Menschen Deutsch als Fremdsprache. Damit ist das Land führend in Afrika. Im Allgemeinen haben die Jugendlichen ein positives Deutschlandbild, ganz gleich, ob sie Deutsch in der Schule gelernt haben oder nicht. Die Mehrheit der Menschen, die sich im Anschluss an das Abitur eine Berufliche Schule besucht.

Auch in der Hochschulbildung gehört die deutsche Kolonisation zum Unterrichtskanon der Studiengänge Geschichte und Germanistik. Im Jahr 2016 nutzten 7.336 Kameruner die Möglichkeit, in Deutschland zu studieren. Damit ist Deutschland das zweitbeliebteste Studienland der Kameruner. Auch gibt es viele wissenschaftliche Studien zum Thema. Im Nationalarchiv in Jaunde wird ein Großteil der Dokumente aus der deutschen Kolonialzeit aufbewahrt. Mit Unterstützung des Goethe-Instituts ist der von Peter Geissler aufgestellte Bestand deutscher Verwaltungs-

akten ins Französische übersetzt worden. Bis heute erinnern neben den architektonischen und baulichen Hinterlassenschaften auch zahlreiche Ortsnamen an die deutsche Kolonialherrschaft, da sie in dieser Zeit entstanden. Das sind Namen wie Lolodorf, Nachtigal, Idenau oder Marienberg. Idenau etwa war eine vom Mannheimer Unternehmer und Politiker, Ferdinand Scipio, gegründete Siedlung am Kamerunberg, in dem Kakao, Kautschuk, Bananen, Ölpalmen und Kaffee angepflanzt wurden. Dort ist ein Dorf entstanden, das heute 15.000 Bewohner zählt und zur Hauptstadt des Verwaltungsbezirks gewachsen ist.

Deutsche Friedhöfe Im Jahr 1890 kamen acht Deutsche vom Pallottiner-Orden nach Elog Ngango und bauten auf einer Anhöhe eine Missionskirche, der sie den Namen einer im Erzgebirgskreis liegenden Stadt gaben: Aus Elog Ngango wurde Marienberg. Da sich die ersten katholischen Missionare, die ins Land kamen, dort niederließen, wird es als Geburtsort der katholischen Kirche in Kamerun betrachtet. Das Dorf ist seit 1990 ein Wallfahrtsort. Auch finden sich immer noch Friedhöfe, auf denen die Grabinschriften auf Deutsch verfasst sind. Konsequenterweise nennt man sie „deutsche Friedhöfe“. Im Rahmen eines von Deutschland finanzierten Projekts wurden sie genauso restauriert wie andere deutsche Denkmäler aus der Kolonialzeit, von denen zwei besonders bekannt sind: die Gus-

tav-Nachtigal-Säule in Duala und der Bismarck-Brunnen in Buea.

Dass um aus den überseeischen Gebieten seinen Nutzen zu ziehen, mit der deutschen Kolonialzeit Unrecht und Verbrechen einhergingen, ist ein Fakt, der nicht vergessen werden darf. Unter dem Deckmantel der zivilisatorischen Mission fügten die deutschen Kolonialherren den Einheimischen viel Leid zu: Hohe Abgaben, Wucher, Enteignungen, Zwangsarbeit, Tragen von Lasten, Vergewaltigungen, Willkürjustiz – all dies war Teil der Methoden, auf die auch in Kamerun gern zurückgegriffen wurde. Die Deutschen bauten ein brutales Regime der Unterdrückung auf und spielten einzelne Gruppen gegeneinander aus. Dies führte dazu, dass manche Volksstämme oder Stammesfürsten sich gegen sie auflehnten. In Kamerun werden die Hauptlinge Rudolph Duala Manga Bell, Martin Paul Samba, Wilhelm Madola und Edanda Mbata als erste Märtyrer betrachtet, weil sie zu Unrecht hingerichtet wurden. Sie wurden alle des Hochverrats angeklagt und am 8. August 1914, am Beginn des Ersten Weltkriegs, getötet. Jeden 8. August legen die Angehörigen des Stadtkreises Bell nun Blumen auf dem Grab ihres ehemaligen Oberhauptes nieder. In der Stadt Ebolowa findet sich ein Standbild von Martin Samba.

Hilaira Mbakop

Der Autor ist als Schriftsteller und Mitarbeiter der Klassik Stiftung Weimar tätig

Durch die nationale Brille

INTERVIEW Kolonialkritische Töne kommen im Schulunterricht zu kurz, sagt Schulbuchforscher Lars Müller

Herr Müller, inwiefern kommt das Thema „Deutschlands koloniales Erbe“ in den Schulbüchern und Fächern in Deutschland vor?

Das Thema Imperialismus ist seit der Gründung der Bundesrepublik fester Bestandteil des Geschichtsunterrichts in allen Bundesländern. Es wird in der Regel zusammen mit dem Ersten Weltkrieg behandelt und beginnt mit der „Aufteilung“ des afrikanischen Kontinents und den Konflikten zwischen den Kolonialmächten. Teil dieses Kapitels ist oft auch das Thema koloniales Erbe. Es gibt Exkurse über Strafen-Umbenennungen, Rassismus in der Gesellschaft oder verschiedenste Denkmäler. Die Lehrpläne der einzelnen Bundesländer unterscheiden sich da nur in Details. Auch kann das Thema in Geographie-, Gemeinschaftskunde- oder Politikunterricht eine Rolle spielen, etwa wenn die Kolonisation oder Wirtschaftssysteme behandelt werden.

Was genau bekommen Schüler über den deutschen Kolonialismus vermittelt? Lehrpläne geben nicht im Detail vor, was oder wie das Thema unterrichtet werden muss. Sie geben meist nur eine grobe Struktur vor, nennen bestimmte Begriffe,

Persönlichkeiten oder Zeiträume. Die Schulbücher und Lehrkräfte müssen das dann mit Inhalt füllen. Meist geht es erst darum, wie die europäischen Mächte Afrika „in Besitz nahmen“ und dann wird der Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und den Bewohnern der Kolonien thematisiert. Fokussiert wird oft auf das heutige Namibia und den Deutsch-Herero-Krieg. Anschließend kommen meist die Exkurskapitel. Prüfungsrelevant ist aber nur die Geschichte des Imperialismus, sodass es vorkommt, dass die Exkurse aus Zeitnot übersprungen werden.

Findet sich in den Büchern zwischen die Perspektive der Betroffenen? Bei der Beschreibung, wie der Kontinent unter den europäischen Akteuren aufgeteilt wurde, spielen Afrikaner und die afrikanische Geschichte keine Rolle. Viele Schulbücher sprechen von „dem“ Afrika oder „den“ Afrikanern. Dass es eine Reichsbildung und funktionierende Gesellschaften gab, bevor die Europäer kamen, wird nicht deutlich. Geht es beispielsweise um den Deutsch-Herero-Krieg, gibt es Zitate und Abbildungen von Hereros und Namas. Diese Zusammenstellung reicht aber meist nicht aus, damit die Per-

sonengruppe als selbstbestimmte Akteure in Erscheinung treten. Das heißt, sie werden weitestgehend als Opfer dargestellt, etwa wenn sie in Ketten liegen oder abgemagert gezeigt werden.

Die meisten Schulbücher werden nur überarbeitet und nicht neu geschrieben. Spielt das auch eine Rolle dabei?

Ja, Schulbücher sind überarbeitete Versionen von überarbeiteten Büchern. Man muss sagen, dass es keine abgesicherte wissenschaftliche Prüfung oder eine strukturierte Einbindung der Fachwissenschaft in die Schulbuchproduktion gibt. Veränderungen finden nur schrittweise statt, es werden also mal eine Doppelseite, Quellen oder Absätze des Autorentextes ausgetauscht. Dabei versuchen Autoren oft aktuelle Ereignisse aufzugreifen. Die Rede der ehemaligen Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-



© Goethe-Institut

Zeul (SPD) 2004 zum Völkermord an den Herero wurde bereits kurze Zeit später in Schulbücher aufgenommen. In den vergangenen zwei bis drei Jahren beobachten wir, dass das wieder abnimmt.

Wie sensibel gehen die Geschichtsbücher denn mit Sprache um?

Bestimmte Begriffe werden weniger benutzt und schrittweise gestrichen. Begriffe, von denen die Autoren denken, dass sie notwendig sind, die sie aber nicht mehr benutzen wollen, werden in Anführungsstriche gesetzt. Weil eine Erklärung fehlt, denke ich, dass den Schülern nicht bewusst ist, warum die Anführungsstriche da stehen. Dazu kommt, dass in Fächern wie Biologie oder Geographie Begriffe wie „Rasse“ oder „Stamm“ noch sehr viel länger unkritisch benutzt wurden.

Ist ein weiteres Problemfeld auch die Ausbildung der Lehrkräfte?

Ja, das koloniale Erbe ist kein verpflichtendes Thema in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften. Dazu kommt, dass es keinen Mangel an Materialien gibt, nur sind sie sehr verstreut und viele Lehrkräfte haben oftmals zu wenig Wissen, diese zu bewerten. Zudem wird Geschichte von im-

mer mehr fachfremden Lehrkräften unterrichtet. Ich plädiere dafür, dass in der Lehrerbildung übergreifende Themen wie Rassismus oder Diversität stärker berücksichtigt werden.

Gibt es auf der europäischen Ebene Projekte, von denen gelernt werden kann?

Der Imperialismus war zwar ein europäisches Phänomen, er wird immer noch sehr stark durch die nationale Brille unterrichtet: England fokussiert beispielsweise auf Indien, Deutschland auf die Geschichte der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Dazu kommt, dass wir sehr unterschiedliche Didaktiken in Europa haben. Es gibt ein deutsch-französisches oder ein deutsch-polnisches Schulbuchprojekt, bei denen sich binational auf einen Themenkanon und eine Didaktik geeinigt wird. So etwas für 28 Länder zu entwickeln, da sind wir noch lange nicht.

Gibt es weitere Initiativen, die Hoffnung machen?

Ja, bereits in den 1980er Jahren gab es an der Universität Bremen ein Projekt, in dem versucht wurde, mit Personen aus Namibia zusammen Materialien zu entwickeln –

darin wurde aber nicht angeknüpft. Auf europäischer Ebene stellt Eurocio, der europäische Geschichtslehrerverband, im Projekt „Historiana“ Quellen über den Beitrag der Kolonien zum Ersten Weltkrieg zur Verfügung. Auch das Institut für diskriminierungsfreie Bildung hat Fortbildungen für Lehrkräfte durchgeführt. Es gibt verschiedene Projekte, die durch teilnehmende Beobachtung oder Interviews untersuchen, wie das Themenfeld in der Unterrichtspraxis behandelt wird. Die Ergebnisse dieser Projekte müssen dann in die Unterrichtsmaterialien zurückgeführt werden. Dass Deutschland wesentlich diverser wird, muss sich auch in den Schulbüchern und im Unterrichtskanon widerspiegeln.

Das Gespräch führte Lisa Brühlner

Dr. des. Lars Müller ist assoziiertes Mitglied des Leibniz Institut für internationale Schulbuchforschung

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Beim Afrikagipfel im November in Berlin standen die Investitionspartnerschaften im Mittelpunkt. Für die Industrieländer interessant ist das starke Wachstum in einigen Regionen Afrikas. Die Kolonialgeschichte spielt kaum noch eine Rolle.

© picture-alliance/dpa

Schwierige Partnerschaft

AFRIKAPOLITIK Übergeordnete Interessen prägen das Verhältnis Deutschlands zu seinen Ex-Kolonien in Afrika

Für Angela Merkel (CDU) war es einer der angenehmeren Termine: Mitte November empfing die Bundeskanzlerin sieben afrikanische Staatschefs zum Afrikagipfel in Berlin. Es war bereits die dritte Afrikakonferenz ihrer Amtszeit. Dabei war Afrika für die deutsche Außenpolitik bis vor wenigen Jahren eine Randzone – von der Entwicklungspolitik abgesehen. Aus Berliner Sicht waren ansonsten eher die USA und die früheren Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich zentral. Deutschland setzte woanders Schwerpunkte: Osteuropa, Asien, USA. Dabei war auch Deutschland einst Kolonialmacht. Sechs afrikanische Länder – Namibia, Togo, Kamerun, Tansania, Burundi und Ruanda – gehörten bis 1919 ganz oder teilweise zum deutschen Kaiserreich. Die deutsche Herrschaft war durch den verlorenen Ersten Weltkrieg aber relativ kurz. Besonders enge politische oder wirtschaftliche Beziehungen pflegte Deutschland zu den meisten ehemaligen Kolonien lange nicht.

Auch jetzt geht es der Bundesregierung nicht zuvorderst um historische Bindungen. Ihre Afrikapolitik orientiert sich an aktuellen deutschen Interessen. „Ob es um Frieden, Klimaschutz, um wirtschaftliche Entwicklung, Migration und andere große Fragen unserer Zeit geht – wir sind uns alle einig, dass Afrika mit seinen mehr als 50 Staaten und einer wachsenden Bevölkerung bei der Lösung globaler Fragen eine wichtige Rolle zukommt“, sagte die Kanzlerin bei der Konferenz im November.

Große Chancen Frieden, Entwicklung, Migration: Drei Schlüsselwörter, die viel darüber verraten, warum sich Deutschland deutlich stärker mit dem Nachbarkontinent beschäftigt. „Die Migrationswellen, die nach Europa und auch nach Deutschland kamen, spielten eine große Rolle, auch wenn die meisten Migranten gar nicht aus Afrika stammten“, sagt Robert Kappel, langjähriger Direktor des GIGA-Instituts in Hamburg.

Das deutsche Engagement hat daher deutlich zugenommen, aber die traditionellen Partner haben einen Vorsprung. „Frankreich und Großbritannien sind sehr viel präsenter auf dem Kontinent. Das kann man an den Investitionen, am Handel und am geostrengischen Engagement sehen – etwa Militärbasen oder Interventionen in regionalen Konflikten“, sagt Kappel.

Doch die klassische Aufteilung ändert sich. Großbritannien ist durch den chaotischen Brexit-Prozess politisch zunehmend auf sich selbst fokussiert. Auch die USA ziehen sich derzeit von der Weltbühne eher zurück. Zeitgleich wächst der Einfluss neuer Player: Neben China gehören dazu auch die Türkei oder Russland. Denn der afrika-

nische Kontinent bietet ungeheure Chancen: Sechs der zehn am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt sind in Afrika zu finden. In zahlreichen Großstädten des Kontinents wächst eine kleine, zahlungskräftige Mittelschicht. Dazu kommen Bodenschätze und eine große Nachfrage nach Produkten aller Art. In den nächsten zehn Jahren könnte laut Entwicklungsministerium in Afrika mehr gebaut werden als in den vergangenen 100 Jahren in Europa. „Es liegt jetzt an der Wirtschaft, die neuen Chancen auf dem Nachbarkontinent zu sehen und zu nutzen“, erklärte unlängst Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU).

Bisher tut sie das aber kaum. Nur ein Prozent aller deutschen Auslandsinvestitionen geht nach Afrika, meist in die nordafrikanischen Staaten und nach Südafrika. „Zwischen Kairo und Johannesburg sind kaum deutsche Firmen zu finden“, konstatierte die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in einer Analyse vergangenes Jahr. Auch hier sind es Firmen aus den früheren Kolonialmächten und aus China, die bessere Geschäfte machen. Rund 1.000 deutschen Firmen in Afrika stehen rund 10.000 chinesische gegenüber.

Wohlstand und Migration In dieser Lage will sich Deutschland in Afrika mit einem neuen Ansatz profilieren: Die Bundesregierung will mehr ausländische Privatinvestitionen auf den Kontinent locken. So sollen Jobs und Wohlstand entstehen, die Migration dagegen gebremst werden. Zugleich aber sollen auch deutschen Firmen Zugang zu lukrativen Märkten bekommen.

Konzepte gibt es reichlich. Das Finanzministerium verantwortet den „Compact with Africa“ – Investitionspartnerschaften mit derzeit zwölf afrikanischen Ländern. Das Entwicklungsministerium hat einen Fonds aufgelegt, der auf eine Milliarde Euro anwachsen soll. Deutsche und afrikanische Firmen können bei Investitionen in Afrika unterstützt werden. Zudem hat das Ministerium Beratungsangebote für deutsche Firmen gestartet, die in Afrika investieren wollen. Ähnliche Angebote macht auch das Wirtschaftsministerium mit den Programmen „Pro! Afrika“ und „Wirtschaftsnetzwerk Afrika“.

Nicht nur Firmenvertreter verlieren da schnell den Überblick. Kritiker werfen der Bundesregierung vor, mit den verschiedenen Programmen die eigenen Ansätze zu konterkarieren. „Es ist schwer, einen integrierten Ansatz zu erkennen, der intern abgestimmt und nicht nur von deutschen Interessen geleitet ist“, sagt Henning Melber, Herausgeber des Buches „Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses“.

Denn während sich die Bundesregierung in der Afrikapolitik vor allem die Förderung von Demokratie und Menschenrechten auf die Fahnen schreibt, werfen ihr Kritiker das Gegenteil vor. Auch autoritär regierte Staaten wie Ruanda oder Ägypten gehören im Rahmen des „Compact with Africa“ zu den deutschen Partnerländern. „Es scheint, dass das Wirtschaftsinteresse ge-

güber guter Regierungsführung den Vorrang erhält“, sagt Melber.

Sozialstandards Afrikanische Experten sehen im Fokus auf Privatinvestitionen ohnehin keine Partnerschaft. „Bei Investitionen an Orten, wo die Mehrheit der Bevölkerung keinen Zugang zu Wasser, Nahrung oder Gesundheitsversorgung hat, sollten Investitionen sich nicht nur auf Profite konzentrieren, sondern den sozialen Kontext im Blick haben. Das fehlt mit dem Compact with Africa“, sagte der kongolesische Sozialwissenschaftler Nene Morisho am Rande des Afrikagipfels. Kritiker wie Morisho fordern in allen Programmen klare Umwelt- und Sozialstandards, damit die lokale Bevölkerung von Privatinvestitionen auch wirklich profitiert.

Auch im politischen Engagement Deutschlands spielt die Migration eine entscheidende Rolle. Vor allem in der Sahelregion ist Deutschland präsent. Mehr als 1.000 Bundeswehresoldaten sind in Mali stationiert. Kein Zufall, denn durch die Region verlaufen wichtige Migrationsrouten

nach Europa. Zudem ist die Region ein Hotspot gewaltbereiter Islamisten. Noch immer verüben sie in der Sahelregion Anschläge und kontrollieren ganze Landstriche. Das Kalkül der Europäer: Wenn die Region nicht stabilisiert wird und Konflikte zunehmen, könnte die Migration nach Europa stärker werden.

Doch das deutsche Engagement bleibt weit hinter dem der Ex-Kolonialmacht Frankreich zurück. Allein in Mali sind 4.500 französische Soldaten stationiert. „Es gibt in Frankreich noch immer ein starkes Gefühl, dass man Afrika sozusagen steuern müsse“, meint Afrikawissenschaftler Kappel. Doch auch in Frankreich werden immer wieder Rufe laut, dass andere EU-Partner vor Ort mehr leisten sollten – was sich vor allem an Deutschland richtet.

Kunstschätze Ob das Afrika-Engagement Deutschlands und anderer Ex-Kolonialmächte am Ende als Partnerschaft wahrgenommen wird, hängt noch von einem anderen Faktor ab. Bisher haben die europäischen Staaten ihre Kolonialvergangenheit

kaum aufgearbeitet. Zumindest öffentlich beteuern sie nun, das ändern zu wollen.

2018 kündigte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron an, geraubte Kunstschätze an die ehemaligen Kolonien zurückgeben zu wollen. Auch die Bundesregierung bekennt sich in ihrem Koalitionsvertrag erstmals dazu, dass deutsche Kolonialerbe aufzuarbeiten. Das ist weitreichender, als es auf den ersten Blick erscheint. Tausende geraubte Kunstschätze und menschliche Gebeine könnten nach Schätzungen von Fachleuten noch in deutschen Archiven und Museen lagern. Erste Richtlinien zum Umgang mit diesem Erbe liegen auf dem Tisch. Die Bundesregierung hat auch eine zentrale Anlaufstelle für Rückgabeforderungen gegründet. Doch bisher haben nur einzelne Museen und Forschungseinrichtungen Kunstschätze und menschliche Gebeine zurückgegeben. In Deutschland gebe es immerhin „interessante Diskussionen“, während in Frankreich „praktisch nichts passiert“ sei, kritisierte der senegalesische Intellektuelle Felwine Sarr unlängst.

Derweil werden in afrikanischen Ländern die Stimmen lauter, die von den europäischen Staaten Entschuldigungen und Wiedergutmachungen für die Kolonialverbrechen fordern. Prominentestes Beispiel ist der Völkermord an den Herero und Nama, den deutsche Soldaten Anfang des 20. Jahrhunderts in der damaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ verübten. Seit vier Jahren verhandeln Deutschland und Namibia über eine Entschuldigung – bisher ergebnislos.

„Die bislang mangelnden Konsequenzen aus dem Mitte 2015 erfolgten Zugeständnis, dass die Kolonialverbrechen im damaligen Deutsch-Südwestafrika ein Völkermord gewesen sind, mindert die Glaubwürdigkeit deutscher Afrika-Politik“, sagt Experte Melber. Gleichzeitig wäre eine deutsche Entschuldigung nur ein Anfang – denn auch auf andere ehemalige Kolonialmächte würde der Druck steigen, sich für die noch immer ungesühnten Verbrechen dieser Ära zu entschuldigen. *Daniel Pelz* ■

Der Autor ist Afrikaexperte der Deutschen Welle.

Vielfältige Beziehungen im gegenseitigen Respekt

STÄDTEPARTNER Deutsche Kommunen unterhalten Kontakte zu ehemaligen Kolonien in Afrika

Jenseits der großen Politik sorgen oftmals kommunale Kontakte zwischen verschiedenen Ländern für multikulturelle Freundschaft, Respekt und Verständnis. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs, der für Deutschland im materiellen und moralischen Desaster endete, waren es auch einfache Städtepartnerschaften, die eine neue Annäherung und Aussöhnung möglich machten. Was sich zunächst auf Kontakte mit westlichen Nachbarn und ehemaligen Kriegsgegnern beschränkte, entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem geografisch weit verzweigten Netzwerk, das heute den globalen Süden ebenso umfasst wie, seit dem politischen Umbruch Ende der 1980er Jahre, auch die früheren Ostblockstaaten. Nach Angaben des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) pflegen deutsche Kommunen aktuell mehr als 7.000 Partnerschaften, Freundschaften und Kontakte weltweit.

Kontakt nach Afrika Eine besondere Rolle spielen dabei die Beziehungen zu früheren Kolonien. Auf einem Friedhof in Berlin-Neukölln erinnert ein Gedenkplättchen an den Umrissen Namibias an die Opfer der Kolonialherrschaft im früheren Deutsch-Südwestafrika zwischen 1884 und 1915. Blütiger Höhepunkt der militärischen Aktivitäten im deutschen „Schutzgebiet“ war die Niederschlagung des Aufstandes der Herero und Nama 1904 bis 1908 (siehe Seiten 4 und 5). Knapp hundert Jahre später, am 6. Juli 2000, begründete Berlin eine Städtepartnerschaft mit Windhuk, der Hauptstadt Namibias. Es ist die einzige unter vielen Städtepartnerschaften Berlins mit einer Stadt in Afrika. Die Partnerschaft mit Windhuk wurde vereinbart „vor dem Hin-



Abgesandte der Partnergrundschule Bockenau in Rheinland-Pfalz auf der Baustelle der Primarschule Cyamatara in Ruanda.

© Partnerschaftsverein RLP/Ruanda e.V.

tergrund der geschichtlichen Verflechtung und der engen politischen und entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia und mit Blick auf die besondere Verantwortung, die der Deutsche Bundestag gegenüber Namibia zum Ausdruck gebracht hat“, umreißt die Berliner Staatskanzlei die Grundlage des Engagements. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf Polizei und Stadtentwicklung, daneben geht es um Schulen und die Ausbildung, Umweltschutz, Sport und Kultur. Die Partnerschaft lebe wesentlich vom Engagement zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, mit deren Hilfe der Kulturaustausch und Schulpartnerschaften organisiert würden, heißt es in der offiziellen Beschreibung der kommunalen Beziehung. So engagiert sich eine Gruppe Berliner Polizisten für den Nashornschutz. In Rheinland-Pfalz ist seit den frühen 1980er Jahren ein ganzes Netzwerk an

Städteverbindungen mit Ruanda entstanden, das zusammen mit Burundi und Tansania einst die Kolonie Deutsch-Ostafrika bildete.

Pfälzer Netzwerk Die Pfälzer sprechen von einer „Graswurzelpartnerschaft“ und verweisen auf die vielfältigen, engen Beziehungen beider Länder „mit gegenseitigem Respekt und Achtung“. Das Projekt gehe über die reine Entwicklungszusammenarbeit hinaus und stehe für „Partnerschaft im alltäglichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben“, wie der Partnerschaftsverein Rheinland-Pfalz/Ruanda betont.

Nach Angaben des Vereins gibt es inzwischen 40 offizielle Kontakte von Städten, Landkreisen oder Verbandsgemeinden mit Ruanda. Eine wichtige Säule sind die Schulpartnerschaften mit dem afrikanischen Staat. So unterhielten 2014 mehr als 180 rheinland-pfälzische Schulen mit ru-

andischen Schulen eine Partnerschaft. Ein Schüleraustausch wird von der Landesregierung unterstützt. Die Pfälzer engagieren sich im Schulbau, bei der Schulausstattung sowie in der Lehrerfortbildung. Schon seit Jahren kooperieren zudem die Universität Kaiserslautern und die technische Hochschule in Ruanda. Einen Austausch gibt es auch zwischen der Universitätsklinik Mainz und der Stadt Butare.

Zahlreiche Engagements Wie aus der Datenbank des RGRE hervorgeht, unterhalten deutsche Städte zu den meisten ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika vertiefte Beziehungen. Alleine 17 Partnerschaften (Vertrag), Freundschaften (zeitlich begrenzte Vereinbarung) oder Kontakte (ohne förmliche Festlegung) bestehen mit Ruanda, alle in Rheinland-Pfalz. Neben Berlin pflegt auch Trossingen in Baden-Württemberg eine Städtepartnerschaft mit Windhuk, daneben gibt es vertiefte Kontakte zwischen Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt und Rehoboth, ebenfalls eine Stadt in Namibia. Acht Treffer weist die Datenbank für Partnerschaften mit Tansania aus, darunter Eckernförde in Schleswig-Holstein mit Tanga sowie Hamburg mit Daressalam.

Die Stadt Duisburg (NRW) pflegt schon seit 1973 eine Partnerschaft mit der Stadt Lomé in Togo. Die baden-württembergische Stadt Schopfheim ist seit dem Jahr 2000 Partnergemeinde von Dikome in Kamerun, basierend auf einer kirchlichen Initiative aus den 1970er Jahren. Die Schopfheimer halfen den Kamerunern beim Bau von Wasserleitungen und der Krankenstation und starteten eine Direktvermarktungsinitiative für Kaffee. *Claus Peter Kosfeld* ■



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Auch wenn so manche Erinnerung an die deutsche Zeit in Namibia bröckelt: Die Hans-Dietrich-Genscher-Straße in Windhoek, an der die Zentrale der Regierungspartei Swapo liegt, wird bleiben. In keinem anderen Land Afrikas, wohl auch in keiner anderen ehemaligen Kolonie, sind die Spuren der gut drei Jahrzehnte, in denen das Deutsche Reich Deutsch-Südwestafrika beherrschte, deutlicher und sichtbarer. Hier ist Deutsch eine der acht Nationalsprachen. Das Bier wird nach bayerischem Reinheitsgebot gebraut. Schwarzbrot, Sauerkraut und Schwarzwälder Kirsche werden in den Restaurants und Cafés Windhoeks oder Swakopmunds angeboten. Wer in diesen auf Englisch bestellt, den fragt irritiert der dunkelhäutige Kellner: „Wie bitte?“

Dabei haben nur noch 14.000 der 2,5 Millionen Namibier Deutsch als Muttersprache – diese Minderheit aber ist in Wirtschaft, Kultur und zum kleinen Teil in der Politik einflussreich. Viele Touristen kommen aus der Bundesrepublik, um staunend in der Hauptstadt an der Heinitzburg, dem Alten Fort oder dem Tintenpalast vorbeizuwandeln – der Spitzname für den einstigen Gouverneursitz und seine Tinte verspritzenden Beamten, in dem heute das Parlament sitzt. Diese Tradition zieht viele an, und sie wird gepflegt wie manche vermeintliche deutsche Übung – so sauber, wohlgeordnet und sicher wie in der Innenstadt Windhoeks ist es in vielen Städten der Bundesrepublik nicht mehr.

Einen Bildersturz oder gar eine Kulturrevolution gab es weder, als Südafrika 1919 die Verwaltung vom deutschen Gouverneur als Mandatsgebiet des Völkerbundes übernahm, noch 1990, als Südwestafrika als Namibia unabhängig wurde und die Swapo die Regierung stellte. Das hatte mehrere Gründe. Die Unterdrückung des Kolonialaufstandes der Völker der Herero und der Nama gegen die Schutztruppen war ebenso wie danach die Rassendiskriminierung der südafrikanischen Machthaber gegen die schwarze und farbige Bevölkerungsmehrheit hart, aber irgendwie auch, meist, eine Spur paternalistischer und kleinteiliger als anderswo. Zudem wussten die neuen Machthaber 1919 wie auch 1990, welche tiefen Spuren die deutsche Kultur hinterlassen hatte, und dass es unter den Deutschsprachigen nicht nur uneinsichtige Farmer gab, sondern auch so manche Brückenbauer auf beiden Seiten. Diese wenigen haben mehr für den Respekt vor und die Bewahrung der Kultur getan, als so manche der Südwester und ihr Einflüsterer, die Allgemeine Zeitung – die einzige deutschsprachige Tageszeitung außerhalb Europas – ihnen zugestehen mögen.

Knorrige Gestalten Das waren bisweilen knorrige Gestalten wie Wilhelm Weitzel, der an der Spitze der Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester stand und mit Finanzhilfe aus Bonn eine alternative deutschsprachige Wochenzeitung gründen ließ. Diese Gruppe suchte und fand schon früh das Gespräch zum einen mit deutschen Politikern wie dem damaligen Außenminister Genscher, zum anderen und vor allem mit der Swapo. Damit lernte die Exillbewegung, dass bewaffneter Kampf nicht der einzige Weg zum Machtübergang war und nicht alle Weiße verhärtete Bewahrer des Hergebrachten. Als Dank benannte die Deutsche Höhere Privatschule in Windhoek, die ebenso wie deutschsprachige Regierungsschulen viel für die Bewahrung der deutschen Sprache tut, ihre Aula nach dem Farmer Wilhelm Weitzel. Einen ähnlichen Weg ging eine Generation später und nicht minder wirkungsvoll der ebenso freidenkende Anton von Wieters-

Tiefe Spuren

NAMIBIA Der deutsche Einfluss ist auch heute noch überall spürbar



Vergangenheit und Gegenwart: Hinter der Christus-Kirche von 1910 liegt das moderne Windhoek.

© picture-alliance/imageBROKER

heim. Er und seine damalige Frau errichteten auf ihrer Farm südlich von Windhoek eine Farmschule. Bald kamen die Kinder nicht nur der Farmarbeiter, sondern auch der anfangs skeptischen Nachbarfarmen. Die Swapo beobachtete das aufmerksam – als sie an die Macht kam, ernannte sie Wietersheim zum Landwirtschaftsminister. Sie setzten zum einen auf dessen Sachverstand, zum anderen wollten sie mit ihm und zwei, drei anderen deutschsprachigen Politikern die weiße Bevölkerung be-

ruhigen und zum Bleiben und zum Mitwirken bewegen. Der Weg Wietersheims verlief in Wellen – als er Korruption in der Swapo kritisierte, verlor er sein Amt und wurde Oppositionsabgeordneter und dann Buchhändler in Swakopmund. Vor einigen Monaten gründete er einen neuen Gesprächskreis, der wieder Brücken bauen soll. Buchhändler, deren gibt es nur wenige im Lande, scheinen in Namibia für eine solche Brückenbauaufgabe prädestiniert:

Der Inhaber eines Antiquariats in Windhoek, Wolfgang Hartmann, gab kurz vor Weihnachten 2019 den ersten wissenschaftlichen Studienband heraus, der die Debatte unter Deutschen über ihre Irrwege im Kolonialkrieg 1904 bis 1908 und die Frage, ob das Vorgehen gegen die Herero der erste Völkermord war, nun auch auf Englisch zugänglich macht mit dem bezeichnenden Titel „Nuanced Considerations“. Diese Debatte hat nicht nur Historiker bewegt, sondern auch die Politik in der

Bundesrepublik. Bis erste Regierungspolitiker in Berlin das Wort vom Völkermord in den Mund nahmen, dauerte es lange, und als sie es taten, blieb das nicht unwidersprochen. Da halfen zumindest kleine Gestein, Schärpen zu besänftigen, etwa die Rückgabe des von einem portugiesischen Seefahrer 1486 errichteten Steinkreuzes Cape Cross, das ein Korvettenkapitän 1893 nach Berlin brachte. Im August 2019 wurde es aus dem Deutschen Historischen Museum wieder nach Namibia gebracht.

Eines der Nationalmuseen, das Unabhängigkeitsmuseum neben der neoromanistischen Christuskirche mit seinen von Kaiser Wilhelm gestifteten Fenstern, ist ein Symbol dafür, wie manche deutsche Spuren in den letzten Jahren schwinden. Dort stand der Alte Reiter, die Statue eines Schutztrupplers. Die Statue wurde in das Innere des Alten Forts verlegt und ist derzeit unzugänglich. Statt dessen beherrscht nun das monumental-glitzernde, von Nordkoreanern gebaute Unabhängigkeitsmuseum die Kuppe oberhalb der einstigen Kaiserstraße, die nun Independence Avenue heißt. Solche Änderungen kommen in behutsamen Schritten – aus der Bismarckstraße etwa wurde erst jetzt, 30 Jahre nach der Unabhängigkeit, die Simeon-Kambo-Shixungeleni-Straße, benannt nach einem Guerillaführer der Swapo.

Für sanfte Änderungen wirbt Zed Ngavirue, ein ebenso besonnener wie eindrucksvoller Diplomat. Er leitet die Verhandlungen der namibischen Regierung mit Berlin, wie beide Seiten mit dem Kolonialerbe umgehen sollen – ob es also eine offizielle Entschuldigung geben soll und eine Wiedergutmachung für den Völkermord an Herero und Nama. Ngavirue, ein 86 Jahre alter, hochgewachsener Akademiker mit sanfter Stimme, sagt, sein Land beseitigt nicht Symbole der Deutschen, sondern Symbole der Unterdrückung. Die Kolonialgeschichte sei nicht fröhlich gewesen. Der Reiter mit dem Gewehr in seiner Hand verletzt ebenso die Gefühle vieler Namibier wie so manche Straßennamen gut hundert Jahre nach dem Ende der deutschen Kolonialzeit am 28. Juni 2019.

Auch nach dem Abbau des Reiters und mancher Straßenschilder: Windhoek und vor allem die Seefrischen Lüderitzbucht und Swakopmund zeigen deutsche Architektur und Läden – so könnte es vor gut hundert Jahren auch heim im Reich gewesen sein. Vom Windhoeker Carneval und Sportvereinen über die Esskultur bis zur Wirtschaftsstruktur sind die Deutschnamibier, oft in fünfter Generation in Namibia, präsent. Aber auch im Deutschen Kulturrat, im Rundfunk, in der Namibischen Wissenschaftlichen Gesellschaft mit Untergruppen von der Geologie über Vogelkunde bis zur Märchenforschung. Orts- und Häusernamen reichen vom Alten Amtsgericht in Swakopmund bis zum Hohenzollernhaus. Die Bildungsarbeit deutscher Missionare hatte erheblichen Einfluss.

Die Pflege dieser Traditionen gibt derzeit Einkommen – manche Farmer, die wegen der Dürre ihre Schafzucht aufgeben mussten, wurden zu Fremdenführern, die Besuchern aus deutschsprachigen Ländern ihre Heimat zeigen, die etwa doppelt so groß ist wie die Bundesrepublik. Ob Souvenirgeschäfte in der Windhoeker Innenstadt mit ihren wilhelminischen Fassaden oder Apotheken: Oft sind die Inhaber Deutsche, ebenso im Café Anton in Swakopmund mit seinen Mettbrötchen und Buttergebäck. Aber die Namibierdeutschen passen sich an; aus dem allertümelnden Südwesterdeutsch wurde ein Nam-Släng (Namdeutsch, Namlish), in dem sich Deutsch, Afrikaans und Englisch als Sprachinsel vermengen und im Hitradio Namibia, dem einzigen deutschsprachigen Privatsender Afrikas, ausleben.

Gestützt werden diese tiefen deutschen Spuren weniger aus Nostalgie denn Weitsicht durch viele tausend junge Schwarze und Afrikaaner, die Deutsch als Fremdsprache lernen, sowie die etwa 400 in der DDR aufgewachsenen, nach 1990 nach Namibia abgeschobenen schwarzen Osis von Namibia, die ein Oshi-Deutsch pflegen, eine Mischung aus Deutsch, Englisch und Oshi-mambo.

Robert von Lucius

Der Autor war Afrikakorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Deutsches Sprach-Erbe auf Neuguinea

UNSERDEUTSCH Der Einfluss von Missionsschulen wirkt noch nach

„Du laufen geht wo?“ Das ist kein verunglückter Satz eines Schülers, der gerade angefangen hat, Deutsch zu lernen. Es ist auch kein Kiezdeutsch, das man in deutschen Großstädten hören kann, sondern ein Satz aus einer anderen Sprache. Sie wird viele Tausend Kilometer von Deutschland entfernt gesprochen, in Papua Neuguinea und in Australien. Ihre Sprecher nennen es zwar Falsche Deutsch, Kaputte Deutsch oder Unsere Deutsch; für Sprachwissenschaftler ist es jedoch kein gebrochenes Deutsch, sondern eine eigenständige Sprache. Sie bezeichnen es als Unserdeutsch oder Rabaul Creole German. Es ist also eine Kreolsprache auf der Grundlage des Deutschen – die einzige, die es auf der Welt gibt.

Ursprung Kreolsprachen entstehen aus dem Kontakt zwischen zwei oder mehreren Sprachen. Zunächst kommt es zu einer Sprachmischung, einem Pidgin als zusätzlicher Verkehrssprache. Die folgende Generation wächst dann damit als Muttersprache auf: Eine Kreolsprache ist geboren. In der Kolonialzeit entwickelten sich die meisten dieser Sprachen. Daher beruht deren Wortschatz meist auf dem Englischen, Französischen, Spanischen oder Portugiesischen. Die größte und bekannteste Kreol-

sprache ist eine Verbindung von Französisch mit indianischen und westafrikanischen Sprachen: Haitianisch, das heute zehn Millionen Menschen sprechen. Auf Unserdeutsch hingegen unterhalten sich heute nicht einmal mehr einhundert Personen. Es ist ein Erbe der deutschen Kolonialzeit in Deutsch-Neuguinea im Südpazifik.

Unserdeutsch entstand zwischen 1884 und 1914, als die Insel New Britain im Bismarck-Archipel nach Neupommern hieß und die dortige Stadt Kokopo nach Herberthöhe. Dort in der Nähe lag die Zentrale der Herz-Jesu-Missionare, die von der Ordensniederlassung im westfälischen Hilstrup entsandt worden waren. Die Ordensschwester unterrichteten dort Waisenkinder aus dem ganzen Land, die aus gemischten Verbindungen zwischen Europäern oder Asiaten mit indigenen Frauen hervorgegangen waren. Unserdeutsch war zunächst eine Gruppensprache (Soziolekt), die den entwurzelten Kindern Identität gab. Sie gaben es an ihre Kinder weiter. Erst 1979 entdeckte der Australier Craig Volker Unserdeutsch. Um während seines Aufenthaltes auf Papua Neuguinea seine knappe Studentenkasse aufzubessern, hält er Deutschkurse. Eine Teilnehmerin hat bereits Vorkenntnisse, doch ihr Deutsch

klingt merkwürdig anders. Das bringt den australischen Studenten auf die Spur. Er schreibt seine Masterarbeit über seine Entdeckung und macht dadurch die Sprache der Öffentlichkeit bekannt. Heute gehört Volker zu einer Gruppe von Wissenschaftlern, die Unserdeutsch aufzeichnet und erforscht. Die Germanisten Peter Maizt und Werner König von der Universität Augsburg leiten das Projekt; eine verdienstvolle Aufgabe, denn Unserdeutsch wird wohl bald aussterben. Nur noch einige Dutzend alte Menschen sprechen es. Für deutsche Muttersprachler ist das Kreoldeutsch weitgehend verständlich, weil 90 Prozent seines Wortschatzes aus dem Hochdeutschen stammen. Seine Grammatik ist allerdings wesentlich anders. Es gibt im Genus keinen Unterschied zwischen männlich, weiblich und sächlich, es heißt der mann, de frau, de kind. Die Hauptwörter bleiben ungebeugt, weil keine weiteren Fälle bestehen. Der Plural wird mit alle gebildet: alle Schuh sind standarddeutsch die Schuhe. Bei den Verben gibt es nur eine Zeitform: I geht kann ich gehe, ich ging und ich bin gegangen bedeuten. Thomas Paulwitz

Der Autor ist Chefredakteur der Deutschen Sprachwelt

Mit der kaiserlichen Yacht

PHILATELIE Zum kolonialen Postwesen gehörten auch eigene Briefmarken

Die deutsche Kolonialzeit hat neben den städtebaulichen auch kleine Spuren hinterlassen: Briefmarken. Die kleinen Papierschneipsel mit Motiven und Wertaufdruck waren und sind im Postverkehr unerlässlich, und auch für die deutsche Kolonialverwaltung war der Aufbau einer Postverwaltung äußerst wichtig, um die Kommunikation in Gang zu bringen und um den Aufbau einer Wirtschaft in dem großen Land zu fördern. Schon 1888 wurde Südwestafrika in den Weltpostverein aufgenommen, und der Aufbau einer Postverwaltung in allen Landesteilen war bis Ende der 1890-er Jahre abgeschlossen.

Zögerlicher Beginn Die Ausgabe eigener Briefmarken erfolgte etwas zögerlich. Zuerst wurden Briefmarken mit unterschiedlichen Wertangaben aus dem Deutschen Reich verwendet. Als Motiv zeigten die Marken Krone und Adler. Ab 1897 wurden diese Marken mit einem Aufdruck „Deutsch-Südwest-Afrika“ versehen. Dies geschah auch in den anderen deutschen Kolonien.

1901 kam es dann zur ersten (und einzigen) eigenständigen Kolonialausgabe. Als Motiv zeigten die Marken die kaiserliche Yacht „Hohenzollern“ auf Hocheisfahrt. Die Wertangaben reichten von drei bis

80 Pfennig und von einer bis fünf Mark. In Südwestafrika galt als Währung damals wie in Deutschland die Reichsmark. Eine eigene Währung wie zum Beispiel in der Kolonie Ostafrika gab es in Südwestafrika nicht. Damit spielen Münzen und Scheine kolonial-

historisch keine Rolle, wenn man von dem Notgeld absieht, das in Südwestafrika von privaten Firmen nach Kriegsausbruch 1914 in Umlauf gebracht wurde, weil das Bargeld knapp wurde. In Ostafrika erfolgte die letzte Prägung deutscher Münzen noch 1916 auf Veranlassung des Oberbefehlshabers Paul von Lettow-Vorbeck. Die Goldstücke mit einem Nennwert von 15 Rupien zeigen einen Elefanten vor dem Hintergrund des Kilimandscharo und sind heute begehrte und teure Sammlerstücke. Die meisten Kolonialbriefmarken sind bei weitem nicht so teuer. Denn sie konnten auch in Berlin an einem Sonderpostschalter erworben werden; eine Möglichkeit, die von Sammlern damals eifrig genutzt wurde, so dass diese Briefmarken auch heute noch für wenige Euro im Handel erhältlich sind. Verkauft wurden die Marken in Berlin sogar noch bis Sommer 1919, als der Kaiser längst abgedankt hatte und die Kolonie schon mehrere Jahre von Truppen aus Südwestafrika besetzt war. hle



Erinnerung an die kaiserliche deutsche Post in der Stadt Windhoek

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Perlen vor die Umweltsäue

Jüngst wurde in hiesigen Gefilden eine neue Schweine-Art, die Umweltsäue, entdeckt – und auch gleich durchs Dorf getrieben. Denn manche hielten es für eine Schweinerei, dass der WDR ein Kinderlied in Zeiten von „Fridays for Future“ zu einer Klima-Kritik am Mobilitätsverhalten der im Hühnerstall Motorrad fahrenden Oma – kindlich-fies als Umweltsäue bezeichnet – umgedichtet hatte. Den aufgeschreckten Hühnern gleich empörte sich das Publikum. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet twitterte entrüstet. Neonazis demonstrierten vor der WDR-Zentrale. Letztere hatte noch nie ein Problem mit dem, was Oma und Opa so taten. Nun ist es fast schon müßig zu diskutieren, ob klimatechnisch aktuell der Flugferkel nach Barcelona oder die Mittelmeer-Kreuzfahrt von Omi und Opi mit ihren Alt-68er-Nachbarn Brigitte und Hans das größere Problem ist. Fest steht allerdings: Omas und Opas westdeutsches Wirtschaftswunder und die Deutschland AG waren keine Green Economy. Oma und Genosse Opa hatten in der Lausitz auch keine sozialistischen Solar-Panels gebaut. Darum hatten Oma und Opa den Club of Rome sowie die Grünen gegründet und den Jutebeutel erfunden. Zu Großeltern-Zeiten war nicht alles schlecht: Bei Oma und Opa galt für Satire nämlich, was man schon in Jenenser WC-Küchen lernt: Spannungen aushalten! Das ist vorbei, Satire darf nicht mehr alles! Um den Blutdruck in der Kernzielgruppe des Öffentlich-Rechtlichen zu senken, entschuldigte sich WDR-Intendant Tom Buhrow in einer Sondersendung für das Lied, das dann gelöscht wurde. Und die Schweine? Sie pfeifen! **Sören Christian Reimer** |

VOR 40 JAHREN...

Chaotische Gründung

13.1.1980: Die Grünen werden Bundespartei. Die Handlung des „Films“, den rund 250 sogenannte autonome Delegierte im Januar 1980 in einem Kinosaal in Karlsruhe verfolgten, war unübersichtlich. „Chaotischer ging's nimmer“, schrieb „Der Spiegel“. Die Autonomen hatten eigentlich in die überfüllte Stadthalle gewollt, wo der Gründungskongress der Grünen stattfand. Doch sie wurden abgewiesen und muss-



Der Gründungsparteitag der Grünen fand in der Karlsruher Stadthalle statt.

ten über einen Monitor verfolgen, was in der Stadthalle passierte: Dort stritten zwei Tage lang 1.004 reguläre Delegierte über den politischen Kurs und über die Möglichkeit einer doppelten Parteimitgliedschaft. Bereits existierende grüne Landesverbände mit Bunten Listen, Frauenbewegungen, Maoisten, aber auch Konservativen und anderen Gruppierungen unter einem Hut zu bringen, schien unmöglich. Linke und Gemäßigte standen sich unveröhnlich gegenüber, mehrfach stand der Parteitag vor dem Scheitern. In letzter Minute gelang es dann doch: Am 13. Januar 1980 konstituierten sich Die Grünen als Bundespartei. Der Gedanke, dass von der neuen Partei ein Handlungsfähigkeit einer Bundesregierung abhängen könne, müsse jedem, der den Gründungskongress erlebt hat, „grelle Alpträume verursachen“, urteilte die „Süddeutsche Zeitung“. Karlsruhe habe „die Untauglichkeit und Unverantwortlichkeit der grünen Bewegung bewiesen“, meinte „Die Zeit“. Die etablierten Parteien belächelten die Grünen – und unterschätzten sie. Bei der Bundestagswahl 1980 scheiterten sie zwar noch an der Fünf-Prozent-Hürde. 1983 zogen sie aber in den Deutschen Bundestag ein. **Benjamin Stahl** |



ORTSTERMIN: PARLAMENTARIERGRUPPE »SÜDLICHES AFRIKA«



Die Abgeordneten rund um den Vorsitzenden der Parlamentariergruppe, Martin Rabanus (SPD, vorne links), im Austausch mit der Staatsministerin im Auswärtigen Amt für Internationale Kulturpolitik, Michelle Müntefering (SPD, vorne rechts), und dem Namibia-Beauftragten, Ruprecht Polenz (CDU). **© C. Ratter/Büro Michelle Müntefering**

Partnerschaftlicher Dialog auf Augenhöhe

Es vergeht kaum eine Sitzungswoche, in der Martin Rabanus (SPD) nicht einem afrikanischen Politiker die Hand schüttelt. Das tut er dann in seiner Funktion als Vorsitzender der Parlamentariergruppe „Südliches Afrika“. Immerhin zwölf Partnerländer gibt in der Region – unter anderem Namibia, Südafrika und Botswana. Erst Anfang Dezember, so erinnert sich der SPD-Abgeordnete an das jüngste Treffen, sei eine Delegation aus Botswana in Berlin gewesen. Sie bestand aus Abgeordneten und Verwaltungsmitarbeitern des dortigen Parlaments und interessierte sich für die Abläufe im Deutschen Bundestag. Geht es bei derartigen Zusammentreffen auch um den Kolonialismus? Durchaus, sagt Rabanus. „Das Verhältnis zwischen Afrika und Europa – auch vor dem Hintergrund des Kolonialismus – ist eigentlich immer Thema.“ Es gehe um Spätfolgen, wie etwa die Frage: Wem gehört eigentlich das Land? Zu allererst aber gehe es immer um die Frage, wie die Beziehungen, insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen, zwischen dem jeweiligen Land und Deutschland vertieft werden können, „zum Wohle der

Entwicklung der afrikanischen Länder“. Deutschland, sagt der Sozialdemokrat, habe einen hervorragenden Ruf in Afrika. „In Bezug auf Demokratie, auf Rechtsstaatlichkeit, auf die Ordnung und auf Verwaltungsabläufe gelten wir als Vorbilder.“ In den Gesprächen macht Rabanus gleichwohl immer wieder darauf aufmerksam, „dass es auch bei uns Probleme gibt“. Wichtig sei ihm ein partnerschaftlicher Dialog auf Augenhöhe. „Da ist es nicht verkehrt, wenn wir uns als Deutsche ein bisschen demütiger zeigen, als wir von außen gesehen werden.“ Durch den Kolonialismus, so empfindet es Rabanus, sind die ehemaligen Kolonialstaaten Europas und die Länder Afrikas in einer ganz besonderen Art und Weise miteinander verknüpft. „Das ist mit viel Leid verbunden, mit kulturellen Gegensätzen, mit Entwicklungsschüben, aber auch mit entstandenen kulturellen Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkten“, sagt der Sozialdemokrat. Die vom Afrikabeauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke (CDU), vertretene Ansicht, der Kolonialismus habe dazu beigetragen, Afrika aus archaischen Strukturen zu

lösen, hält er für falsch. Ebenso unzutreffend sei es, sämtliche Probleme Afrikas dem Kolonialismus anlasten zu wollen. Zu den positiven Entwicklungen in Afrika zählt Rabanus Botswana, das er mit seiner Parlamentariergruppe im Jahr 2019 besucht hat. Eine stabile Demokratie mit Meinungs- und Medienfreiheit habe sich dort entwickelt, sagt er. Das Land erstritt sich seine Unabhängigkeit im Jahr 1966, bis dahin war die Republik eine britische Kolonie. Die erreichten Erfolge in dem Land seien zuallererst auf gute Entscheidungen der Politiker vor Ort zurückzuführen. „Die Erträge aus den reichhaltigen Diamantenvorkommen bleiben im Land, weil die Schürfrechte nicht an ausländische Unternehmen vergeben wurden“, sagt Rabanus. Es werde versucht, einen möglichst großen Teil der Wertschöpfungskette der Diamantenvoredeleung im Land zu behalten. Mit den Einnahmen füllten sich auch nicht kleine Gruppen von Eliten die Taschen. Das Geld werde in die Verkehrsinfrastruktur investiert, in die soziale Infrastruktur und auch in Bildung. **Götz Hausding** |

LESERPOST

Zur Ausgabe 51 vom 16. Dezember 2019, „Verhärtete Positionen“ auf Seite 11:
Aus wissenschaftlich fundierten Gründen der Verkehrssicherheit und auch aus Umweltschutzgründen befürworte ich die grundsätzliche Einführung einer Höchstgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern auf allen Autobahnen in Deutschland. Mit der Einführung eines solchen Limits müssten aber selbstverständlich auch die notwendigen Überwachungsmaßnahmen einhergehen, damit so die Ernsthaftigkeit für alle Verkehrsteilnehmer erkennbar ist. Es wäre sehr schön, wenn die Fraktionen im Deutschen Bundestag dieses simple Anliegen ohne ideologischen Dissens unterstützen würden. **Karl Ernst Forisch**
Hürth

Zur Ausgabe 47-48 vom 18. November 2019, „Das Rezept ist fertig“ auf Seite 9:
Ich bin für eine Grund- oder Basisrente von zirka 1.000 Euro in Deutschland – und das für alle. In Zukunft sollten alle Arbeitnehmer in die Rentenversicherung einzahlen, auch Selbstständige und Freiberufler, um eine Grundrente für alle zu ermöglichen. In einem reichen Land, wie es Deutschland ist, erhalten viele Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, nur eine Rente von wenigen hundert Euro bei hohen Mietkosten. Auch durch die akute Wohnkrise müssen viele dieser Menschen zur Tafel gehen oder Pfand-Flaschen sammeln. Zudem nutzen Kriminelle diese Armut oftmals aus, wie der Tatort „One Way Ticket“ am zweiten Weihnachtstag emotional und authentisch gezeigt hat. Eine Grundrente, wie sie die Bundesregierung

plant, wirkt nur bedingt gegen Altersarmut. **Ursula Reichert,**
Hanau

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 20. Januar.

Manfred Stolpe gestorben

Am 29. Dezember 2019 starb Manfred Stolpe (SPD), einer der populärsten Politiker Ostdeutschlands, im Alter von 83 Jahren in Potsdam. Stolpe fungierte von 1990 bis 2002 als brandenburgischer Ministerpräsident. Er war besonders beliebt, weil er eben nicht aus dem Westen kam. Schon vor 1990, zu Zeiten als Konsistorialpräsident, galt seine Stimme in Ost wie in West, stand er doch im Rufe eines geschätzten Vermittlers. Dass die Ostdeutschen nicht Bürger zweiter Klasse blieben, lag ihm besonders am Herzen. Er war fraglos die Stimme der früheren DDR. Stolpe, 1936 in Stettin geboren, hatte Jura studiert und trat 1959 in den Dienst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Vorwürfe, mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet zu haben, wies er stets zurück. 2002 berief ihn Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der um einen prominenten Sozialdemokraten aus dem Osten in seinem Kabinett bemüht war, zum Verkehrsminister. Mit Stolpes Namen ist vor allem die Einführung der Lkw-Maut verbunden. 2005 schied er aus dem Amt. Obwohl es um Manfred Stolpe krankheitsbedingt in letzter Zeit ruhig geworden war, meldete er sich gelegentlich besorgt zu Wort. Einige Regionen Ostdeutschlands fühlten sich inzwischen vergessen, reklamierte er vergangenen Februar. **bmh** |



SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 15. – 17.01.2020

Organspende (Do)
Deutsche EU-Ratspräsidentschaft (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Uwe Lambinus †
Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD

Am 31. Dezember starb Uwe Lambinus im Alter von 78 Jahren. Der aus Marktheidenfeld stammende Oberamtsrat im Notaratsdienst trat 1956 der SPD bei, wurde 1976 Vorsitzender des Unterbezirks Main-Spessart und gehörte von 1970 bis 1984 dem bayerischen SPD-Landesvorstand an. Lambinus war im Sport-, vorwiegend aber im Rechtsausschuss tätig.

>Willi Zylajew
Bundestagsabgeordneter 2002-2013, CDU

Am 9. Januar wird Willi Zylajew 70 Jahre alt. Der Diplom-Sozialarbeiter aus Hürth/Rhein-Erft-Kreis trat 1969 der CDU bei, war von 1975 bis 2003 dort Stadtrat und ist, mit Unterbrechungen, seit über 30 Jahren Kreisratsmitglied. Von 1995 bis 2002 war er NRW-Landtagsabgeordneter. Im Bundestag wirkte Zylajew im Familien- sowie im Gesundheitsausschuss mit.

>Klaus Gärtner
Bundestagsabgeordneter 1976-1983, FDP

Klaus Gärtner wird am 10. Januar 75 Jahre alt. Der Politologe aus Kaarst wurde 1968 FDP-Mitglied. Von 1988 bis 1993 amtierte Gärtner als Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Finanzministerium und danach bis 2002 als Chef der Staatskanzlei in Kiel. Gärtner war im Haushaltsausschuss tätig.

>Eike Ebert
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, SPD

Eike Ebert vollendet am 11. Januar sein 80. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Darmstadt schloss sich 1956 der SPD an und wurde 1989 Vorsitzender des Unterbezirks. Seit 1981 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung in Darmstadt an und war von 1985 bis 1995 deren Vorsteher. Ebert engagierte sich im Finanzausschuss.

>Winfried Fockenberg
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU

Am 15. Januar wird Winfried Fockenberg 75 Jahre alt. Der Diözesansekretär aus Bottrop trat 1965 der CDU bei. Von 1976 bis 1999 war er dort Ratsherr und von 1976 bis 1991 Bürgermeister. Fockenberg gehörte dem Familienausschuss an.

>Franz Müntefering
Bundestagsabgeordneter 1975-1992, 1998-2013, SPD

Franz Müntefering vollendet am 16. Januar sein 80. Lebensjahr. Der Industriekaufmann aus Neheim bei Arnsberg schloss sich 1966 der SPD an, stand von 1992 bis 1998 an der Spitze des Bezirks Westliches Westfalen und war danach bis 2001 SPD-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Von 1992 bis 1995 amtierte er als NRW-Arbeits- und Sozialminister. Es folgten sechs Jahre als SPD-Bundesgeschäftsführer bzw. -Generalsekretär, kurz unterbrochen von seiner Zeit als Bundesverkehrsminister 1998/99. Den Vorsitz der Bundespartei hatte er 2004/05 sowie 2008/09 inne. Von 2002 bis 2005 amtierte er als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und war danach bis 2007 Bundesarbeitsminister und Vizekanzler.

>Ingeborg Philipp
Bundestagsabgeordnete 1992-1994, PDS

Am 19. Januar begeht Ingeborg Philipp ihren 95. Geburtstag. Die Diplom-Physikerin schloss sich 1989 der PDS an und wurde 1990 Mitglied des Landesvorstands Brandenburg. Philipp gehörte dem Forschungsausschuss an.

>Hermann Pohler
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Hermann Pohler vollendet am 22. Januar sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Agrarwissenschaftler aus Leipzig trat 1954 der CDU in der DDR bei. Der Direktkandidat des Wahlkreises Leipzig I wirkte im Wirtschaftsausschuss sowie im Telekommunikationsausschuss mit, dessen stellvertretenden Vorsitz er von 1994 bis 1998 inne hatte.

>Werner Schulz
Bundestagsabgeordneter 1990-2005, Bündnis 90/Die Grünen

Am 22. Januar wird Werner Schulz 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Berlin, der sich seit den 1970er-Jahren in DDR-Oppositionsgruppen engagierte, war 1989 Gründungsmitglied des Neuen Forums und gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an. 1991 zählte er zu den Wegbereitern des Zusammenschlusses von Bündnis 90 mit den Grünen. Von 1990 bis 1994 amtierte Schulz als Sprecher seiner Fraktion und war bis 1998 deren parlamentarischer Geschäftsführer. Von 2009 bis 2014 gehörte er dem Europäischen Parlament an.

>Hans-Joachim Sopot
Bundestagsabgeordneter 1990-1992, CDU

Hans-Joachim Sopot wird am 23. Januar 70 Jahre alt. Der Mediziner aus Gommern/Kreis Jerichower Land trat 1984 der CDU der DDR bei und war nach 1990 Kreisratsmitglied. Sopot gehörte dem Gesundheitsausschuss an. **bmh** |

leicht
erklärt!

Kolonialismus

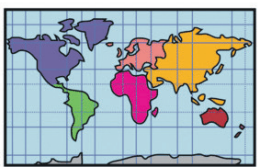
Was hat Deutschland damit zu tun?



Was ist Kolonialismus?

In diesem Text geht es um Kolonialismus.

Das Wort bedeutet:
Ein Land erobert Gebiete in einem anderen Land.



Meistens liegt das eroberte Land in einem anderen Teil der Welt.
Und die Menschen dort haben eine andere Lebens-Weise als die Eroberer.

Die Eroberer übernehmen die Herrschaft über die Einwohner.

Manche Gebiete nehmen sich die Eroberer mit Gewalt.

Die eroberten Gebiete werden mit einem Fach-Wort bezeichnet.

Man nennt sie: Kolonien.

Die Länder von den Eroberern nennt man: Kolonial-Mächte.

„Macht“ ist ein anderes Wort für ein Land, das großen Einfluss hat.

Kolonialismus in den letzten 500 Jahren

Kolonien gab es schon immer.

Auch die alten Römer und Griechen hatten Kolonien.

Sie haben Gebiete in anderen Ländern erobert.
Und sie haben sich dort niedergelassen.

Das Wort „Kolonialismus“ hat aber mit Kolonien in einer bestimmten Zeit zu tun.

Die Zeit des Kolonialismus fing vor etwa 520 Jahren an.
Also ungefähr im Jahr 1500.



Damals haben Länder aus Europa angefangen, in anderen Teilen von der Erde Gebiete zu erobern.

Zum Beispiel in:

- Amerika
- Asien
- Afrika



Viele Gebiete hatten die Europäer gerade neu für sich entdeckt.

Zum Beispiel bei Entdeckungs-Reisen durch Abenteurer, Forscher und See-Fahrer.

Zum Beispiel durch den See-Fahrer Christoph Kolumbus.

Warum haben die Kolonial-Mächte das gemacht?



Es gab verschiedene Gründe, warum die Kolonial-Mächte Gebiete erobert haben:

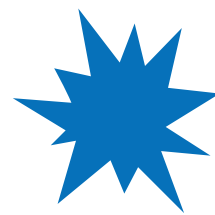
- Sie wollten mehr Gebiete besitzen.
Durch mehr Gebiete hatten sie mehr Einfluss.
Und sie hatten mehr Platz für Menschen.
Oder für die Land-Wirtschaft.
- Sie wollten wertvolle Dinge aus den Gebieten haben.
Zum Beispiel Gold, Gewürze oder Farb-Stoffe.
- Sie wollten ihre Lebens-Weise verbreiten.
Zum Beispiel die christliche Religion.
- Sie wollten Waren an die Kolonie verkaufen.
Denn dadurch konnte man viel Geld verdienen.

Was ist mit den Einheimischen passiert?

Die Einheimischen sind die Menschen, die schon immer in den eroberten Gebieten gelebt haben.

Die Einheimischen waren nach der Eroberung nicht mehr frei.

Sie wurden unterdrückt.
Sie mussten für die Kolonial-Macht arbeiten.
Manche hat man zu Sklaven gemacht.



Oft wurden die Einheimischen auch vertrieben.

Oder sie wurden als Sklaven in andere Länder gebracht oder verkauft.

Oder sie wurden ermordet.

Die Einheimischen hatten keine Rechte mehr.

Sie mussten die Gesetze von der Kolonial-Macht annehmen.

Und auch die Sprache und Lebens-Weise.

Die Kolonial-Mächte dachten, dass die Lebens-Weise von den Einheimischen weniger wert war als ihre eigene Lebens-Weise.
Sie nannten sie zum Beispiel: Wilde.



Es gab auch Probleme mit Krankheiten.

Und zwar mit ansteckenden Krankheiten, die die Kolonial-Mächte mitgebracht haben.

Daran sind viele Einheimische gestorben.

Welche Länder hatten Kolonien?

Die ersten großen Kolonial-Mächte waren Spanien und Portugal.

Beide Länder hatten viele Schiffe.

Mit den Schiffen entdeckten sie neue Gebiete.

Portugal hat zum Beispiel Indien entdeckt.

Später hatten auch folgende Länder viele Kolonien:

- die Niederlande
- Groß-Britannien
- Frankreich
- Deutschland
- Italien
- Belgien
- Japan



Streit um Afrika



Im 19. Jahrhundert teilten die großen Kolonial-Mächte fast die ganze Welt unter sich auf.

Dabei kam es zu einem Streit um Afrika.

Jedes Land in Europa wollte Gebiete in Afrika als Kolonie haben.

Am Ende war fast ganz Afrika erobert.

Fast alle Gebiete von Afrika wurden zwischen den europäischen Ländern aufgeteilt.

Fast alle Völker in Afrika hatten ihre Freiheit verloren.

Was war mit Deutschland?

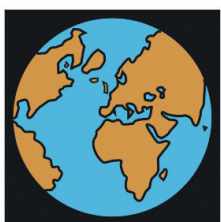
Auch Deutschland hat beim Kolonialismus mitgemacht.

Und beim Streit um Afrika.

Deutschland hat Gebiete in Asien und Afrika übernommen.

Diese Gebiete sind heute eigene Länder. Sie heißen heute zum Beispiel:

- Togo
- Kamerun
- Tansania
- Namibia
- Ruanda
- Burundi
- Papua-Neuguinea



Ab wann hatte Deutschland Kolonien?



Deutschland hatte von 1884 bis 1919 Kolonien.

Also ungefähr 30 Jahre lang.

Deutschland hat später mit dem Kolonialismus angefangen, als die anderen Länder von Europa.

Ein Grund dafür war:

Die deutsche Regierung hatte wenig Interesse an Kolonien.

Deutschland als Kolonial-Macht

Deutschland hatte schließlich viele Kolonien.

Auf der Liste der größten Kolonial-Mächte war es auf Platz 3.

Nur Groß-Britannien und Frankreich hatten größere Gebiete.

Alle deutschen Kolonien zusammen waren am Ende 6-mal so groß wie Deutschland.

Vor allem Händler wollten, dass Deutschland Kolonien hat.

Sie wollten mit den Kolonien Geld verdienen.

Und den Handel verbessern.

Es ging aber auch um Macht und einen guten Ruf.



Einheimische wehren sich

Nicht alle Einheimischen in den Kolonien haben sich einfach erobern lassen.

Manche kämpften für ihre Freiheit.

Oft haben sie gegen die Europäer verloren.

Denn die Europäer hatten die besseren Waffen.

In deutschen Kolonien haben sich die Einheimischen immer wieder gewehrt.

Diese wurden hart bekämpft.

Besonders im heutigen Namibia haben sich 2 einheimische Völker gegen die Deutschen gewehrt.

Das eine Volk waren die Herero. Das andere Volk hieß Nama.

Die Deutschen haben die Menschen extrem unterdrückt.

Und sie haben ihr Land geraubt.

Deswegen kam es zwischen 1904 und 1908 zu schlimmen Kämpfen.





Die Herero und die Nama haben sich gewehrt.

Und die Deutschen sind mit Gewalt gegen sie vorgegangen.

Sie haben die Herero und die Nama in so eine Art Gefängnis gesperrt.

Und sie haben viele Herero und Nama ermordet.

Es waren viele 10-Tausend Tote.

Das Ende vom deutschen Kolonialismus

Deutschland hatte 30 Jahre lang Kolonien.

Nach dem 1. Welt-Krieg musste Deutschland alle Kolonien aufgeben.

Die Sieger vom 1. Welt-Krieg hatten das entschieden.

Weil Deutschland den 1. Welt-Krieg verloren hat.



Das Ende vom Kolonialismus weltweit

Heute gibt es keine Kolonien mehr.

Alle Länder von der Welt können selbst über sich bestimmen.

Aber viele von den ehemaligen Kolonien sind heute arm.

Es gibt Kriege und Hunger.

Das ist auch eine Folge der Zeit, als diese Länder Kolonien waren.

Weil die Länder dabei so stark ausgebeutet wurden.

Viele Länder waren auch nicht auf ihre Freiheit vorbereitet worden.

Deswegen haben sie heute Probleme.

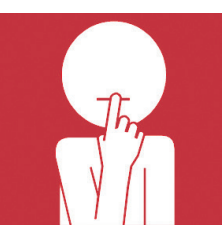


Sprechen über die Zeit der Kolonien

Lange wurde in Deutschland nicht über die Zeit der Kolonien gesprochen.

Das hat sich geändert.

Es geht zum Beispiel um solche Fragen:



- Die Deutschen haben in der Kolonien viel Schlimmes getan. Sie haben viele Länder ausgebeutet. Dabei wurden viele Menschen getötet.

Wie sollen die Deutschen mit dieser Schuld umgehen?

- Sollen wir uns mehr mit dem deutschen Kolonialismus beschäftigen? Zum Beispiel in der Schule?

- Brauchen wir Orte, um uns an den deutschen Kolonialismus zu erinnern? Zum Beispiel Denkmäler?

- Wie können sich die ehemaligen Kolonial-Mächte bei den früheren Kolonien entschuldigen?

Zum Beispiel mit Geld als Entschädigung?

- Sollen die ehemaligen Kolonial-Mächte Dinge zurückgeben, die sie den Kolonien weggenommen haben?

Zum Beispiel Kunst-Gegenstände?

- Wie können die Länder heute besser zusammen-arbeiten?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich in diesem Jahr auch der Bundes-Tag.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / imageBROKER, Fotograf: H.-D. Falkenstein. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 2-3/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 20. Januar 2020.